

— Fünfzehnter Jahrgang. —

Nr. 30.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

30. Woche für die Zeit vom 20. bis 26. Juli 1906.

Posen, den 31. Juli 1906.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 162 des Oredownik (Posen)
vom 19. Juli 1906:

Die christlichen Grundsätze und die
Realpolitik.

Die Artikel des Herrn Dr. von Jackowski über die Anwendung der christlichen Liebe in der Politik, rufen eine breitere Diskussion hervor. Auf den letzten Artikel in den Nummern 157 und 158 des Oredownik sandte uns Herr Peter Bieda aus Oberschlesien eine ausführlichere Antwort ein, die wir nachstehend mit dem Vorbehalt veröffentlichen, daß sie nicht ganz unseren Ansichten entspricht. Trotzdem verdient sie eine breitere Beachtung, indem sie viele treffende Winke darüber enthält, wie man bei uns die christlichen Grundsätze mit einer realen Politik vereinbaren könnte.

Der Artikel des Herrn Bieda lautet:

Ich werde nicht auf alle durch Herrn Dr. von Jackowski berührten Punkte antworten. Ich werde nur einige herausnehmen.

Herr Dr. von Jackowski glaubt, daß es nur eine geringe Zahl Deutscher gibt, die es wünschen, daß wir uns mit ihnen bei deutsch-patriotischen Festlichkeiten vereinigen möchten. Nach meinen Erfahrungen ist gerade das Gegenteil der Fall, nur ein kleiner Bruchteil der deutschen Nation ist mit einer solchen Formierung unserer Beziehungen zu den Deutschen, wie sie Herr Dr. von Jackowski bezeichnet hat, einverstanden. Aber selbst, wenn es so wäre wie Herr Dr. von Jackowski behauptet, verlangt der Staat von uns Beweise dieser Loyalität, denn das ist einer von den Maßstäben, welcher die Kraft und die Wärme unserer Anhänglichkeit an den Staat nachweist. Da aber dieser Maßstab ohne Zeremonie auf Null zeigt, so zieht die Regierung hieraus die entsprechenden Schlüsse.

Wir haben keine Ursache uns wegen der Erfolge Englands und Frankreichs zu freuen — sagt Herr Dr. von Jackowski — da uns diese Staaten viel Böses zugefügt haben. Tat und tut uns denn nicht Preußen seit jeher tausendfach schlimmes an? Ich gebe jedoch zu, daß ernste Mißerfolge Preußens auch auf unsere Taschen einen Rückschlag ausüben würden, deshalb wünschen wir ihm dergleichen nicht. Mit Recht sagt Herr Dr. von Jackowski, daß wir uns eher zerbrechen lassen sollten als aus eigenem Willen weichen.

In der Praxis kommt es doch — wie es scheint — auf eins heraus, schließlich weicht man doch, namentlich unter dem Drucke des Regierungssystems, wenngleich gebrochen.

Herr Dr. von Jackowski macht mir den Vorwurf, daß ich die in der christlichen Idee verborgene unverbrüchliche Kraft nicht wahrnehme. Gewiß schätze ich sie. Aber ich sehe nicht, welche Bedeutung sie hätte, wenn wir Polen nur allein diese christliche Idee in die Politik einführen sollten. Die Idee allein bleibt nur Idee. Damit aber die Idee praktische Bedeutung annimmt, muß nur irgendeine materielle Macht von ihr durchdrungen werden und sich ebenfalls nach ihren Weisungen richten. Wir sind nicht diese Macht im Verhältnis zu Preußen, wohl aber die Preußen im Verhältnis zu uns. Sollte in Preußen diese Idee siegen, dann hat auch unsere Sache gesiegt. Wir können diese Idee in der Theorie verkünden, in der Praxis jedoch müssen wir mit einer solchen Waffe kämpfen wie der Gegner. Niemand wird mit dem Kreuze gegen Kanonen vorgehen, um so weniger mit einem Vortrage aus der Moral-Theologie.

Herr Dr. von Jackowski fragt, warum sollen wir uns nicht nach dem Reiche Gottes auf Erden sehnen, warum sollte dieses Ziel fern sein? Darauf kann ich nur antworten: weil es tatsächlich fern ist. Weit ist dieses Ziel für einen realen Politiker. Denn nur dieser nimmt es wahr, daß die einzelnen Menschen noch sehr elende Christen sind, geschweige denn ganze Massen dieser Menschen oder Staaten. Letztere stecken bis über die Ohren im Heidentum, trotz der christlichen Tünche und der staatlichen Religion. Aus der Einigung Italiens und Deutschlands liest Herr Dr. von Jackowski heraus, daß sich die Politik christlich zu gestalten beginne. Ich kann dies nicht herausfinden. Ich sehe nur, daß mehrere Schwächere einen Starken an sich reißen, durchaus nicht zu christlichen Zwecken, sondern deshalb, um den Nachbarn gefahrloser die bepanzerte Faust zeigen zu können, wenn es ihnen einfallen sollte, seinen Weg zu kreuzen.

Herr Dr. von Jackowski glaubt auch, daß es früher wie ich es erwarte, kommen kann, daß Friede mit den Deutschen zustande kommt, um sich gegen den Sozialismus zu verteidigen. Ich glaube, daß wir dem Staate wenig in dieser Sache helfen könnten, ich bin sogar der Meinung, daß wir gegebenenfalls nicht zu eilig mit unserer Hilfe sein sollten. Ich für meine Person würde mir wünschen, daß wir im preußischen

Landtage mindestens 200 Sozialisten sitzen hätten, sie würden eine leichtere Hand für uns haben, als die dort zur Macht gelangten Hakatisten. Ich kenne Herrn Dr. von Jackowski versichern, daß ich ein überzeugter, sogar ein ausübender Katholik bin, aber von zwei Übeln erscheint mir als kleineres die Maxime der Sozialisten: „Religion ist Privatfache“, als diejenige der Hakatisten: „Religion ist Germanisationsmittel“. Schließlich fürchte ich mich nicht vor dem Sozialismus, denn er wird unter unserem Volke kein geeignetes Feld finden, solange dieses Volk um seine Nationalität kämpfen wird, die Regierung und die Hakatisten werden schon dafür sorgen, daß dieser Kampf nicht sobald aufhöre. Schließlich glaube ich wirklich an die Macht der katholischen Idee, an ihren Einfluß gerade auf unser Volk, ferner glaube ich an den Schäferverstand des polnischen Bauern und deshalb erschrecke ich nicht vor dem Sozialismus. Nach dem Königreich Polen verschleppten die deutsch-polnischen Juden den Sozialismus, die Geistlichen waren dort ohne Einfluß, oft ohne die notwendige Bildung — das ist etwas anderes. Bei uns sind die Bedingungen für den Sozialismus sehr ungünstig. Sogar dort, wo die Verhältnisse sehr gute sind, hier in Oberschlesien ist es um den Sozialismus sehr schlecht bestellt, er fällt auseinander und wird in demselben Maße abbrockeln, in welchem die polnische Bewegung wachsen wird.

Herr Dr. von Jackowski sagt, daß wenn wir uns von vornherein sagten, daß wir in der allgemein menschlichen Richtung nichts tun wollten, wir uns nicht wundern dürften, wenn wir auf den Egoismus anderer stießen. Ich behaupte ebenfalls, daß wir sehr viel in der allgemein-menschlichen Richtung arbeiten müßten, wir müßten die Kunst, die Wissenschaft, die Bildung unterstützen und schaffen, die christliche Idee ausbreiten, Erfindungen machen, tüchtig auf jedem Gebiete des Gedankens der Arbeit und des Gefühls sein, mit einem Worte so viel wie nur möglich nützlich sein, nicht nur sich selber, sondern allen Menschen auf der Welt — das heißt doch auch in allgemein-menschlicher Richtung tätig sein — nur verzichten wir darauf, gerade die Politik, welche wir gegenüber dem preußischen Staate anwenden sollten, im Sinne des geehrten Herrn Dr. von Jackowski, christlich zu gestalten. Ich rate nicht, daß man irgend eine Politik der Falschheit und des Verrats treiben soll — ich bin weit davon entfernt! Aber möchten wir doch unsere Politik nicht dieser Schattierung einer gesunden, stärkenden und anregenden Animosität berauben, welche in uns das ungerechte preußische System weckt. Ich überrede garnicht zum Rassenhaß. Die deutsche Nation, insofern sie nicht hakatistisch ist, soll für uns unantastbar sein, aber wo sie zum Werkzeuge des Systems wird — dort ist sie nicht ein Bruder, sondern ein Feind, den ich nicht neben mir dulden und desto weniger schonen kann.

Unserer Macht wegen — sagt Herr Dr. v. J., werden uns die Deutschen keine nationale Freiheit geben, da sie diese Macht nicht erschreckt. Und ich glaube, daß sie uns werden gewisse Erleichterungen zuerkennen, sobald sie sich die Zähne an uns ausgebissen haben werden, denn sie werden keine Lust haben, sich mit uns herumzubalgen, sobald sie sich überzeugt haben werden, daß sie nichts ausrichten. Jede unserer Niederlagen verlängert unseren Kampf — deshalb verteidigen wir uns gegen Niederlagen. Nationale Freiheiten, das ist eine weitere Forderung, doch ist es noch weit bis dahin. Die Zurückziehung der Ausnahmegesetze — das ist das nächste Ziel unserer Bestrebungen. Der Politiker geht langsam Schritt für Schritt, allerdings dort, wo er keinen Sprung machen kann.

Herr Dr. v. Jackowski hält mich für einen Pessimisten, weil ich gesagt habe, daß wir für die

Deutschen so lange ein Stein des Anstoßes sein werden, so lange wir eine abgesonderte Nation bleiben, er sagt auch, daß wir kein Recht hätten, so die ganze deutsche Nation zu beurteilen, denn es seien keine Beweise dafür vorhanden, daß die Hakatisten es tatsächlich fertig bekommen würden, ganz Deutschland gegen uns aufzuhezen. Ich gebe zu, daß ich, wenn ich von den Deutschen rede, die Preußen im Sinne habe, und welchen Schlags Leute dies sind — ist für uns kein Geheimnis. Das Gepräge des Preußentums ist Exklusivität, Hoffart und Unduldsamkeit, alles Eigenschäften, die irgend einer Verständigung zwischen uns nicht günstig sind. Das Ideal dieser Leute ist ein einheitlicher, preußischer Staat, geteilt in Junker, Offiziere, Assessoren einerseits — und die graue, namenlose Masse andererseits, über dem allen soll die „Kultur“, d. h. das Deutschtum schweben. Und diese „Kultur“ ist eine unduldsame und sie vernichtet sogenannte niedrigere Kulturen wie z. B. die unsrige. Es genügt mir, einen Blick auf dieses Bild zu werfen, um alle Täuschungen aufzugeben. Nein, ich kann nicht daran glauben, daß diese Leute uns jemals dulden könnten, uns, die wir so ganz verschieden von ihnen sind. Sie kämpften mit uns 1000 Jahre und jetzt, wo sie uns besiegt haben, sollten sie uns lieben, deshalb, weil wir ihnen mit der christlichen Liebe entgegengekommen? Schließlich, wenn auch die Deutschen für uns etwas tun wollten, so wird der Staat für uns nichts tun wollen, wir wissen doch, wie groß die Einflüsse der Nation auf den Staat sind, d. h. verchwindende.

Herr Dr. v. Jackowski sagt, daß jede Ungerechtigkeit ihrer Natur nach nur eine vorübergehende sein kann. Sehen wir uns das Volk, sei es in Preußen, in Rußland oder anderswo an — es leidet Ungerechtigkeit seit Jahrhunderten. Sehen wir uns unsere Brüder Slawen an, auch sie leiden Ungerechtigkeit seit Jahrhunderten. Sehen wir die Juden an — dasselbe Bild, obgleich sie die Welt beherrschen und Ungerechtigkeit ausüben, so leiden sie doch Ungerechtigkeit seit über 2000 Jahren. Und dennoch glaube ich an ein besseres Los, ich glaube, weil ich ein Christ bin und ich warte ebenso wie Herr Dr. v. Jackowski auf das Reich Gottes.

Von dem Siege der christlichen Idee erwarte auch ich eine Erlösung und auch ich bete in jedem Gebete: Dein Reich komme, aber ich werde nicht die Hand dazu rühren, damit wir unsere preußisch-polnische Politik nach der Richtung hin revidieren, damit eben wir die Schwachen und Bedrückten als erste zu der Politik der Liebe greifen, während andere mit uns haßerfüllt kämpfen. „Die Liebe ist stärker denn der Haß — sagt Herr Dr. v. Jackowski — und wird schließlich den Haß überwältigen, so wie die Wahrheit die Lüge überwältigt.“ Ich habe mich davon im praktischen Leben noch nicht überzeugt, aber das Gewissen und der Glaube sagen mir, daß es so sein muß. Die geschichtliche Erfahrung sagt mir jedoch, daß die Liebe nach dem Tode dessen, der geliebt hat, siegt, und die Wahrheit auf dessen Grabe aufblüht, der sie verkündigt hat. Da sahet Christus, er brachte die Liebe und die Wahrheit und starb dafür am Schmerzensholze des Kreuzes und die Niederträchtigkeit und der Haß, die Dummheit und die Lüge vergossen sein heiliges Blut.

Ich will nicht, daß Polen der Christus der Nationen sei. Christus ist vom Tode auferstanden, die Völker sind dagegen sterblich.

Peter Bieda.

Aus Nr. 159 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Juli 1906:

A u f r u f des Volksbibliothekenvereins in Posen.

Das Jubiläumsjahr soll epochemachend in der Geschichte unseres Vereins sein. Indem wir beharrlich den alten, klar vorgesteckten Zielen zustreben, haben wir die Absicht, hinsichtlich der inneren Verwaltung neue Bahnen zu betreten und neue Mittel anzuwenden, um unsere Aufgabe so wirksam als möglich durchzuführen. Da die Verwaltung der mit jedem Jahre wachsenden Bibliothekenzahl die Kräfte einer einzelnen Person übersteigt, erachten wir es vor allem als dringend nötig, ein Bureau anzulegen, in welchem ein besonderer Beamter ausschließlich für den Verein arbeiten wird. Die Hauptaufgabe des Bureaus soll sein, dem Bibliothekar in der Unmasse mehr mechanischer Arbeit wirksam Beistand zu leisten, sowie auch die Konzentrierung der Tätigkeit der übrigen Vorstandsmitglieder. Gleichzeitig mit der Eröffnung des Bureaus beginnen wir mit der Einrichtung von Wanderbibliotheken, wodurch ein öfterer Wechsel der Büchervorräte der einzelnen Bibliotheken ermöglicht wird und zugleich eine bessere Kontrolle über die Bibliothekare. Die Kosten des Unterhalts des Bureaus, sowie die Einführung von Wanderbibliotheken werden unsere Ausgaben ständig steigern. Zwar sind die Fonds des Vereins in letzter Zeit dank einigen bedeutenderen Vermächtnissen gewachsen; doch sollen sie ein eisernes Kapital bilden, von welchem wir nur die Zinsen zur Deckung laufender Bedürfnisse verwenden dürfen.

Und dabei laufen von allen Seiten unzählige Bitten um die Gründung neuer Bibliotheken oder um Verfehlung bereits bestehender Bibliotheken mit neuen Büchervorräten ein.

Darum richtet der Vorstand unaufhörlich und unermüdlich die Bitte an die Gesamtheit um Spenden für unsere Zwecke. Es naht die Zeit des Reisens. Der begüterte Teil der Volks Gesamtheit opfert manchmal sehr ansehnliche Summen zu seiner Annehmlichkeit. Möge jeder in der Reisezeit an die Kleinen denken, die sich so sehr nach Bildung sehnen, und möge er nur einen kleinen Bruchteil der für Annehmlichkeiten bestimmten Summe dem edlen Zwecke opfern.

Dieses kleine Opfer wird einen jeden hundertfach die innere Befriedigung lohnen, welche stets eine gute Tat mit sich bringt.

Der Vorstand des Volksbibliothekenvereins.
(Namen.)

Aus Nr. 161 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. Juli 1906:

In Sachen der Erteilung der Präsente auf Propsteien

erhalten wir aus absolut sicherer Quelle nachstende Mitteilung:

Die Regierung hat alle Kollatoren deutscher Nationalität, welche das Recht haben, die Präsente auf katholische Propsteien zu erteilen, aufgefordert, sich in jedem einzelnen Falle an den Oberpräsidenten zu wenden, welcher den entsprechenden Kandidaten selbst auswählen und dem Kollator bezeichnen wird, damit dieser keinem anderen, als den von der Regierung Gewählten die Präsente auf die vakante Pfarrstelle erteile.

Ob die Kollatoren deutscher Nationalität auf eine derartige Beschränkung des ihnen zustehenden Rechts eingehen werden, wird die nächste Zukunft zeigen.

Aus Nr. 29 des Przewodnik Katolicki (Posen)
vom 22. Juli 1906:

Plandereien des Janek Obleciswiat.

(Pseudonyme Figur des Blattes, etwa: Hänschen Weltenbummler. Die Plandereien verfaßt der Chefredakteur dieses vom Erzbischof protegierten Blattes, der Geistliche Kłos an der Posener Dominikanerkirche. (Red. d. Ges.-Überbl.)

Gelobt sei Jesus Christus!

Für die letzte Nummer vermochte ich keine Planderei zu liefern, da ich mich auf einer weiteren Reise befand.

Und wo waret Ihr denn? so wird mancher der Leser fragen.

Nun weit, ziemlich weit, denn bis in Galizien, in Lemberg.

Und was führte Euch dahin?

Wie denn, wißt Ihr das nicht? Hörtet Ihr nicht, daß dort die Enthüllung des zu Ehren eines polnischen Bauern errichteten Denkmals stattgefunden hat?

Welches polnischen Bauern? so fragt Ihr vielleicht wiederum erstaunt.

Des Bauern, der das polnische Volk mit Sensen gegen russische Kanonen geführt hat.

Aha, wir wissen schon! so höre ich Euch im Chor rufen. Das ist Barthel Glowacki!

Nun, Gott sei Dank, daß Ihr diesen unseren Helden kennt! Denn es wäre doch eine wahre Schande, wenn jemand von den Polen die Geschichte vom Barthel Glowacki aus dem Dorfe Rzendowice bei Krakau nicht kennen sollte, von diesem Helden im Bauernkittel aus der Raclawicer Schlacht, von dem Waffengenossen unseres von der Nation geliebten unvergeßlichen Heerführers, eines der ehrenwertesten Männer und Wohltäter der Menschheit, Thaddäus Kosciuszko. Alle haben wir doch gewiß manchmal das Liedchen gesungen: „Hei, dort in der Schenke hinter dem Tische saß beim Krüge der alte Johann.“ Ihr erinnert Euch daher, wie jener alte Johann erzählt: Zu meinen Zeiten war berühmt der Gebatter Barthel Glowacki — und wie er dessen wackere Taten schildert. Es ist bereits rund 100, über 112 Jahre her, als das polnische Volk mit Sensen wie ein Sturmwind mit Barthel an der Spitze auf die Kanonen losging. Die heldenhafte siegreiche Schlacht bei Raclawice richtete Polen nicht auf, sie schuf aber ein anderes Wunder, sie weckte im polnischen Volke die Liebe zum Vaterlande. Darum hört auch das polnische Volk auf dem ganzen Gebiet unseres einstigen Königreichs mit Freude die Nachricht, daß dieser polnische Bauer Barthel Glowacki heut schon ein Denkmal hat, das den künftigen Generationen seine Verdienste und seine heiße Vaterlandsliebe in Erinnerung rufen wird. Dieses Denkmal, es ist ein Wegweiser für unser polnisches Volk!

Die feierliche Enthüllung des Denkmals werde ich nicht breit schildern, denn sie vollzog sich wie alle anderen derartigen Feierlichkeiten. Es gab Umzüge, Reden, Musik und Gesänge, Hoch- und Beifallsrufe.

Eines nur werde ich aus dieser Feier Erwähnung tun. Verschiedene Herren hielten schöne Ansprachen, aber keine machte einen solchen Eindruck wie die Rede eines Bauern, eines einfachen Bauern gleich dem, welchem man das Denkmal gesetzt hat. Es war das ein Bauer aus Raclawice im Mittel. Er brachte zum Denkmal eine Handvoll von dem Boden, der in jener denkwürdigen Schlacht bei Raclawice vom Blute der polnischen Bauern durchfogen worden ist. Und weshalb gefiel seine Rede so? Weil er sie auf wahrhaft polnische und katholische Weise begann. Er pries bieder Gott den Herrn: Gelobt sei er! und alle die Wackeren schmieterten aus voller Brust: In Ewigkeit! Und dann

sprach er so einfach von Herzen, und er traf auch die Herzen, indem er die Brüder aufforderte, wie Barthel den Boden, ihre Mutter, zu verteidigen, nicht mittelst der Senje, sondern mit herzlicher Liebe und durch das Festhalten dieses unsren Ernährers.

Handeln unsere Barthel in Großpolen so? Ach, ich glähe vor Scham für alle unsere Bauern, wenn ich fast täglich in den Zeitungen lese, wie sie die Mutter, welche Barthel mit den Seinigen verteidigte, verraten und für Judasgroschen verkaufen. Es gibt doch keinen Tag, an welchem über einen solchen Vaterlandsverrat nicht berichtet würde!

Fast in dem Augenblick, in welchem ich dies schreibe, erhalte ich einen Brief aus der Umgegend von Scharfenort mit der Nachricht, daß Herr M., der zur Freude aller Landsleute dort ein kleines Vorwerk erworben hatte, bereits mit der Ansiedelungskommission verhandeln soll und bereit ist, ein Stück vaterländischen Bodens untergehen zu machen. Ist das möglich? Möchte doch Gott der Herr ihn noch im letzten Augenblick zu erleuchten und ihn auf andere Gedanken zu bringen geruhen! Welche Verantwortung, mit einer solchen Sünde das Gewissen zu belasten!

Oder verraten nicht alle, welche ungeachtet so vielfacher Mahnungen bei Juden und Hafatisten kaufen, nicht auch ihre Mutter? Unverbesserlich scheinen in dieser Beziehung unsere lieben bäuerlichen Wirte und unsere geehrten Wirtinnen aus der Gegend von Kempen zu sein. An Markttagen kann man ganze Schwärme von Leuten aus Schwibe, Lubczyn, Mirów, Wischanów, Teklinów, Torzynie, Mitorzyn, Domanin, Miechnice, Jutrów, Ostrowiec, Kierzno usw. sehen, wie sie an den Landsleuten vorüber gehen und sich zu den Lockenträgern (Juden) drängen, denen sie sogar Gänse und Hühner als Präsen bringen. Bei den Juden schmeckt ihnen auch am besten der Schnaps, an dem sie sich Sonntags nach der Andacht so laben, daß es ihnen oft schwer fällt, auf beiden Beinen nach Hause zu gehen. Wann wird bei ihnen Besserung eintreten?

Aus Nr. 162 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 19. Juli 1906:

Kobylin, den 14. Juli 1906.

Die geehrte Redaktion des Goniec Wielkopolski bitte ich als ständiger Leser ergebenst, mir gastliche Aufnahme nicht abzuschlagen und nachstehende Erklärung aufzunehmen.

Auf die mir von verschiedenen Seiten gemachten Vorwürfe, daß ich des Vertrauens meiner Wähler unwürdig geworden sei, erkläre ich hiermit, daß man von mir nicht verlangen kann, ich sollte mir ein Plakat auf den Rücken kleben, damit jeder lesen könne, was in der bekannten Sache zu tun sei.

Zur Beruhigung der Interessenten gebe ich hiermit zur Kenntnis, daß alle Einzahlungen in die städtische Sparkasse so sicher sind wie früher. Und wenn sich später sogar irgendwelche Defizits herausstellen sollten, so besitzt jene Kasse einen bedeutenden Reservefonds, — übrigens haftet für die Sicherheit jener Kasse die ganze Stadt.

Bei dieser Gelegenheit mache ich die eines Darlehns Bedürftigen darauf aufmerksam, daß jetzt in dieser Kasse eine andere Ordnung eingeführt ist. Die sich Meldenden erhalten in kürzester Zeit oder sogleich Darlehen. Sie brauchen sich keine Anträge schreiben lassen und dafür bezahlen, sondern sie können sich direkt an die Kasse wenden, und dort setzt sie der Beamte von dem Weiteren in Kenntnis. Die Bedingungen, unter welchen ein Darlehn gewährt wird, werden in

kurzem den Schulzen und Gastwirten in der Umgegend zum Aushängen überandt.

Was die Kommunal- oder städtische Kasse anbetrifft, so ist es Tatsache, daß 1335 Mark aus dem Schlachthause und für noch andere Sachen fehlen. Die Sache muß sich in kurzem aufklären, da die Regierung einen Rat hierher gesandt hat, der die Sache untersucht und das Defizit oder vielmehr das Fehlen des Geldes in der Kasse festgestellt hat.

Bei dieser ganzen Sache, die anscheinend eine unangenehme Wendung nehmen wird, haben viele Magistratsmitglieder geklagt. Sie haben sich garnicht darum gekümmert, daß seit 1904 die Rechnungen nicht geregelt und die Leute zur Zahlung der Abgaben garnicht aufgefordert worden waren, — es waren sogar die Steuern nicht korrekt repartiert. Schon seit vielen Jahren war so unfähig gewirtschaftet worden, daß die Stadt, abgesehen von den 130 Prozent, die sie an Kommunalabgaben zahlen muß, in eine Masse von Schulden geraten ist trotz des Vermögens, das sie in Ländereien und Wiesen besitzt.

Und da ich schon von den Magistratsmitgliedern spreche, bemerke ich, daß eines von ihnen, und zweitens ein Stadtverordneter auch dem Vorstande der katholischen Schule angehören. Nun sind seit dem Jahre 1901 die Schulrechnungen noch nicht geregelt, was diese Herren keineswegs gehindert hat, dieselbe Norm der Schulabgaben, d. h. 125 Prozent von den Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuern anzusetzen und eine dritte Person, einen ihrer Kollegen, teilweise von der Schulabgabe zu befreien. Es schneidet einem ins Herz, wenn man sieht, wie der Polizist arme Leute wegen Schulsteuern verfolgt, während man einem reichen Manne, der Tausende an die Banken schickt und an Pflastertreter Geld ausleiht, die Schulabgaben schenkt. Aber alles das nur bis jetzt. Nach Prüfung der Angelegenheit der Schulabgaben komme ich zu der Überzeugung, daß sie nach gründlicher Regelung nicht mit 125, sondern mit 75 Prozent geregelt werden kann. Soviel für heut, später mehr!

Achtungsvoll
Nowakowski.

Aus Nr. 165 des Oredownik (Posen)

vom 22. Juli 1906:

Achtung vor den Agenten der Ansiedelungskommission!

Aus der Provinz schreibt man uns:

Da ich von soviel Verkäufen von Gütern an Personen lese und höre, bezüglich deren Zweifel obwalten, ob sie in der Absicht kaufen, selbst zu wirtschaften, vielmehr in der Absicht, an die Ansiedelungskommission oder überhaupt an Nichtpolen weiter zu verkaufen, erachte ich es als nötig, darüber nachzudenken, ob und auf welche Weise man sich vor derartigen Manipulationen sichern könnte.

A. Allgemein verbreitet ist die Ansicht, der Verkäufer sei genügend vorsichtig, wenn er sich oder der Bank Ziemski das Vorkaufsrecht vorbehalte.

Meines Erachtens hat das nichts zu bedeuten.

Das Vorkaufsrecht beruht darauf, daß, wenn der ursprüngliche Käufer das Gut weiter verkaufen will und den einschlägigen Kontrakt abschließt, dann der ursprüngliche Verkäufer das Recht hat, das Gut zu erwerben, aber nicht etwa für den im ersten Kontrakt angegebenen Preis, sondern für den im zweiten Kontrakt aufgeführten.

Zum Beispiel: Herr A. verkauft sein Gut Herrn B. für 100 000 Mark und behält sich das Vorkaufsrecht

vor. Herr B. verkauft sodann dasselbe Gut Herrn C. für 50 000 Mark mehr, d. i. für 150 000 Mark. Dann kann Herr A. das Gut übernehmen, er muß aber dafür 150 000 Mark geben.

Die Realisierung des Vorkaufsrechts kann mithin im Resultat Herrn A. zum Bankrott bringen. Darum ist der Vorbehalt des Vorkaufsrechts meines Erachtens keine Sicherung.

B. Besser ist meiner Meinung nach das Wiederkaufsrecht.

1. Hier kann man den Preis des Wiederkaufs beliebig normieren. Es empfehle sich mithin, sogar in jedem Falle diesen Preis weit niedriger zu normieren, als im Kaufkontrakt:
 - a) denn das Gut kann heruntergewirtschaftet werden,
 - b) um dem Besitzer die Lust zu allen national-sündhaften Manipulationen zu nehmen.
2. Der Verkäufer müßte das Wiederkaufsrecht sofort im Kontrakt der Bank Ziemski abtreten, damit der Verkäufer den Käufer nicht etwa ausbeuten kann.
3. Eine Schattenseite des Wiederkaufsrechts ist die Unmöglichkeit, es hypothekarisch einzutragen; dem könnte man jedoch vorbeugen durch eine hypothekarische Vormerkung. (Staudinger Bem. zu § 497; ebenso Planck.)
4. Eine fernere Schattenseite des Wiederkaufsrechts ist, daß man es nur im Laufe von 30 Jahren ausüben kann. (§ 503 B.-G.-B.) Aber das wäre eine Sache von untergeordneter Bedeutung; wer nämlich 30 Jahre lang wirtschaften wird, von dem wird man dreist sagen können, daß er das Gut nicht gekauft habe, um damit zu schachern.

C. Außer dem Vorbehalt des Wiederkaufsrechts könnte der Verkäufer für die Bank Ziemski eine Grundschuld eintragen lassen in Höhe z. B. des dritten Teils des Kaufgeldes, zahlbar auf Verlangen des Gläubigers dann, wenn das Gut ohne seine Genehmigung in andere Hände übergehen sollte.

Alle diese Vorbehalte müßte man da machen, wo Zweifel hinsichtlich der Person des Käufers obwalten. Jeder ehrliche Pole, der sein Gut verkaufen will, sollte die Bank Ziemski hinsichtlich der Person des Käufers befragen. Im Falle irgendwelcher Zweifel sollte er tun, was oben gesagt worden ist, entgegengefallenenfalls fällt auf ihn die Schuld, wenn das betreffende Gut verloren geht. Es wird das für so manchen unbequem sein; denn es gibt nämlich viele Leute, die bereits verkauft haben und einer mehr als verdächtigen Person noch verkaufen würden, um dann ihre Hände in Unschuld zu waschen. Mit dieser Heuchelei müßten wir für immer aufräumen.

Nachstehend biete ich die Form der betreffenden kontraktlichen Bestimmungen usw.

- a) Ich bewillige und beantrage im Grundbuche des mir gehörigen Guts.....für die Aktiengesellschaft Bank Ziemski in Posen eine unverzinsliche Grundschuld von....Mark einzutragen; diese Grundschuld ist auf Verlangen der Gläubigerin beziehungsweise deren jedesmaligen Rechtsnachfolgers fällig, falls das Gut ganz oder teilweise in das Eigentum oder in den Besitz eines anderen ohne schriftliche den Namen des neuen Besitzers oder Eigentümers enthaltende Zustimmung des jedesmaligen Gläubigers übergehen sollte.

Der Grundschuldbrief ist der Aktiengesellschaft Bank Ziemski zuzustellen.

- b) S....des Kaufvertrages.

Der Verkäufer behält sich das Recht des Wiederkaufs des verkauften Gutes vor; der Wiederkaufspreis beträgt zwei Drittel des in dem vorstehenden Kaufvertrage vereinbarten Kaufpreises also ein Drittel weniger als der jetzige Kaufpreis.

Für den Fall des Wiederkaufs

1. müssen die zusammen mit dem Gute wiederzuverkaufenden beweglichen Sachen und Tiere einen Wert von mindestens.....Mark haben.
2. müssen die zusammen mit dem Gute wiederzuverkaufenden Gebäude sich in gutem Zustande befinden.

Sämtliche Verbesserungen, neuaufgeführte Gebäude und dergleichen werden Eigentum des Wiederkäufer ohne daß derselbe dafür besondere Vergütung zu zahlen hat.

Der Verkäufer tritt das Wiederkaufsrecht, wie dasselbe in diesem § bestimmt ist, der Aktiengesellschaft Bank Ziemski in Posen ab und quittiert über den Empfang der verabredeten Zessionsvaluta.

Der Käufer bewilligt und beantragt im Grundbuche des von ihm durch den vorstehenden Vertrag erkauften Guts.....eine Vormerkung zur Erhaltung des der Aktiengesellschaft Bank Ziemski in Posen nach diesem Paragraphen zustehenden Wiederkaufsrechts und verpflichtet sich bei der Auflassung den Antrag auf Eintragung dieser Vormerkung zu wiederholen.

S.....des Kaufvertrages.

Die nach der heutigen Erklärung des Verkäufers für die Aktiengesellschaft Bank Ziemski in Posen auf dem erkauften Gute einzutragende Grundschuld von.....Mark übernimmt der Käufer persönlich nicht, er läßt sich aber ihre Weitereintragung gefallen. Diese Grundschuld bleibt als eine dingliche Belastung des Gutes in Kraft und der Gläubiger kann sich im Falle der Fälligkeit der Grundschuld wegen derselben an das Gut halten.

Vielleicht verständigen sich Juristen hinsichtlich dieser Fragen, — gibt es doch unabhängige Juristen nicht wenig.

So weit der uns eingesandte Artikel. Wir bitten alle polnischen Blätter, ihn mit Rücksicht auf die Aktualität der darin berührten Frage wiederzugeben.

Aus Nr. 84 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 21. Juli 1906:

Wer boykottiert?

Wir haben einen interessanten Brief erhalten, den wir im deutschen Originaltext wiedergeben.

Ostrowo, den 19. Juli 1906.

Herrn Marcinkowski!

Teile Ihnen hierdurch mit, daß ich meine Versicherung, die ich mit Ihnen abgeschlossen habe, auflösen muß, da es mir von der Garnisonverwaltung verboten worden ist, mit Polen in dieser Beziehung in Verbindung zu treten. Gleichzeitig ersuche ich Sie bei Ihrer Gesellschaft zu veranlassen, die von mir bis jetzt gezahlten Beiträge mir zurückzustellen, widrigenfalls ich die Klage gegen selbige anstrengen werde.

Hochachtungsvoll

Johann Reiche, Kasernemwärter.

Herr Marcinkowski ist Inspektor der deutschen Lebens-, Feuer- und Unfallversicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin.

Aus Nr. 160 des Lech (Gnesen)

vom 18. Juli 1906:

Unsere Polinnen.

Ein gewisses Fräulein aus Gnesen, deren Trauung in einigen Wochen stattfinden soll, kaufte das Brautkleid bei einem Fremden. Man kann sich hierüber nicht wundern, denn das liegt in der Familie. Ihre Eltern kaufen auch nur bei Hakatisten und deren Freunden. Den Hochzeitsgästen raten wir, sich heut schon auf den Knoblauchgeruch während der Hochzeit vorzubereiten.

Aus Nr. 29 der Pokraka (Posen)

vom 22. Juli 1906:

P o s e n .

Der Vorstand des polnisch-katholischen Vereins „Dziwiata“ hat alle Prämien und Pfänder für das Sommervergnügen am 15. d. Mts. in einem Warenhaus, aber in keinem polnischen sondern in einem jüdischen gekauft. Wenn ihr Herren von dem Verein „Dziwiata“ (Aufklärung) so weiter arbeiten wollt, so ändert auch euren Namen in „Ciemnota“ (Finsternis) ab, dies wird wenigstens eine entsprechendere Benennung sein. Wie ich in Erfahrung gebracht habe ist das nicht der erste derartige Kauf, der Verein möge aber versichert sein, daß meine dicke und lange Nase alles auschnüffelt.

Wojtek Obieciszwiat
(Pseudonym).

P o s e n .

Fräulein A. von der Fischerei 29 kauft hauptsächlich bei Fremden ein, obgleich sie bei den Ihrigen Verdienst hat.

P o s e n .

Herr J. P., der in einer polnischen Firma Beschäftigung hat, besucht eine fremde Destillation.

G n e s e n .

Frau Mikolaj besucht mit ihrer niedlichen Tochter die Mosieks (Moses) und Izejs. Ebenso kauft Jrl. Jez bei Fremden Fleisch ein. Ist es schmachhafter?

G n e s e n .

Ich bitte die geehrte Redaktion die oben namhaft gemachten Personen in der Pokraka zu veröffentlichen, vielleicht wird das was helfen, nun und wenn sie dann noch nicht aufhören werden zu den Mosieks zu gehen, da wird sich vielleicht schon irgendein Rat für sie finden.

Ich füge noch hinzu, daß als ich an die Pokraka erinnerte, so haben sie mir lachend ungefähr folgendes geantwortet: „Was will die Pokraka von mir, sie soll sich um ihre Sachen kümmern und nicht um andere, und übrigens was gehen wir dich (d. h. mich) an? Wir werden der Pokraka und Dir ein solches Schwitzbad bereiten, daß Du ein für alle Male aufhören wirst uns zu bevormunden.“

G u r t s c h i n .

Wo hat Herr J. A. die Gamaschen gekauft?

T r e m e s s e n .

Der Gesangverein veranstaltete ein Sommervergnügen, zu welchem man einen fremden Pfefferkuchler gerufen hatte. Auf der Rückkehr vom Vergnügen spielte die polnische Kapelle deutsche Lieder.

H o h e n j a l z a .

Der Herr Administrator aus Płowinet geht in eine fremde Konditorei Kaffee trinken. Frau Andreas bekam von ihrem Manne einen Verweis dafür, daß sie mit Jünglingen flirtet. Wo kauft Frau Gosl. ihre Stoffe ein? Dieselbe Frage auch für Frau Szabargowska.

H o l s t e r h a u s e n b e i H e r n e .

Gewisse gewerbetreibende Herren wie z. B. Herr St. B. und Herr P. B., die durch die Ihrigen unterstützt werden, haben sich so weit vergessen, daß der erstere seinem Kinde einen fremden Namen gab, als gäbe es nicht genug polnische Namen; jedenfalls hat er ihn aus den „blaty“ (gemeint sind deutsche Blätter), die er abonniert, herausgelesen. Der andere hat ganz bestimmt Hasenfüße, da er nicht bei dem Seinigen, sondern bei einem Hasen Stiefel gekauft hat.

W e t t e r a. d. R u h r .

Fräulein Maryanna verkauft ihre Zähnechen an Häslein, obgleich sie nicht besonders verkäuflich sind. Die Fräuleins B. und S. kaufen ihre Waren bei Häsleins ein und wohnen in der Nähe eines polnischen Geschäfts. Jedenfalls lächelt sie das Häschen hübsch an?

Aus Nr. 161 des Lech (Gnesen)

vom 19. Juli 1906:

Günstiger Erfolg der passiven Verteidigung.

Aus Zydowo schreibt man uns: Obgleich der hiesige Herr Lehrer die Anträge der Eltern, welche verboten hatten, den Kindern Religion in einer unverständlichen Sprache zu lehren, nicht angenommen, sondern gesagt hat, man solle sie an den Schulinspektor abschicken, was auch die Eltern taten, antworten die Kinder von diesem Augenblick an im Religionsunterricht in deutscher Sprache solidarisch nicht mehr, auch singen sie keine deutschen religiösen Lieder mehr. Das Gebet spricht der Lehrer allein deutsch her, die Kinder aber stehen ruhig da und sprechen das Gebet im stillen polnisch her. Der zweite Lehrer an derselben Schule aber spricht, da er sieht, daß die Kinder das Gebet deutsch nicht sprechen wollen, überhaupt kein Gebet, und so beginnt und endet der Unterricht ohne Gebet. Das sind die Folgen der Kultur!

Wacker sind die Kinder in Zydowo, daß sie den Befehlen der Eltern so gehorham sind! Sie ließen sich eher die Zungen abschneiden, als das Gebet des Herrn fernerhin so schändlich durch eine unverständliche Sprache zu verhunzen! Gott wird sie segnen! Auch die hiesige Parochie hat an den hochw. Herrn Erzbischof

eine Beschwerde in Sachen des Religionsunterrichts gesendet, ebenso an den Schulinspektor und an den Minister.

Aus Nr. 161 des Dziennik Kujawski (Hohensta) vom 19. Juli 1906:

An eine Notiz über die Beschlagnahme des polnischen Liederbuches „Mały śpiewniczek kieszonkowy“ (Kleines Taschenliederbuch) in der Buchhandlung des Wiarus Polski knüpft der Dz. Kuj. folgende Bemerkung:

Wir hoffen, daß diese von den Preußen so gehaßten Lieder, jeder Pole und jede Polin auswendig lernen wird. Es müssen das offenbar sehr schöne Lieder sein, wenn sie in den Augen des preußischen Staatsanwalts keine Gnade gefunden haben.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 85 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 21. Juli 1906:

Erklärung.

In Nr. 75 des Neustädter Kreisblattes ist nachstehende Mitteilung enthalten: (Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

„Verschiedenen Blättern wird von hier aus mitgeteilt, daß hier vor kurzem eine „Kassubische Bank“ gegründet worden sei. Ein polnisches Warenhaus existiert hier schon seit einiger Zeit. Und auch die neue Genossenschaft ist ein polnisches Unternehmen, und die Bezeichnung „kassubisch“ wird nur deshalb angewendet, um die Kassuben leichter für die allpolnischen Bestrebungen zu gewinnen. Bezeichnend ist, daß sich die polnischen Agitatoren in diesem Falle zur Erreichung nationaler Ziele ökonomischer Mittel bedienen.

Die obige Empfehlung, die aus einer so beachtenswerten Quelle stammt, wie es die Kreisverwaltung ist, wird unter den Bewohnern des Kreises Berent unzweifelhaft Vertrauen zur neuen Bank erwecken. Für diesen unbeabsichtigten Dienst gebührt dem Kreisblatte Dank.

Doch in seiner Mitteilung sind einige Stellen enthalten, die der Wahrheit nicht entsprechen und deshalb durchaus berichtigt werden müssen.

Eine solche Unwahrheit ist z. B. das Märchen von der Gründung der „Kassubischen Bank“ durch polnische Agitatoren, denn unter den zwölf Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern befindet sich nur ein einziger, der nicht an der Mutterbrust die heiße Liebe für sein armes, aber so schönes kassubisches Vaterland gesogen hat. Alle sind auch mit Ausnahme eines einzigen ständige Einwohner der Kreise Berent und Pugitz. Aber sie alle, die ihre Heimat durch und durch kennen, wissen gut, daß durch Gründung dieser Banken einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen worden ist.

Eine zweite Unwahrheit des Kreisblattes ist die Erzählung von den allpolnischen Bestrebungen. Sie haben sich gewiß geirrt, und anstatt „großpolnisch“ den Ausdruck „allpolnisch“ gebraucht. Der Ärmste, der deutsche Skribifax hat wohl läuten hören, aber er weiß nicht in welcher Kirche. Er kennt jedenfalls die Bedeutung dieser beiden Wörter nicht und hat sich geirrt. Aber zur Beruhigung der öffentlichen Meinung muß bemerkt werden, daß bei den Gründern der kassubischen Bank die allpolnischen Bestrebungen keinen Rückhalt finden.

Aber wenn schon von den Bestrebungen die Rede ist, die dazu beigetragen haben, der neuen Kreditgenossenschaft den Namen „Kassubische Bank“ zu geben, weshalb sollen sie dem Neustädter Kreisblatt nicht offenbart werden? Also es waren in diesem Falle weder die großpolnische Agitation noch die allpolnische Intrigue, sondern nur ausschließlich und allein die kassubischen Bestrebungen in Wirksamkeit. Der Wunsch, daß alle Kinder der Kassubei ihr Kassubentum über alles liebten, daß sie sich ihrer Muttersprache nicht schämten, sondern darauf stolz wären, hat uns zur Gründung der Bank bestimmt in der Hoffnung, daß wir damit den armen Kassuben Wohlstand und sodann auch das nötige Selbstbewußtsein geben. Also nicht polnische Agitatoren, sondern die Kassuben selbst, und auch nicht die allpolnischen Bestrebungen, sondern ausschließlich kassubische Bestrebungen haben die „Kassubische Bank“ geschaffen, und zwar zu keinem anderen Zwecke, als wiederum ausschließlich zur Stärkung des Wohlstandes unter den Kassuben. Wisse also du liebes Neustädter Kreisblatt, daß unsere neue Lösung in Neustadt und Umgegend jetzt **„Kassubisch wird jetzt Trumpf“** (wörtlich) ist, und die Konsequenz dieser natürlichen Lösung fällt der „Kassubischen Bank“ ohne jegliche Agitation zu.

Und noch einige Worte an die Brüder Kassuben. Die Gründung der Bank hat ohne jegliche Agitation in Gegenwart einer nur kleinen Anzahl von Personen in einem kleinen Zimmer einer Privatwohnung stattgefunden, in der eine größere Anzahl von Teilnehmern nicht Platz gehabt hätte.

Und weil an eine Zurverfügungstellung eines Lokals in Neustadt zu einer größeren polnischen Versammlung nicht zu denken war, mußte man durchaus auf die Unnehmlichkeit verzichten, bei der Gründung der Bank viele ehrenwerte Bürger zu sehen, deren Gegenwart die erste Tätigkeit der Bank bedeutend gehoben hätte. Wir hoffen jedoch, daß sich in kurzer Zeit sie alle in unserer Mitte befinden werden.

Im Namen der Gründer der „Kassubischen Bank“.

Der Bankdirektor.

Alfons Schmielewski,

Zoppot, den 20. Juli 1906.

Aus Nr. 85 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 17. Juli 1906:

Fort mit der Anschmeichelei und mit der Erniedrigung der nationalen Würde!

Fortwährend wird von dem Unrecht gesprochen, das die Regierung uns zufügt. Auf jedem Schritte verspüren wir die Gefinnung des Hafatismus, der die Polen so schnell wie möglich aushungern, ganz niederdrücken und sie derart vernichten möchte, daß nicht eine Spur nach ihnen bleibt. Die Erwerbsgelegenheit der Polen wird durch die Boykottierung ihrer Geschäfte und verschiedener Unternehmungen erschwert, es wird ihnen nicht einmal erlaubt ein Wohnhaus auf der erworbenen Parzelle zu errichten, der polnische Religionsunterricht wird beseitigt, mit einem Worte es wird alles getan, um den Polen die Erwerbsgelegenheit zu erschweren und ihnen die Muttersprache zu nehmen.

Angeichts dieser Umstände müßte man annehmen, daß sich von den Polen, die der Hafatismus in einem Löffel Wasser ertränken möchte, niemand mit seinen Feinden vereinigen und keiner von ihnen an ihren Festen und Vergnügen teilnehmen würde. Und doch kommt so etwas vor des elenden Rußens wegen, und namentlich in kleineren Städten tut dies der eine oder

der andere in seiner Gedankenlosigkeit, da er der Meinung ist, daß er damit den Hakatismus gewinnt.

Das sind dagegen eitle Hoffnungen. Dem Hakatismus kann man mit einem solchen Verhalten garnicht imponieren. Früher oder später zeigt er denen, die sich anschmeicheln und auf irgendwelche Berücksichtigung rechnen, die Zähne. Davon hat sich auch ein polnischer Unternehmer in Crone a. d. Br. überzeugen können, dem die Behörde die Ausführung weiterer Arbeiten untersagt hat. Er wurde rücksichtslos boykottiert, worüber die Croner deutsche Zeitung, das Croner Wochenblatt in einem Artikel unter der Spitzmarke „Ein Opfer der antipolnischen Politik in den Ostmarken“ folgendes mitteilt.

(Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Ein Unternehmer, Herr Töpfermeister S. K. aus Crone erhielt den Auftrag zwei Öfen auf dem jenseitigen Bahnhofe auszubessern. Nachdem ein Ofen auseinander genommen war, wurde ihm mitgeteilt, daß er nicht weiter arbeiten solle. Herr S. K. erhielt folgendes Schreiben:

„Bahnmeisterei I

Schleusenau, den 3. Juli 1906.

An

den Herrn Töpfermeister Alexbor
in
Crone.

Obwohl Sie bisher alle Töpferarbeiten an den Strecken der Bromberger Kreisbahnen zur vollkommenen Zufriedenheit ausgeführt haben, muß ich Ihnen hiermit doch mitteilen, daß laut Anordnung des Vorsitzenden des Kreisausschusses Ihnen von jetzt ab weitere Arbeiten nicht mehr übertragen werden sollen. Über die durch das Auseinandernehmen des Ofens in der Wohnung des Herrn Meyer entstandenen Kosten wollen Sie eine Rechnung aufstellen, oder sich mit dem Herrn Töpfermeister Bock aus Bromberg verständigen, der die Töpferarbeiten ausführt; Herr Bock wird sich auch zwecks Verständigung mit Ihnen in Verbindung setzen.

Achtungsvoll

Gendreizig.“

Das Croner Wochenblatt fügt hinzu, daß Herr K. Pole sei, aber bei der Veranstaltung deutsch-patriotischer Feste sogar seinen Namen unter die Aufrufe jeße als Komiteemitglied und auch persönlich daran teilnehme.

Alles Anschmeicheln an die Feinde des Polentums hat also nichts genützt. In jeder Weise zeigen sie sich den Polen gegenüber immer unverjöhnlich.

Nicht durch Fingerlecken, das unser Dasein untergräbt, sondern durch das erhöhte Bewußtsein unserer nationalen Würde erlangen wir Wertschätzung und sogar Achtung beim Feinde!

Aus Nr. 87 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 21. Juli 1906:

Nawra, Kreis Thorn.

(Noch die Postangelegenheit.)

Ihr Korrespondent hat schon mitgeteilt, welches Unrecht uns die Oberpostdirektion zugefügt hat, indem sie die hiesige Agentur weiter hinter das Dorf — nach dem Bahnhofe verlegt hat.

Die hieraus entstehenden Unbequemlichkeiten sind groß; einige sind schon aufgezählt worden, aber noch nicht alle. So bringen uns z. B. die Briefträger Sonntags morgens weder Briefe noch Zeitungen, überhaupt nichts, und sagen, daß „Sonntagsbestellung

ist nicht“ (wörtlich), obwohl sie überall besteht in Städten und in Dörfern, doch wir sollen hier besonders behandelt und ausgezeichnet werden.

Von Sonnabend mittags bis Montag früh leert niemand den Briefkasten, denn die Briefträger haben fast zwei Tage frei.

Wenn also jemand einen Brief nach Biskupitz am Sonnabend um 4 1/2 Uhr nachmittags in den Briefkasten wirft — so gelangt dieser Brief erst am Dienstag und im günstigen Falle am Montag in die Hände des Adressaten, und die Entfernung von Nawra nach Biskupitz beträgt 1/2 Meile. Von Sonnabend Mittag bis zum Dienstag könnten Briefe, wenn sie gleich expediert würden, gewiß bis nach Jerusalem und vielleicht noch weiter gelangen.

Das Postamt ist im „Dienststraume“ des Bahnhofes untergebracht, den im allgemeinen nur die Interessenten betreten dürfen; ein besonderes Fensterchen ist nicht angebracht, darum drehen sich die Leute auch herum und wissen nicht wohin sie sich in Postangelegenheiten wenden sollen. Und wenn der Zug eintreffen soll, so muß sich der Stationsvorsteher mit ihm befassen, und ihr, die ihr zur Post gekommen seid, könnt warten, denn nach der preussischen Praxis ist die Post nicht für euch da, sondern ihr für die Post.

Wenn auf der Eisenbahn irgend ein Unglück passiert, so entschuldigen sich die Beamten damit, daß sie zu sehr mit Arbeit überlastet seien, daß sie zuviel Dienst tun müßten, daß sie nervös wären usw. — sie rechtfertigen sich so, wie sie es nur können. Das ist doch wohl nur eitles Geschwätz, denn bei uns ist der Stationsvorsteher auch noch zum Postbeamten ernannt worden, selbstverständlich gegen eine besondere Entschädigung. Also entweder hat dieser Herr zuviel Zeit, dann darf man ihren Klagen wegen Arbeitsüberlastung nicht Glauben schenken, denn das ist nicht wahr, wenn sie außerdem noch ein derart abspannendes Amt verwalteten können. Oder aber es ist eine Arbeit, die die Kräfte übersteigt; na, was wird dann mit den Zügen werden, es kann sich dann sehr leicht ein Fall ereignen, dann wird die Sicherheit der Reisenden stark gefährdet sein.

Gibt sich Ihr erster Korrespondent nicht etwa eitlen Hoffnungen hin, wenn er hofft, daß eine Änderung in Kürze eintreten und der frühere Zustand wieder hergestellt werden würde, denn der jetzige Zustand sei unumgänglich, unerträglich und unklug und könne nicht erhalten bleiben. Ich sage nun diese Hoffnung nicht, denn ich weiß wo ich wohne, denn ich weiß, daß, obwohl sich z. B. die Post und Bahn nicht leiden können und die eine der anderen ihre Wohltaten vorwirft, sie sich in diesem uns betreffenden Falle alle doch verbrüderet haben, und die eine die andere gastlich aufgenommen hat. — Ich würde schon damit zufrieden sein, wenn z. B. auch nur eine sog. Posthilfsstelle bei irgendeinem Briefträger oder Lehrer im Dorfe eingerichtet würde; aber das wird wohl ein unerfüllter Wunsch bleiben.

Aus Nr. 84 der Gazeta Gdanska (Danzig)

vom 19. Juli 1906:

Zukomken, Kreis Carthaus.

Ich muß der geehrten Redaktion eine traurige Begebenheit mitteilen. In diesen Tagen ist nämlich ein gewisser Otto Wolski auf dem lutherischen Kirchhofe beerdigt worden, obwohl er Katholik war. Die Familie ist ja zwar lutherisch, aber er ist in der katholischen Kirche zu Parchowo getauft worden und hat dort auch die erste Kommunion erhalten. Vor dem Tode ließ er auch den katholischen Priester aus Par-

chowo zu sich rufen und empfing das heilige Abendmahl. Sobald er jedoch gestorben war, bemühte sich die Familie ihn auf dem lutherischen Kirchhofe zu begraben, namentlich hielt das der Ortsvorsteher, der Lutheraner ist, für angebracht! Und so wurde er denn wirklich auf dem lutherischen Kirchhofe beerdigt und den Pastor vertrat der lutherische Lehrer. Uns allen schmerzt und wundert es, daß unser Herr Propst das nicht verhindert hat, umsomehr, als der Verstorbene vor seinem Tode erklärte, daß er nicht auf dem lutherischen, sondern auf dem Parochialkirchhofe in Parchowo beerdigt sein wolle. Die Deutschen sagen, daß W. die katholische Kirche nicht besucht hätte, aber er hat auch die lutherische Kirche nicht besucht, und in der katholischen Kirche war er doch getauft und hat das heilige Abendmahl erhalten.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 165 des Glos Śląski (Gleiwitz)
vom 22. Juli 1906:

Betrifft die Enthaltksamkeit von alkoholischen Getränken.

Unter obigem Titel erhalten wir von Herrn Dr. Hager in Zaborze nachstehenden Artikel:

Die polnische Gesamttheit in Schlesien befindet sich gegenwärtig in einem Stadium der Untätigkeit, aus welcher man sie durchaus aufrütteln muß. Die Bewegung in den Vereinen ist schwach und von der Gründung neuer ist nichts zu hören. Der Mangel an Sälen und an Gelegenheit, Volksversammlungen und Sitzungen abzuhalten, kann diese Apathie nicht entschuldigen. Bei gutem Willen läßt sich manche Schwierigkeit überwinden. Der beste Beweis hierfür ist der Strazverein, dem es vor zehn und einigen Tagen gelungen ist, eine Starostenversammlung zu veranstalten. Es scheint, daß die wichtigste Ursache der Stockung auf dem Gebiet der sozialen Arbeit der Widerwille und die Trägheit der Personen ist, die infolge ihrer Bildung an die Spitze des Volks gestellt sind. Der Mangel an Initiative bei diesen Leuten zieht die Starrheit der Allgemeinheit nach sich. Gegen Träge und im eigenen Wohlstand sich Verschließende gibt es keinen Rat, aber Wohlgesinnte und zur sozialen Arbeit Bereite haben keinen Anlaß, die Hände sinken zu lassen und zum Widerwillen. Als ein solcher Anlaß kann der Fall zweier Konsumvereine nicht angesehen werden, denn dieser Fall ist nur ein vorübergehender Schaden, aber noch kein Ruin, der nicht wieder wettzumachen wäre. Hoch also die Herzen und vorwärts an die Arbeit!

Über Mangel an Arbeit kann man sich nicht beklagen. Arbeiter tun not auf jedem Gebiet. Ich werde nicht alle die Aufgaben aufzählen, deren Lösung unserer Volksgesamtheit Nutzen bringen würde. Heut möchte ich nur auf die bei uns vernachlässigte Sache der Enthaltksamkeit aufmerksam machen. Über den Alkohol herrscht in der ganzen gesitteten Welt nur eine Meinung, — die, daß er Gift ist, welches die Gesundheit, die Kräfte und das menschliche Leben zugrunde richtet, daß er ein Schädiger des Wohlstandes ist, da er materielles Glend nach sich zieht, und daß er ein Feind der Bildung und der Tugend ist, da er die Menschen in den Abgrund der Unwissenheit und des Verbrechens treibt. Kein Wunder, daß gegen einen so schrecklichen Feind hartnäckig gekämpft wird. In diesen Kampf sind die Staatsregierungen, die Volksgesamtheiten, welche um ihre Existenz und ihre Entwicklung besorgt sind, die

Kirche und alle Stände eingetreten. Es haben sich zu diesem Kampfe die Gelehrten gestellt, welche mit Schrift und Wort die verderblichen Folgen des Alkohols nachweisen, es sind die Arbeiter aufgetreten, welche ihn als einen gräßlichen Feind ansehen. Das Herz eines jeden Polen muß sich darüber freuen, daß an diesem Kampfe gegen den Alkohol auch polnische Arbeiter teilgenommen haben. Die diesjährige Versammlung der Delegierten der polnischen Arbeitervereine hat u. a. den Beschluß angenommen, daß bei den Erntearbeiten an Stelle des Schnapfes alkoholfreie Getränke verlangt werden sollen.

Es drängt sich jetzt die Frage auf, wie es um die Antialkoholbewegung in Oberschlesien bestellt ist, ob und in welchem Grade das polnische Volk daran teilnimmt. Gewiß schützen die seelsorgerische Tätigkeit der Geistlichen und die administrativ-polizeilichen Vorschriften, welche den Verkauf erziehender Getränke an den Lohn- und Vorshustagen einschränken, bis zu einem gewissen Grade das Volk vor dem Mißbrauch berauschender Getränke. Für den Forscher sozialer Angelegenheiten ist jedoch wichtiger die Frage, ob und in welchem Maß das Volk sich zu dem Kampfe gegen den Alkohol anrafft. Nun bestehen in Oberschlesien zwei Organisationen, die sich mit der Mäßigkeitsfrage befassen. Die eine, größere, schart sich um den Pfarrer Kapiza, die zweite, sehr kleine, bilden die sogenannten Abstinenten. Beide Seiten bekämpfen sich zeitweise aus prinzipiellen Gründen; denn die Abstinenten sind Anhänger der absoluten und vierfachen Enthaltksamkeit vom Alkohol, Tabak, Kartenspiel und von den geschlechtlichen Ausschweifungen, Pfarrer Kapiza dagegen begnügt sich mit der Enthaltksamkeit. Die polnische Gesamttheit in Oberschlesien kann sich mit der Tätigkeit beider Lager nicht zufrieden geben, denn beide Parteien umfassen die Allgemeinheit der nationalbewußten Polen nicht hinlänglich. Pfarrer Kapiza hat große Verdienste durch seine kirchlich-missionäre Tätigkeit, aber seine sozialen Einflüsse beschränken sich auf die Mitglieder der Vereine, die unter dem Zentrumskommando stehen, die Abstinenten dagegen sind der Zahl nach schwach, sie leiden an einem Mangel an Organisation, denn sie haben nur einen Verein in Zaborze, und vor allem streben sie in ihrer Zerstreuung auf Abwegen dem Ziele zu. Mit der von Pfarrer Kapiza veranlaßten Antialkoholbewegung gedenke ich mich nicht zu befassen, es verlohnt sich aber, über die Tätigkeit der Abstinenten nachzudenken, denn das sind bewußte Polen und Leute, welche, wenn sie sich leiten ließen, der Volksgesamtheit in Schlesien keine geringen Dienste leisten könnten. Gegenwärtig haben sie keine Bedeutung, ja, sie schaden sogar der Sache, am meisten aber sich selbst. Auf Abwege haben sie die irrigen Theorien gebracht, von denen manche von ihnen durchdrungen sind. Die Theorie des Prof. Lutosławski, welche lehrt, daß Geheimhaltung eine große Kraft sei, deren sich alle Staatsregierungen bedienen, hat schon Unglück genug über ganze Familien gebracht. Tatsache ist, daß das Gleiwitzer Gericht zehn und einige Abstinenten zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt hat wegen Veranstellung geheimer Zusammenkünfte. Möglich, daß Geheimhaltung in der Diplomatie durchaus nötig und daß sie nützlich ist in der inneren Verwaltung, aber schädlich ist sie für die Bürger in Staaten, in denen geheime Versammlungen und Zusammenkünfte streng verboten sind. Man kann sich übrigens schwer vorstellen, welchen Nutzen die Geheimtuerie in der Verbreitung der Mäßigkeit haben soll; im Gegenteil, die Enthaltksamkeit sollte laut, offen in öffentlichen Versammlungen durch belehrende Abhandlungen und Flugschriften gefördert werden. Der zweite Kardinalfehler bei den Abstinenten ist der Fanatismus, der darauf

beruht, daß manche die Enthaltſamkeit für die wichtigſte Sache halten und andere geringschätzen. Ein ſolcher Fanatiker vernachläſſigt ſeine alltäglichen Pflichten, er wirft die Arbeit hin und wird hingehen, ein verirrtes Schäflein zu retten, um es zum Haufen zu führen. Ich kenne einen Abſtinenten, der bei keiner Arbeit ausharrt, wenngleich ihm Gelegenheit zum Erwerb geboten wird. Vorwiegend wartet er Kinder, während ſeine Schweſter für den Unterhalt des Hauſes arbeitet. Ein ſolcher Menſch ſieht ſich für einen Apoſtel der Tugend an und behauptet, daß Licht und Helle von ihm ausſtrahlen, wo es ſich irgend zeigt. Über ſonſtige Fehler werde ich mich nicht ſpeziell auslaſſen, ich bemerke nur, daß dieſe Leute kein genau und klar abgeſtecktes Ziel haben und darum nicht vorwärts kommen und die Bewegung nicht leiten können.

Angeſichts ſolcher Verhältniſſe gibt es in Oberſchleſien keine Organisationen, welche unter dem nationalbewußten Volke die Enthaltſamkeit mit Erfolg ausbreiteten. Eine derartige Organisation ſollten meines Erachtens Wohlgeſinnte ſchaffen. Als Muſter könnten die Statuten des Vereins „Byzwołenie“ (Befreiung) in Poſen dienen. Dieſer Verein hat, ſoweit ich ihn von der Ferne aus zu beurteilen imſtande bin, ein klein vorgezeichnetes Ziel; er befaßt ſich nur mit der Mäßigkeit, und mit nichts weiter; — er beengt die Mitglieder nicht durch viele Verſammlungen, erhebt keine hohen Beiträge und wirkt erfolgreich auf die großen Maſſen ein, denn er veranſtaltet von Zeit zu Zeit große Volksverſammlungen, welche im ganzen Lande Widerhall finden, und er nimmt in der Preſſe offen und vernehmlich das Wort, wenn ſich hierfür ein paſſender Moment bietet.

Vielleicht findet meine Stimme williges Gehör. Die ſcharfe Kritik der Abſtinenten bitte ich, mir zu verzeihen. Ich habe ſie im Gefühl der Wahrheit, nicht aus Haß niedergeſchrieben, dagegen aus Wohlwollen für die Sache. Da ich Offenheit lehre, wollte ich meinen Namen nicht verbergen.

Dr. Maximilian Hager.

Aus Nr. 163 des Górnioślazak (Kattowitz)

vom 21. Juli 1906:

Das göttliche Recht,

ſowohl das natürliche, als auch das übernatürliche, ſollte den Menſchen ein Leitſtern in allen Angelegenheiten ſein, die ſich auf die Seele und auf den Leib, auf das ewige und zeitige Leben beziehen. Gott iſt der Herr aller, der Großen und der Kleinen, Gott muß nach dem Tode über alles, „über jedes Wort“ Rechenſchaft abgelegt werden. Gott hat ein Recht gegeben, damit die Menſchen nach dieſem Rechte lebten. Dies ſoll der Menſch freiwillig tun, da Gott dem Menſchen einen freien Willen verliehen hat. In Chriſti Königtum auf Erden gibt es keinen Zwang.

Da der größte Teil der Menſchen Gottes Recht nicht beobachtet, darum iſt es ſchlimm in der Welt.

Wenn du in irgendeiner Sache nicht weißt, was Recht iſt, ob die anderen das Recht verkünden, ob ſie irren, ſo ſchau auf das göttliche Recht. Wenn der eine ſo, der zweite anders ſpricht, ſo nimm das göttliche Recht als Maßſtab, lege ihn an das an, was die Leute ſagen, tun und ſchreiben. Weſſen Rede und Taten mit den göttlichen Recht übereinſtimmen, auf deſſen Seite iſt die Wahrheit.

Nehmen wir heut als Beiſpiel die Frage der polniſchen Nationalität, der polniſchen Sprache, des Germaniſierens. Bekanntlich ſind die Anſichten in dieſer Frage ſogar unter den Katholiken, ja ſogar

unter den Geiſtlichen verſchieden. Bei wem iſt die Wahrheit?

Bei Gott, bei Jeſus, bei dem hl. Geiſt, bei der Kirche!

Nimm die hl. Schrift und lies, was in der Apoſtelgeſchichte ſteht:

(Hier folgt der Wortlaut des Pfingſtevangeliums von der Herabkunft des hl. Geiſtes, worauf wie folgt fortgefahren wird:)

So ſteht es in der hl. Schrift geſchrieben, ſo ſpricht der hl. Geiſt, das iſt die Offenbarung, das iſt übernatürliches, das iſt Chriſti Recht.

Schon aus dieſen Worten geht klar hervor, daß Gott das Recht verliehen hat, daß jeglicher Religionsunterricht überall und allen in der Muttersprache derjenigen gelehrt werde, die Unterricht empfangen, die zuhören.

Wer das beſtreitet, der beſtreitet gleichſam, daß mittags die Sonne ſcheint. Das beſtreitet höchstens ein Blinder. Wer von Leidenschaft, von Haß gegen die Polen geblendet iſt, der nur kann leugnen, daß der Religionsunterricht den Kindern nach Gottes Willen in polniſcher Sprache erteilt werden muß.

Diejenigen Eltern alſo haben Chriſtus, das göttliche Recht, den göttlichen Willen auf ihrer Seite, die in Religionsſachen in der Kirche, in der Schule und überall die polniſche Sprache für die Polen fordern. Gottes Recht verteidigen diejenigen Redakteure, die den polniſchen Eltern beihilflich ſind und ſie ermahnen, daß ſie an der Muttersprache zu ihrem und ihrer Kinder Vorteil feſthalten ſollen.

Auf ſeiten dieſer Leute iſt die Wahrheit denn ſie ſtimmen mit dem Recht Chriſti überein, welcher der Weg und die Wahrheit iſt.

Diejenigen irren alſo, die erwachſenen und unerwachſenen Polen befehlen, ſich der deutſchen oder einer anderen Sprache zu bedienen; es irren diejenigen, die ſich dem weltlichen Recht anpaſſen, die nicht in der Muttersprache lehren und ſprechen; ſchuldig ſind vor Gott diejenigen, welche ſchweigen, welche die Muttersprache der Bedrückten nicht verteidigen, wenn die Mächtigen dieſer Welt oder ein einzelner Prieſter wider das göttliche Recht ſündigen und nicht jeden in der Sprache lehren, in welcher er geboren iſt. Nicht nur derjenige ſündigt, welcher ſtieht, ſondern auch der, welcher dem Diebe beihilflich iſt, welcher ſchweigt, wer den Dieb nicht zurüchſchreckt, wer ihn nicht beſtraft.

Leider aber hört man gerade in unſeren zivilisierten Jahrhunderten nach der Geburt Chriſti faſt in der ganzen Welt, wie die weltlichen und geiſtlichen Regenten gegen das Recht Gottes und Chriſti ſündigen, das da ein für allemal bei der Gründung der Kirche Chriſti verkündet wurde: Chriſti Lehre gebührt jedem in ſeiner Sprache, in welcher er geboren worden iſt.

Aus dieſem Recht geht auch ganz klar hervor, daß die Germanisierung eine Sünde wider das Recht Gottes, wider Chriſtum den Herrn iſt. Muttersprache und Nationalität ſind ein und daſſelbe. Weſſen Muttersprache die polniſche Sprache iſt, der iſt polniſcher Nationalität. Mit dem einem und mit dem andern wird der Menſch geboren. Darum ſagt man „Nationalität“, „Muttersprache“, weil man beides durch die Geburt von den Eltern empfängt. Was von Geburt iſt, das iſt ewig. Etwas anderes iſt das Bürgerrecht, die Untertanſchaft. Geboren werde ich für immer als Pole, das hängt nicht von meinem Willen ab. Ich kann dagegen Bürger des preußiſchen oder des ameriſaniſchen Staats ſein, je nach dem wo ich wohne. Das hängt von meinem Willen ab. In jedem Lande aber bin ich Pole hiñſichtlich der Nationalität, der Abkunft, überall iſt meine Muttersprache die polniſche.

Mit einem Worte:

Sowohl die Nationalität als auch die Muttersprache sind jedem Menschen von Gott verliehen.

Wer die Nationalität und die Muttersprache des Nächsten nicht achtet, der handelt dem zuwider, was Gott beschlossen hat, gegen das natürliche und übernatürliche Recht Gottes. Wer selbst freiwillig seine Muttersprache verwirft, der verleugnet seine Nationalität, der sündigt gleichfalls gegen Gottes Willen. Ein solcher Mensch gleicht sozusagen dem, der seinen Vater und seine Mutter verleugnet und sich ihrer schämt.

Gegen das göttliche Recht sündigen also alle, die die Polen germanisieren, die germanisieren helfen, die die Germanisierung nicht abwehren, die sich selbst germanisieren.

Die schlimmste Art des Germanisierens ist die mit Hilfe der Religion. Das ist die größte Sünde. Jeden, der so sündigt, wird Jesus beim jüngsten Gericht zurufen: Wusstest du nicht, daß jeder Christi Lehre in seiner eigenen Sprache, in welcher er geboren worden ist, empfangen soll?

Ein Geistlicher.

Aus Nr. 865 des Polak (Kattowitz)

vom 18. Juli 1906:

Die Zentrumsgeistlichen und die polnische Geistlichkeit.

Es gab in Oberschlesien Zeiten, wo viel Geistliche aus Galizien zu uns kamen, hier Andachten abhielten, predigten und unser polnisches Volk die Kirchen überfüllte, um ihren in korrekter Sprache verkündeten Lehren zuzuhören. Eine große Zahl unserer Geistlichen kennt nämlich die polnische Sprache nicht genügend, sie radebricht und verdreht sie auf der Kanzel zum Ärgernis der Gläubigen. Diese Predigten, welche manche obereschlesische Geistliche aus einem Buche, manchmal aber noch schlecht auswendig gelernt, bringen, da sie nicht aus dem Herzen kommen, auch nicht in die Herzen der Gläubigen hinein und zeitigen nicht die gewünschten Erfolge. Im Gegenteil, mancher Pole nimmt Anstoß daran, wenn er hört, daß ein Geistlicher an einem heiligen Orte in einer so schrecklichen Weise unsere Sprache verunehrt.

Mancher von uns wird denken: Würde sich denn ein Geistlicher erlauben, auch die deutsche Sprache zu verdrehen? Die Deutschen würden scharenweise die Kirche verlassen und eine Beschwerde an den Herrn Bischof richten. Dieser würde zweifellos die Ursache des Ärgernisses beseitigen. Mit uns Polen aber verfährt man anders. Unsere Sprache dürfen sie geringschätzen.

Kein Wunder also, daß unser Volk den Predigten polnischer Geistlichen aus Galizien so gern zuhörte! Kein Wunder also, daß es sich nach Galizien so zahlreich zu Ablassen und Pilgerfahrten begab!

Seit einigen Jahren weht hier nämlich ein anderer Wind.

Augenscheinlich hat der Herr Kardinal Kopp unter dem Druck der preussischen Regierung polnischen Geistlichen verboten, bei uns Andachten abzuhalten und zu predigen. Die Regierung erblickte in ihnen augenscheinlich großpolnische Agitatoren und wirkte auf den Herrn Bischof ein, daß er ihnen die Kirchen verschließen möge.

Infolgedessen begann unser Volk noch zahlreicher nach Galizien und Czestochau zu pilgern.

Für manche Geistliche ist das Sand im Auge. Denn da das Volk sieht, wie schön die Geistlichen in Galizien und Polen sprechen, wie artig es von ihnen behandelt wird, legt es sich nach seiner Heimkehr die Frage vor: Warum ist es bei uns nicht auch so?

Daher bekämpfen auch manche unserer Geistlichen alle Pilgerfahrten nach Galizien oder Czestochau auf das entschiedenste. Und wenn irgend ein polnischer Geistlicher oder Ordensmann nach Schlesien kommt, um Freunde und Bekannte zu besuchen, so beschimpfen bisweilen manche unserer Geistlichen brave polnische Priester und schmähen sie öffentlich, ohne darauf zu achten, daß sie den geistlichen Stand schmähen, daß die von ihnen geschleuderten Steine auf sie selbst zurückfallen. Wir kennen einen Pfarrer, welcher einen braven galizischen Ordensmann Windbeutel nannte.

Ein anderer wiederum nannte vor gar nicht langer Zeit den Prior eines Klosters, der hier bei Freunden weilte, von der Kanzel einen Betrüger. Was soll davon unser polnisches Volk denken!

Sind doch in der katholischen Kirche alle Geistlichen einander gleich, und alle haben als Priester, als Geistliche ein Recht auf ein und dieselbe Ehre!

Gesetzt den Fall, daß einer von den Nationalen privatim oder öffentlich einen Zentrumsgeistlichen Betrüger oder Windbeutel nennen würde, was niemand getan hat und nicht tun wird, — was würde da geschehen? Mit Recht würde man einen solchen Katholiken verurteilen.

Allein als Katholiken müssen wir von unseren Geistlichen verlangen, daß auch sie gegen ihre Konfratres keine Schmähungen schleudern, denn dadurch untergraben sie am meisten das Ansehen der Geistlichkeit.

Manche unserer Geistlichen ärgern sich schrecklich, daß unser Volk zu kirchlichen und religiösen Zwecken nach Galizien Spenden sendet.

In Radzionkau waren, wie die Zeitungen schreiben, unlängst zwei Klosterchwestern aus Galizien, die sammelten Beiträge für ein Kloster. Der Herr Ortspfarrer und Erzpriester Koniecko warnt von der Kanzel die Parochianen, ihnen Opfergaben zu geben, und zwar darum, weil sie den Pfarrer nicht um die Erlaubnis ersucht hätten. Darüber entstand unter den Parochianen eine große Entrüstung. Augenscheinlich veröffentlicht der Herr Pfarrer selbst in Zentrumsblättern seine Bekanntmachung und den Brief, den er von seinen Parochianen erhielt.

In diesem Briefe teilen sie ihm mit, daß niemand, sogar der Herr Pfarrer nicht das Recht habe, über ihre Taschen zu verfügen. Der Herr Pfarrer erklärt sein Verhalten dadurch, daß sowohl eine Anordnung aus Rom als auch vom Bischof fremden Geistlichen und Ordensleuten ohne vorherige Genehmigung der geistlichen Ortsbehörde das Sammeln von Spenden verbiete.

Formell hat also der Herr Pfarrer vollkommen recht. Man muß aber der Sache tiefer auf den Grund gehen. Unsere Geistlichen fordern die polnische Bevölkerung in den Kirchen auf und ermuntern sie, Spenden für deutsche Klöster, für Kirchen der Deutschkatholiken zu geben usw.

Die deutschen Klöster, welche sich in Oberschlesien befinden, germanisieren mittelbar oder unmittelbar, oder sie erleichtern unserm unaufgeklärten Volke die freiwillige Germanisation.

Die deutschkatholischen Institutionen gereichen ebenfalls nur den Deutschen zum Vorteil, unsere Landsleute aber, die das Schicksal in die Fremde verschlagen hat, könne von den Deutschen polnische Predigten und Andachten durch Bitten nicht erlangen.

So sehen heut die Dinge aus. Wir haben noch nie gehört, daß irgendwelcher von unseren Geistlichen zur Sammlung von Beiträgen für polnische Kirchen oder Klöster aufgefordert habe. Im Gegenteil trachten unsere Geistlichen, oder vielmehr ein großer Teil von ihnen danach, daß unser Volk mit polnischen Geistlichen gar keine Fühlung hätte. Diese Fühlung ist ihnen unbequem und unangenehm. Als Zentrumsleute, als Anhänger der Partei, die eine Stütze der uns Polen verfolgenden preußischen Regierung ist, werden aber unsere Geistlichen nicht leicht etwas tun, was dieser Regierung unangenehm wäre. Sie bemühen sich vielmehr manchmal, mit dieser zu leben, mit welcher wir — natürlich mit gesetzlich erlaubten Mitteln — kämpfen müssen.

Sie bemühen sich also, unser Volk von Pilgerfahrten nach Galizien oder Czestochau abzuhalten. Zu diesem und zu keinem anderen Zweck wird z. B. in Ellguth ein großes Kloster für Franziskanermönche gebaut, die sich von Anfang an in unsere parteipolitischen Kämpfe mischten und unserer nationalen Bewegung feindlich entgegenreten. Sie glauben, daß ein Kloster in Ellguth, so nahe der Grenze, dazu beitragen wird, daß das polnische Volk nicht nach Galizien und Czestochau pilgern werde, damit es dort nicht polnischen Einflüssen unterliege.

Da aber die Polen in Galizien und im Königreich das Blut von unserem Blute, das Mark von unserem Mark sind, da sie unsere Brüder sind, so werden wir stets lieber zu ihnen gehen und ihnen Gaben hintragen, soweit es uns die Mittel erlauben werden.

Der Deutsche wird uns, selbst wenn er Katholik ist, stets fremd sein, die nationale Pflicht aber heißt uns, nicht denjenigen Geld hinzutragen, die mittelbar oder unmittelbar zur Germanisierung beitragen.

Aus Nr. 159 des Dziennik Śląski (Bentzen D.-S.)
vom 16. Juli 1906:

Betrifft Vereinsvergütungen.

In den letzten Tagen gelangen immer häufiger Briefe an uns mit der Bitte um Bekanntmachung, daß sich dieser oder jener polnische Verein an deutschen Vereinsvergütungen beteiligt. Diese Bekanntmachungen brachten wir bisher mit Rücksicht auf die polnischen Vereine unter einem gewissen Vorbehalt, endlich aber ist es Zeit, dem ein Ende zu bereiten; denn niemand kann von uns verlangen, daß wir auch nur mittelbar in polnischen Blättern die Germanisation empfehlen sollten. Und den Mitgliedern polnischer Vereine deutsche Vergütungen auf diese Weise zu empfehlen, ist unbedingt eine mittelbare Förderung der Germanisation. Wie könnte es auch anders sein. Unser polnisches Volk ist noch zu wenig nationalbewußt, daß es diesem verschiedenen deutschen Flitter und der deutschen „fajnose“ (Feinheit) gegenüber, die für das Polentum unseres Volks immerhin gefährlich sind, unempfindlich sein sollte. Es ist erwiesene Tatsache, daß polnische Vereine, welche an Vergütungen deutscher Vereine teilnehmen, unter den deutschen Teilnehmern zusammenschmelzen und verschwinden. Die Mitglieder schämen sich oft, sich der polnischen Sprache zu bedienen, und sie plappern sogar unter einander deutsch. Und das kann in unserem Interesse nicht liegen. Wir haben sowieso schon mit der Germanisation zu kämpfen, die in unsere Hütten durch Fenster und Türe hineindringt. Wie sähe es erst aus, wenn wir selbst mittelbar zu germanisieren anfangen, indem wir durch Bekanntmachungen das polnische Volk zur Teilnahme an

deutschen Vergütungen antreiben würden. Mögen sich die polnischen Vereine unter einander vereinigen, mögen sie sich gemeinsam vergnügen, von deutschen Vergütungen aber mögen sie sich fernhalten, denn dort riecht es stets nach Deutschtum. Dieses aber macht sich uns hier und da auf Schritt und Tritt fühlbar. Wir sind weit entfernt, Rassenhaß zu säen, denn das wäre nicht katholisch gehandelt, es ist aber unsere heilige Pflicht, das polnische Volk vor jeder Germanisierungsgefahr zu warnen, die sicherlich denen droht, die so gern an deutschen Festlichkeiten teilnehmen.

Wir bemerken also ausdrücklich, daß wir in Zukunft solche Bekanntmachungen von der Teilnahme polnischer Vereine an deutschen Vergütungen nicht mehr veröffentlichen werden, und so bitten wir die Vereine, sie möchten uns solche Bekanntmachungen nicht mehr übersenden und gleichzeitig dahin wirken, daß an deutschen Vergütungen nicht mehr teilgenommen werde.

Aus Nr. 87 des Polak (Kattowitz)

vom 21. Juli 1906:

Germanisierung unserer Jugend.

Die preußische Schule hat in den polnischen Landesteilen nur den einen Zweck: Die Germanisierung der polnischen Jugend. Die Regierung selbst aber weiß, wiewohl ihre Vertreter immer wieder erklären, daß die Schule mit einem für die Deutschen guten Erfolge arbeite, am besten, daß die Ergebnisse des deutschen Unterrichts sehr schlecht sind und die Lehrer unsere Jugend nicht zu germanisieren vermögen.

Daher regt auch die Regierung durch Belohnungen in Geld die Lehrer zur Germanisierung derjenigen polnischen Jugend an, die der preußischen Schule nicht mehr angehört. Die von der Regierung und den Hakatisten empfohlenen Mittel sind die verschiedenen germanisatorischen Abende und Vereine. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Deutschen auch auf diesem Wege ihr Ziel nicht erreichen können, und manche unter ihnen schätzen die Bedeutung dieser germanisatorischen Arbeit sehr niedrig. Die Regierung gibt aber die Hoffnung nicht auf und sucht neue Wege, um das junge Geschlecht mit Erfolg zu germanisieren.

Jetzt hat sie ihre Aufmerksamkeit mehr auf die ländlichen Gegenden gerichtet. Der Regierungs-Präsident in Oppeln hat nämlich an die Landräte folgende Verfügung erlassen: Sie sollen dafür Sorge tragen, daß die Dorflehrer, welche Fortbildungsschulen auf dem Lande zur Winterszeit leiten, bemüht wären, mit der Jugend auch nach den Unterrichtsstunden, namentlich im Sommer, wo kein Unterricht stattfindet, in Berührung kämen. Zu diesem Zwecke sollen die Lehrer mit der Jugend Sonntagsplaudereien, Ausflüge usw. veranstalten.

Der Regierungs-Präsident kündigt von vornherein an, daß er genügend Mittel besitzt, um die Lehrer für diese Mühen zu vergüten.

In die Fortbildungsschule müssen die Eltern ihre Kinder schicken. Dagegen hilft nichts. Gesetzlichen Anordnungen kann man sich nicht widersetzen. Allein niemand braucht seine Kinder zu Plaudereien und Ausflügen, die von Lehrern veranstaltet werden, zu schicken. Diejenigen Eltern, die das tun, germanisieren selbst freiwillig ihre Kinder und begehen an unserer Nationalität das größte Verbrechen, denn selbst berauben sie uns unserer größten Macht, die wir besitzen, d. i. die Jugend. Wer die Jugend auf seiner Seite hat, dem gehört die Zukunft.

Daher fordern wir auch die polnischen Eltern auf, ihre Söhne zu germanisatorischen Plaudereien und Ausflügen nicht zu schicken.

Die Söhne mögen den Sokolvereinen und anderen polnischen Vereinen beitreten; wo es aber solche nicht gibt, dort mögen sie zu Hause nützliche Sachen lernen.

Gebt ihnen ein gutes polnisches Buch, eine polnische Zeitung zu lesen, besprecht mit ihnen das Gelesene, und die anderen Gleichgültigen mögen zuhören, damit auch sie in nationaler Beziehung erwachen. Wir haben das Vertrauen, daß die polnischen Eltern dafür sorgen werden, daß diese germanisatorischen Absichten des Herrn Regierungspräsidenten ihren Zweck gänzlich verfehlen werden. Laßt uns unsere Jugend, die Grundlage unserer Zukunft, verteidigen!

Aus Nr. 29 der Praca (Beuthen D. S.)

vom 17. Juli 1906:

Be richt

über die Tätigkeit des „Verbands gegen- seitiger Hilfe“

für den Monat 1906.

Rechtshilfe wurde erteilt und folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt:

im Bureau zu Beuthen	593
„ „ „ Zabrze	260
„ „ „ Gleiwitz	45
„ „ „ Kattowitz	185
„ „ „ Rybnik	83

Zusammen... 1166

Begräbnisbeihilfen wurden in 24 Todesfällen von Mitgliedern bezw. deren Frauen im Betrage von 939,50 Mk. ausgezahlt.

Der Vorstand des Verbands gegenseitiger Hilfe für christliche Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen.

Krolif.

Aus Nr. 164 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 22. Juli 1906:

Kattowitz.

Herr J. Budzynski erteilt im kleinen Saale der Reichshalle zu Kattowitz Gesangunterricht. Verfloßenen Donnerstag tritt während der Gestangstunde für Damen ein uniformierter Polizist das Lokal, wahr- scheinlich zwecks Überwachung des Gesangs. Herr Budzynski machte in Gegenwart von Zeugen den Polizisten darauf aufmerksam, daß die Erteilung des Gesangunterrichts, die er hier vollziehe, sein Privat- unternehmen sei, und darum forderte er ihn auf das Lokal zu verlassen. Der Polizist ließ sich aber auf einen Stuhl nieder und rührte sich nicht. Herr Budzynski beabsichtigt, über das Verhalten des Polizisten Beschwerde zu führen.

Aus Nr. 162 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 20. Juli 1906:

Kattowitz.

In Nr. 83 des Gazeta Katolicka ist ein Brief irgend eines Parochianen an den Herrn Ortspfarrer und Erzpriester in Sachen der beiden Kloster- schwestern

veröffentlicht, von denen auf der Kanzel gesagt wurde, daß ihnen die Leute kein Almosen geben sollten.

Was diese Kloster- schwestern anbetrißt, so muß ich bemerken, daß sie nicht im Dorfe als Almosen- sammlerinnen umhergingen, sondern daß sie nur diejenigen Familien besuchten, von denen sie eingeladen worden waren. Die Spender kennen jene Schwestern persönlich, weil sie ihr Kloster häufig besuchen. Andererseits waren sie mit einem Beglaubigungs- schreiben ihres Bischofs und der Kloster- vorgesetzten versehen. In diesem Falle wenigstens war also die übereilte Warnung vor jenen verehrten Schwestern von der Kanzel herab unnötig. — Übrigens wissen wir hier, woher der Wind und was für ein Wind weht.

Die Gazeta Katolicka beruft sich auf eine An- ordnung des hl. Vaters und des Bischofs. Solche Anordnungen sind für uns stets maßgebend, und wir achten sie. Was haben aber diese Anordnungen mit der voranstehenden Angelegenheit zu tun? Verbietaet denn etwa irgend eine Anordnung des hl. Vaters oder des Bischofs den Besuch von Bekannten (zumal wenn eine Einladung erfolgt ist) und die Annahme von Opfernaben zu einem wohltätigen Zweck?? Wer kann so etwas behaupten??

So viel zur Aufklärung der Sache. Möge dies die Gazeta Katolicka, aber unverfäzt, abdrucken.

Aus Nr. 163 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 21. Juli 1906:

Aus Radzionkau

überendet uns Herr Kaplan Knosalla ein Schreiben, welches wir im Nachstehenden ganz wiedergeben. Er schreibt was folgt:

Ein Korrespondent des Katolik aus Radzionkau schrieb in Nr. 84 des Katolik über von mir auf der Kanzel Sonntag, den 8. d. Mts., getane Äußerungen. Der Bericht des „Kämpfers für die Wahrheit“ ent- spricht nicht der Wahrheit, er stellt mich vor den Lesern als Prediger hin, der dem Volke nicht wohl will, und er erhebt öffentlich und mittelbar gegen mich den Vorwurf, daß ich die kirchlichen Vorschriften nicht kenne. Ich ersuche daher die geehrte Redaktion um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

1. Den Kloster- schwestern Beiträge zu geben, ver- bot ich den Parochianen nicht deshalb, „weil dies gegen den Willen des Herrn Erzpriesters sei“, sondern ich sagte wiederholt mit Nachdruck, daß das Auftreten der Schwestern mit den kirchlichen Vorschriften im völligen Widerspruch stehe, und deshalb warnte ich das Volk.

2. Was ich sagte, sprach ich nicht aus Zentrums- feindschaft gegen alles Polnische, sondern ich sprach aus Pflicht, um den zahlreichen und strengen Kirchen- vorschriften Genüge zu tun.

3. Nicht nur der Wille des Herrn Erzpriesters bewog mich zu jenen Äußerungen, sondern da ich selbst zur Parochialgeistlichkeit gehöre, war ich selbst ge- zwungen, dort vorzugehen, wo die kirchlichen Vor- schriften außer acht gelassen wurden.

Achtungsvoll
Knosalla, Kaplan.

Radzionkau, den 17. Juli 1906.

* * *

Das vorstehende Schreiben haben wir unverfäzt veröffentlicht, wiewohl es uns gänzlich unverständlich ist. — Kein Wort stand nämlich in der besagten Korrespondenz des „Kämpfers für die Wahrheit“, daß nämlich Herr Kaplan Knosalla persönlich dem Volke

nicht wohlwolle, oder daß er die kirchlichen Vorschriften nicht kenne. — Das Wichtigste verschweigt Herr Kaplan Knoßalla, nämlich: Wo jene Schwestern „die kirchlichen Rechte mißachtet“ haben? Gibt es denn etwa irgendwelche kirchlichen Rechte, die den Besuch von Bekannten verbieten?

Übrigens erhielten wir aus Radzionkau in dieser Angelegenheit eine Zuschrift, die wir gestern veröffentlichten. Vielleicht ist Herr Kaplan Knoßalla so freundlich und beantwortet mit einigen Worten die in der Zuschrift enthaltenen Fragen, worum wir zur Klärung der Wahrheit sehr bitten. Es scheint uns nämlich, als ob die ganze Sache auf einem Mißverständnis beruhte.

Aus Nr. 166 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 25. Juli 1906:

Aus Radzionkau

wird uns geschrieben:

Infolge Berichtigung meiner Korrespondenz durch den hochwürdigen Herrn Kaplan Knoßalla mache ich öffentlich bekannt, daß unsere Geistlichen über jene beiden Klosterfrauen von irgendeinem Zentrums-
spion sehr falsch unterrichtet worden waren, und aus diesem Grunde sind die weiteren überflüssigen Vorgänge entstanden. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich gar keine Absicht besaß, dem hochwürdigen Herrn Kaplan Knoßalla irgendeinen Vorwurf zu machen. Ich hatte vielmehr das System im Sinne, welches von manchen Zentrumsleuten in Oberschlesien gegen alles Polnische eingeführt ist. Der Vorfall in Radzionkau ist nur ein unbedeutender Einzelfall aus diesem allgemeinen System, und da dieser Einzelfall durch einen Spion veranlaßt wurde, so fällt dieses Mal die Schuld auch auf ihn. Soviel zur Aufklärung meinerseits.

Ein Kämpfer für die Wahrheit.

Aus Nr. 87 des Polak (Kattowitz)

vom 21. Juli 1906:

Ein neuer Sokolverein

ist in Siemianowitz-Laurahütte gegründet worden. Es bestand dort schon seit mehreren Jahren ein Sokolverein, wegen des Mangels an einem Lokal zu Versammlungs- und Turnzwecken mußte er aber mit großen Schwierigkeiten kämpfen. Schließlich wurde der Sokolverein infolge einer mit dem Gauvorstande eingetretenen Meinungsverschiedenheit suspendiert. An seine Stelle wurde sofort ein neuer Verein gegründet und ein Vorstand gewählt. Vorsitzender ist der Abgeordnete Korfanty, Schriftführer Herr Murek, Turnwart Herr Wilima. Dem neuen Sokolverein: Gut Heil!

Aus Nr. 165 des Głos Slaski (Gleiwitz)

vom 20. Juli 1906:

Räuber in Uniform.

Aus der Stadt (Gleiwitz) schreibt man uns was folgt:

Am vorigen Freitag fuhr aus Gleiwitz ein Pilgerzug nach Czenstochau. Ein Teil der Gleiwitzer Pilger fand Quartier bei dem Wirt Wypchlaß in Czenstochau. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag um 12 Uhr herum, drang unverhofft in das Wypchlaßsche Anwesen eine Abteilung Dragoner mit 4 Gendarmen. Ein Teil

der Soldaten umstellte das Wohnhaus, ein anderer Teil drang in die Stube, woselbst die Wypchlaßs und einige Personen aus Gleiwitz schliefen. Die Soldateska warf sich auf die Schlafenden, und sie begann mit Fäusten, Säbeln und Kolben die Wehrlosen zu schlagen, die Herausgabe angeblich verborgener Waffen fordernd.

Die Proteste der Gleiwitzer, daß sie Bürger des deutschen Reiches seien, schützten sie nicht vor Schlägen. Am schwersten mißhandelt wurden Wypchlaß und seine Frau, und zwar bis aufs Blut. Nach dieser Prozedur machten sich die Soldaten an die Durchsuchung der Wohnung. Sie fanden jedoch keine Waffe außer einem alten Gewehr. Dagegen verschwanden, — was die Räuber in Uniform am besten charakterisiert — zwei Taschenuhren, die des Wirts Wypchlaß und die eines Herrn W. L. aus Gleiwitz, sowie 1000 Rubel des Hauswirts. Als Herr W. L. seine Uhr verlangte und dem Offizier vorwarf, die Dragoner hätten die Uhr gestohlen, bedrohte man ihn mit dem Bayonett.

Aus der Stube drangen die Soldaten in den Hof, wo Wypchlaßs Bruder, der Knecht und der Rest der Gleiwitzer Pilger schliefen. Diese ließ man in Ruhe, dagegen schlug man den jungen Wypchlaß und den Knecht fast zu Tode. Sodann schleppten die Soldaten die Wypchlaßs und den Knecht ins Gefängnis. Erst am folgenden Tage kauften die Nachbarn die Gemißhandelten aus den Händen der Soldaten los.

Die Gleiwitzer Pilger wandten sich am Montag an den Kreischef und sie brachten bei ihm ihre Beschwerden an. Der Chef faßte jedoch das Protokoll nicht so ab, wie die Gefährten es forderten, namentlich ließ er den von den Soldaten ausgeführten Uhrendiebstahl ganz fort, obgleich Herr L. entschieden gegen eine solche Fälschung des Protokolls protestierte.

Angeichts dessen sandten die Gleiwitzer Pilger eine telegraphische Beschwerde an den deutschen Konsul in Warschau mit der Bitte um Intervention und um Herbeiführung der Bestrafung der Schuldigen. Bisher ist jedoch vom Konsul noch kein Bescheid eingegangen.

Obige glaubwürdige Schilderung des Vorgangs zeugt davon, welch' fürchterliche Verhältnisse im Königreich infolge der Unfähigkeit der russischen Regierung herrschen, welche sich nicht allein mit den sozialistischen und jüdischen Räubern keinen Rat weiß, sondern sogar nicht die Kraft hat, friedliche Leute vor der zügellosen Soldateska zu schützen, welche, dreist gemacht durch die Ohnmacht der Regierung und demoralisiert, auf Kosten der unschuldigen Menschheit schwelgt.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 161 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 18. Juli 1906:

Aufruf

an die polnischen Wähler des Wahlkreises Hagen-Schwelm.

Die Reichstagswahlen im Wahlkreise Hagen-Schwelm finden am 19. Juli d. J. statt.

Wie zu wählen ist, darüber braucht man heut garnicht mehr lange nachzusinnen, da wir von dem einmal angenommenen Grundsatz, in der hiesigen Gegend für einen Polen zustimmen, nicht den mindesten Anlaß haben abzuweichen. In der Kreiswählerversammlung in Wetter habt Ihr die gleiche Ansicht geäußert. Im Sinne Eurer in der Versammlung geäußerten Wünsche beschloß das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die Nachbarprovinzen den polnischen Wählern im Wahlkreise Hagen-Schwelm unsern bekannten und verdienten Landsmann

Josef Chociszewski aus Gnesen zu empfehlen.

Landsleute! Herr Josef Chociszewski war schon zweimal Kandidat der Polen in der Fremde. Zum ersten Male bei den letzten allgemeinen Wahlen, wo das polnische Volk ungeachtet vieler Widerwärtigkeiten auf ihn über 20 000 Stimmen vereinigte und zum letzten Male bei den letzten Male bei den Ergänzungswahlen im Wahlkreise Essen.

Wählen darf jeder deutsche Untertan, welcher das 25. Lebensjahr beendet hat oder spätestens am Wahltag 25 Jahre alt wird. Jeder wählt dort, wo er zurzeit der Wahl seinen Wohnsitz hat. Nicht wird verlangt, daß ein Wähler eine Zeitlang am Orte wohnte. Im Gegenteil, jeder kann verlangen, daß man ihn in die Wählerliste des Orts aufnehme, wo er zurzeit der Auslegung der Listen wohnt, selbst wenn er am letzten Tage dorthin verzogen wäre. Jeder wählt da, wo er in der Wählerliste steht. Niemand kann in zwei Orten wählen. Wer nach Schließung der Listen verzog, hat zur Wahl da zu erscheinen, wo er eingetragen ist, und man muß ihn zur Wahl zulassen.

Landsleute! Wir fordern Euch hiermit auf, daß jeder seine Pflicht als Bürger und Pole erfülle, indem er am Wahltag seine Stimme für unseren Kandidaten

Josef Chociszewski aus Gnesen abgibt.

Indem Ihr für den Polen stimmt, sollt Ihr, geehrte Landsleute, dokumentieren, daß Ihr Polen seid und bis an Euer Lebensende bleiben wollt auch hier in der deutschen Gegend.

Hoch lebe unser Kandidat

Josef Chociszewski aus Gnesen.

Bochum-Gelsenkirchen, 14. Juni 1906.

Das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die Nachbarprovinzen.

Stan. Krzyzanski. A. Wojczynski. B. Wilkowski.

P. Stöl. Josef Dombrowski. Andr. Budzynski.

J. Wilkowski. Johann Henciaf.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 58 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 21. Juli 1906:

Die Lohnbewegung in dem staatlichen Salzbergwerk in Hohensalza.

Daß das staatliche Salzbergwerk in Hohensalza ein Goldbergwerk ist, kann jeder dreist sagen, der die bezüglichen Verhältnisse kennt.

Doch nicht etwa für den polnischen Arbeiter, der diese Schätze herausholt. Es genügt, sich vor dem Bergwerk aufzustellen, wenn nach beendeter Schicht die Arbeiter herauskommen, um sich davon zu überzeugen. Die abgearbeiteten und abgehärmten Gesichter sind ein Beweis dafür, wie schwer die Arbeit unter der Erde und wie gering der Verdienst ist. Das hindert aber den Fiskus nicht daran, reichlichen Nutzen in die Regierungskasse zusammenzuscharren.

Die Arbeiter, welche unter der Erde arbeiten, klagen über großen Gestank und Kopfschmerzen. Früher waren die Schichten auf Ablösung, gegenwärtig wird nur am Tage gearbeitet. Die Schicht dauert von 6 Uhr morgens bis 1/2 4 Uhr nachmittags mit einer halbstündigen Unterbrechung zu Frühstück und einer einstündigen zu Mittag. Unter der Erde ist die schwerste Arbeit. Ein frischer Arbeiter gibt schon nach einer Schicht die Arbeit auf, ein stärkerer arbeitet auch zwei durch. Daher verlassen auch die Arbeiter im

Sommer, wo es überall genug Arbeit gibt, das Bergwerk und nur in den Wintermonaten zwingt sich mancher Arbeiter zur Arbeit in dem Bergwerk, um den Winter auszuhalten und seiner Familie ein Stückchen trockenes Brot zu verschaffen. In der Winterszeit, als mehr Arbeiter waren, wurden täglich sechs-, sieben-, sogar achttausend Zentner Salz herausgeholt. Natürlich waren die Arbeiter gezwungen, um dies zu schaffen, auch zu zwei Schichten zu arbeiten. Es ist ja wahr, daß sich mancher dazu verlocken ließ, um mehr zu verdienen, doch lange konnte er es so nicht aushalten.

Gegenwärtig werden drei bis viertausend Zentner Salz und bis tausend Zentner Gips täglich herausgeholt. Es arbeiten unter der Erde etwa 40 Arbeiter. Die ältesten, welche in dem Bergwerk seit 10 bis 25 Jahren arbeiten, erhalten 3,10 Mk. für die Schicht. Diejenigen, die bis zu zehn Jahren arbeiten, erhalten 2,60—2,80 Mk. Sowohl die einen wie die andern bohren mit Maschinen und sprengen Salztücke.

Die Schlepper verdienen 2,25 Mk. für die Schicht; sie müssen eine bestimmte Zahl Wagen mit Salz füllen, so daß die weniger geübten hinter den älteren, denen diese schwierige Arbeit bereits in die Knochen überging und die geradezu mechanisch arbeiten, nicht nachkommen können.

Auf der Oberfläche arbeiten etwa 10 Männer und 20 Mädchen, sowie einige Jungen im Alter von 15 bis 17 Jahren. Ein solches Mädchen muß wie ein Mann arbeiten, Kohlen abladen, sowie Salz auf Wagen zu den Waggonen zuführen. Die ältesten bekommen 1,30 Mk., die jüngeren 1,10—1,20 Mk. und die neu eingetretenen 1,00 Mk. täglich. Die Jungen reinigen die Kessel und erhalten 1,70 Mk. Auf der Oberfläche wird von 6 Uhr morgens bis 1/2 6 Uhr abends mit denselben Unterbrechungen wie unten gearbeitet. Die Lohnzahlung an alle findet alle 14 Tage statt. Außerdem befinden sich in dem Bergwerk einige Handwerker zur Ausführung von Reparaturen. Der Maschinist erhält 3 Mk. täglich und freie Wohnung, ein besserer Schmied 2,70 Mk. und der Rest zu 2,50 Mk., 2,25 Mk. und sogar zu 2 Mk.

Das ist ein Bild unseres Bergwerkslebens. Ich habe wohl nicht nötig hinzuzufügen, daß die Beamten hübsche Wohnungen, schöne Gärten haben und ein Leben ohne Sorgen führen; es sei denn, daß sie wie ein Vogt über die Gedungenen wachen, daß die Arbeiter möglichst viel leisten. Doch wehe dem Arbeiter, wenn der Beamte bemerkt, daß er in der Arbeit nachläßt. Er kann dann einer Strafe sicher sein durch Abzug einer viertel, einer halben oder sogar der ganzen Schicht.

Zu Weihnachten erhalten sowohl die Beamten wie auch Arbeiter Geschenke, nur daß die Geschenke ersterer in die Hunderte und Tausende gehen, während die Arbeiter nur einige Mark erhalten. Einige Wochen vor Weihnachten werden Namensverzeichnisse derjenigen Arbeiter ausgehängt, welche jene Geschenke verdient haben (wer bestraft war, erhält natürlich nichts.)

Diese Verzeichnisse hängen noch etwa 14 Tage im neuen Jahre und erst dann werden die Geschenke ausgezahlt. Man tut dies deshalb, damit die Arbeiter nicht schon zu den Feiertagen abgehen.

Das, was die Beamten an Geschenken erhalten, wird nicht ausgehängt, denn wozu sollen die Arbeiter davon wissen, sie könnten noch denken, daß man Schmarozern so große Geschenke gibt und das wäre gefährlich. Und dennoch erfahren es die Arbeiter auf eine andere Art.

Wir haben schon mehrmals versucht, diese Leute für eine Organisation zu gewinnen — doch immer vergeblich. So manchen Anruf haben sie bereits von uns in die Hände bekommen. Leider haben sie bisher ihre Weisheit aus dem Ayl geschöpft und waren mit

dem geringen Lohn zufrieden. Ja, die älteren, die man in der Frömmigkeit und Gottesfurcht hält, sagen sogar heute noch: „Nun, Gott hat es so eingerichtet und wir müssen beten und den Herren gehorchen, da sie für uns sorgen!“ Die jüngeren dagegen murren immer lauter. Sie haben sich bereits mehrmals an den Verwalter Starg wegen Zulage gewandt, doch dieser hat den Leuten nur Versprechungen gemacht und sie hingehalten. Am 1. Juli ist er abgegangen und die Zulage ist ausgeblieben. Die Arbeiter beschloßen, jetzt zum Direktor selbst hinzugehen. Dieser sagte ihnen, daß sie von Starg betrogen worden seien, sie sollten drei Männer wählen und durch diese ihre Forderungen vorbringen, denn wenn sie noch einmal alle kämen, so werde er sie hinauswerfen. Am 2. Juli erschienen 3 Delegierte..

Der Direktor erklärte ihnen, daß Starg nichts zu sagen hatte, dazu sei er hier. „Ich werde tun, was nur möglich sein wird“, antwortete gnädig der Herr Direktor. Die Arbeiter haben eine Zeitlang gewartet.

Schließlich als sie sahen daß dies wiederum nach Hinhalten riecht, erklärten sie dem Steiger Rohde: „Wenn wir keine gerechte Antwort erhalten, so fahren wir nicht ein.“ Als der Direktor hiervon erfuhr, ließ er durch den Steiger sagen, daß er zum Oberdirektor fahren und sich um Zulage bemühen werde. Die Arbeiter gaben sich damit nicht zufrieden und verlangten Rücksprache mit dem Direktor. Dieser Herr war gezwungen sich zu stellen, denn das Bergwerk darf jetzt auch keinen Augenblick untätig sein, da man viele Aufträge hat. Der Direktor erklärte als er die drohende Haltung der Arbeiter sah, daß die Forderungen infolge seiner Bemühungen berücksichtigt würden, doch müsse er diese Sache erst mit dem Oberdirektor besprechen, und er werde den Arbeitern bis Dienstag, den 10. Juli vor 8 Uhr morgens die Antwort mitteilen. Das Versprechen wurde noch vor der gestellten Frist erfüllt. Es sollen Zulage erhalten: die am besten bezahlten 15 Pfg., die mittel bezahlten 20 Pfg. und die am schlechtesten bezahlten 25 Pfg. für die Schicht.

Die Arbeiter haben sich vor der Hand damit zufrieden gegeben. Am Tage darauf kamen die jüngeren zu der Überzeugung, daß auch diese Zulage für eine so schwierige Arbeit zu gering sei, sie legten die Arbeit nieder und forderten eine Zulage von 50 Pfg. pro Schicht.

Natürlich haben die Arbeiter eine große Dummheit begangen, sie sollten gleich soviel verlangt haben und sie hätten es ohne Schwierigkeiten bekommen. Als nun der Direktor in diesem zweiten Falle sah, daß unter den Arbeitern keine Einigkeit herrschte, wollte er ungeachtet dessen, daß die Arbeiter ihre Losscheine verlangten, auf eine Erhöhung nicht eingehen. Er erklärte sogar: „Leute, macht keine Dummheit, Ihr werdet doch nicht ausfallen und wegfahren könnt Ihr auch nicht, denn es fehlt Euch das Geld hierzu.“

Das ist sehr charakteristisch gesagt, um so mehr, da früher derselbe Direktor gesagt hat, daß die Arbeiter an sich schon viel verdienen und Geld genug hätten! Dies ist der beste Beweis dafür, wie die Arbeiter von den Herren an der Nase herumgeführt werden. Die Arbeiter, da sie zu keiner Organisation gehören, konnten sich anders nicht helfen und gingen den nächsten Tag wieder zur Arbeit.

Nachdem die Mädchen die Solidarität der Arbeiter gesehen hatten, statteten sie dem Herrn Direktor auch eine Visite ab, doch wurden sie von diesem weggejagt. Die Mädchen nahmen aber diese Sache ernst und hörten auf zu arbeiten. Als dies der Direktor erfuhr, kam er die bereits angekleideten Mädchen zu bitten, sie möchten weiter arbeiten, so werde er sich Mühe geben, daß auch sie eine Zulage erhielten. Nach langem Bitten nahmen sie endlich die Arbeit wieder auf.

Auf diese Weise kamen auch die fiskalischen Arbeiter zu der Überzeugung, daß man sogar mit der Regierung um Erhöhung des Verdienstes kämpfen müsse und daß man nur dank der Solidarität etwas erreichen könne. Jetzt wäre die höchste Zeit, daß Ihr Euch alle organisiert, dann wird sich der Verband um Euch kümmern und Ihr werdet durch ihn ganz andere Bedingungen erringen. Möge dies für Euch eine Lehre sein und tretet wie ein Mann der Organisation bei. Der Beitritt kann jederzeit erfolgen bei Podemski, Jakobstr. 3, im Hofe. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg., der wöchentliche Beitrag 25 Pfg.; was Ihr dafür erhaltet, das werdet Ihr vom obigen erfahren.

Aus Nr. 58 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 21. Juli 1906:

Ein armer Arbeiter findet nirgends Recht.

Aus Katowiska cholda (?) teilt man uns mit: Bei einem reichen Hausbesitzer, einem Masuren, war abends der Hausflur nicht beleuchtet. Die Frau eines Mieters fiel von den Treppen und richtete sich dermaßen zu, daß sie ihr Leben lang ein Krüppel bleiben wird. Der Mieter wollte den Wirt wegen Entschädigung verklagen; aber das Gericht lehnte die Erteilung eines „Armenattestes“ ab, denn der Herr Amtmann hat bestätigt, daß eine Bestimmung, welche die Beleuchtung der Hausfluren in Katowiska cholda (?) vorschrieb, nicht existiere! Es muß hier bemerkt werden, daß es in Katowiska cholda (?) zwei- und dreistöckige Häuser gibt. Sollte sich irgendwo ein rotes Band zeigen, da findet sich ein ganzes Dutzend Polizisten ein, aber dort wo Unordnung herrscht, ist keine Polizei da. Es bedarf erst der Sozialisten, damit sie der Polizei Ordnung lehren. Das Merkwürdigste ist hierbei die Tatsache, daß sowohl das Oberlandesgericht in Breslau wie auch das Landgericht in Beuthen die Klage zurückwiesen. So sieht die preussische Gerechtigkeit aus.

Aus Nr. 57 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 18. Juli 1906:

Ein Mörder in Diensten der oberschlesischen Polizei.

Vor einigen Tagen wurde in Beuthen ein verzierter Mensch verhaftet, welcher das 1½-jährige Kind seiner Frau ermordet hat.

Der Name dieses Verbrechers ist Gasner. Er verheiratete sich vor kurzem mit einer Bergmannswitwe einzig zu dem Zwecke, um von ihr einige Hundert Mark erspartes Geld zwecks Vergnügens herauszubekommen. Sein Lebenswandel war ein liederlicher, ehrliche Arbeit war ihn zuwider. Als er bereits einige Hundert Mark vergeudet hatte, begann er von dem armen Weibe die Herausgabe des Restes des Geldes zu verlangen. Die Gasner weigerte sich. Etwas Geld war noch im Hause geblieben, der Rest aber war gerichtlich für die Kinder eingetragen. Um sich an seiner Frau zu rächen, ermordete er auf unmenschliche Weise das kleine unschuldige Kind angesichts der sechs-jährigen Schwester desselben. Nachdem er die daheim aufbewahrten 200 Mk. an sich genommen hatte, flüchtete er über die Felder nach Biefar, wo er in der Folge am Nachmittage ergriffen wurde.

Vor drei Wochen geleiteten wir die Leiche unseres lieben Genossen Fr. Morawski an den Ort der ewigen Ruhe. Und sein Mörder ist dieser verfluchte Gasner.

Dieser Erbärmliche hat schon i. J. 1902 Leute ermordet. In der Gerichtsverhandlung vom 2. Juli d. Js. verwandte der Polizeirat Herr Maedler den Spitzel und Provokateur Gasner als Haupt- und einzigen Zeugen gegen den Genossen Morawski und die Genossin Golde.

Auf Grund der Befundungen des Mörders und Polizeispitzels verurteilte das preussische Gericht den Genossen Morawski zu zwei Jahren Gefängnis und die Genossin Golde auf 1 Jahr. Alle Versicherungen von seiten des Angeeschuldigten, daß sie ungerecht bestraft würden, fanden keinen Glauben. Das Gericht glaubte dem Spitzel-Provokateur und Mörder. Als Opfer des Schusses Gasner fiel unser Genosse. Sein vorge-rücktes Alter ertrug die Marter des preussischen Gefängnisses nicht. Seine Gesundheit wurde zugrunde gerichtet. Die dreijährige Gefängnisstrafe mordete ihn. Angesichts des frisch aufgeworfenen Grabhügels unseres Genossen sollten wir heute mit vernehmlicher Stimme rufen: „Dich hat man gemordet. Man hat an Dir ein himmelschreiendes Verbrechen begangen. Du konntest heute noch unter uns weilen!“

Heut heben manche Bourgeoisblätter hervor, Gasner sei verrückt. Auch wir haben das noch während des Prozesses i. J. 1902 dargetan. Ein Mensch mit gesunden Sinnen könnte solche Verbrechen nicht begehen. Man glaubte uns damals nicht. Einen Verbrecher erachtete man als würdig, gegen makellose Leute zu zeugen. Das preussische Gericht stützte sein Urteil einzig und ausschließlich auf die Befundungen des Verbrechers. Angesichts der offenkundigen Beweise der Unschuld der Opfer Gasners verlangen wir von demselben preussischen Gericht, das ein so schweres Urteil zu fällen mußte, daß man die Sache des Genossen Morawski und Golde wiederaufnehmen und von neuem verhandeln zwecks Rehabilitierung der unschuldigen Opfer.

Diese draconischen Urteile haben i. Jt. unerhörte Entrüstung hervorgerufen. Heute richtet das preussische System in Schlesien sich selbst. Es zeigt sich, mit welchen Mitteln man operiert hat, um den Sozialismus zu erdrücken. Alle Grundsätze der Gerechtigkeit, welche die Leute künzeichnen sollten, die in die Stellung eines Richters berufen werden, sind mit Füßen getreten worden. Vor kurzem ist einer der Richter im Prozeß Morawski und Golde, ein gewisser Blumenberg als gewöhnlicher Betrüger entlarvt worden, gegenwärtig erweist sich der Hauptpfeiler des Prozesses, Gasner, als Mörder. Das sind die Stützen, mittelst deren man den Sozialismus erdrücken wollte!

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 1—3 der Teka (Lemberg)
vom Januar—März 1906:

An die Kollegen aus dem preussischen Anteil.

Kollegen! Das am Schlusse des letzten Hestes der Teka im Jahre 1905 befindliche Verzeichnis der Sachen, die im VII. Jahrgang der Teka enthalten waren, bietet ein trauriges Bild von der Mitarbeiterschaft unseres Anteils. Im Laufe des ganzen Jahres wurden der Teka nur 2 Artikel und 4 Korrespondenzen übersandt. Von jenen 2 Artikeln stammte nur einer aus dem Kreise der Akademiker, der zweite dagegen aus bürgerlichen Kreisen. Alle vier Korrespondenzen behandelten nur Gymnasialfragen, keine dagegen akademische Angelegenheiten. Man muß noch erwähnen, daß die Korrespondenzen derart geschrieben waren, daß sie ohne Ausnahme einer gründlichen Umarbeitung unsererseits unterzogen werden mußten.

Bezeichnend ist auch das, daß in den letzten sechs Hesten der Teka, also während eines halben Jahres, nichts aus unserem Anteil enthalten war.

Kollegen! Die Teka wurde vor sieben Jahren von der polnischen Jugend auf eigene Faust zu dem Zwecke gegründet, um ein Organ für die Angelegenheiten dieser Jugend zu schaffen, die man in zwei Anteilen nicht frei und öffentlich besprechen konnte. Der zweite und vielleicht noch wichtigere Zweck war der, die Jugend aus ganz Polen näher zusammen zu bringen.

Auf dem Boden, wo die Jugend aus den verschiedenen Anteilen mit einander in nähere Berührung kam, besonders auf den Universitäten Deutschlands, zeigte sich unaufhörlich ein kräftiger Antagonismus zwischen der Jugend aus dem preussischen Anteil und den Akademikern aus dem russischen Anteil. Dieser Antagonismus führte zu widerlichen Händeln und häßlichem Streit, wodurch die von den Teilungsmächten vorgenommene Teilung von ihnen bestätigt zu werden schien. Außerdem wurde dadurch eine gemeinschaftliche Arbeit völlig unmöglich gemacht. Diese unerwünschten Verhältnisse dauerten im großen und ganzen ziemlich lange an, zum Teil sind sie auch jetzt noch nicht völlig beseitigt, wie dies ein gewisses Mißtrauen, daß die Kollegen aus Oberschlesien der übrigen polnischen Jugend zeigen, beweist, ferner die vor 3 Jahren in München erfolgte Gründung des noch bestehenden Vereins „Bistula“, der nur für Akademiker aus Westpreußen bestimmt ist.

Als indessen i. Jt. vor ungefähr 7 Jahren in Berlin unter dem Einfluß der Wirkung der allpolnischen Grundsätze zum ersten Male teilweise das gegenseitige Mißtrauen der Akademiker aus dem preussischen Anteil zu denen aus dem Königreiche beigelegt wurde, da überzeugte man sich bei näherer Betrachtung, daß die Veranlassung zu den bisherigen Antagonismen die völlige Unkenntnis der in den einzelnen Anteilen herrschenden Verhältnisse war. Durch die Teilung des Reiches in drei Teile wurden wir uns gegenseitig geradezu fremd, ohne zu wissen, daß wir alle nach einem Ziele streben!

Nachdem das Eis des gegenseitigen Mißtrauens erst gebrochen war, begann man sich mit den nationalen Existenzbedingungen in den einzelnen Gebietsteilen bekannt zu machen, indem man dies für einen sehr wichtigen Faktor hielt, um ein völliges Einverständnis zu ermöglichen.

Aber da man sich sehr gut vor Augen führte, daß eine derartige Tätigkeit auf Berliner Grunde oder in einer anderen Universitätsstadt nicht ausreichen würde, daß man diese Tätigkeit bedeutend ausdehnen mußte, damit davon die breitesten Kreise besonders auch die Gymnasialisten als die zukünftigen Akademiker ergriffen würden, so gebrauchte man, um dieses Ziel leichter und erfolgreicher zu erreichen, das gedruckte Wort, indem man grundlegende Artikel und informierende Korrespondenzen in den Spalten der Teka veröffentlichte.

Durch diese Arbeit, die in allen polnischen Ländern eine gleich intensive war, wurde ziemlich viel erreicht, denn es gelang wenigstens den früheren Antagonismus fast völlig zum Stillstand zu bringen. Nur ein Teil der Kollegen aus Westpreußen und aus Oberschlesien blieb noch ein wenig hinter uns zurück.

Aber das Leben, Kollegen, bildet immer neue Formen, es will immer mit dem Fortschritt gehen, man muß deshalb mit ihm Schritt halten.

In unserem Anteile ändern sich bei der Politik der preussischen Regierung die Verhältnisse gewaltig und radikal. Außerdem ist unser Landesteil, da er der kleinste ist und infolge der nicht normalen Verhältnisse auch den am wenigsten tätigen Anteil an dem Leben der ganzen Nation nimmt, für die übrigen polnischen Länder ein unbekanntes, ja fast fremdes

Land. Häufiger haben uns gegenüber Leute aus dem Königreich und Galizien Anschauungen entwickelt, die eine geradezu strafbare Unkenntnis mit unserer Lage und den bei uns — in einem polnischen Lande — herrschenden Verhältnissen zeigten. Aber nicht nur dies. Selbst die Posener kennen bei weitem genauer das Königreich als Westpreußen oder Ermland, mit denen sie nicht nur die Nationalität sondern auch der gemeinsame Feind verbindet.

Kollegen! Um diese Mängel zu beseitigen, die zwischen uns Gleichgültigkeit und Mißtrauen säen und für uns geradezu verderblich sein können, müssen wir nach einem gegenseitigen Erkennen, nach Vereinigung streben. Wir müssen nicht nur wissen, was in Warschau, Lemberg, Kiew, in den russischen Universitäten, wo sich die polnische Jugend aufhält, geschieht, sondern wir müssen auch über Berlin, Breslau und München informiert sein. Ebenjogut wie wir Nachrichten aus Dublin oder Przemyśl erhalten, müssen wir sie über Posen, Thorn oder Oppeln unterrichten. Informierende Korrespondenzen werden indessen nicht genügen. Tauschen wir vor allen Dingen unsere Ansichten über wichtige Angelegenheiten, über die Aufgaben des gegenwärtigen Augenblicks aus, zeigen wir, daß auch unter der Jugend im preussischen Anteil ein gesunder polnischer Sinn herrscht!

Möge jede Stadt, in welcher sich auch nur wenige Polen, Akademiker oder Gymnasiasten befinden, daran denken, daß es unsere Pflicht ist, auf diesem Wege zugunsten des gemeinsamen Zieles, an der Verknüpfung der Bindglieder zwischen den einzelnen Teilen zu arbeiten!

Kollegen! Wenn auch nur wenige ihre Pflicht erfüllen werden, dann werden wir zu der löblichen Tradition zurückkehren, die uns unsere früheren Kollegen, die heute kaum die ersten Schritte in das bürgerliche Leben getan haben, hinterlassen haben, zeigen wir uns als ihre würdigen Erben und wir werden auf die Art uns wenigstens bemühen, daß man uns nicht bei jeder Gelegenheit den häßlichen Namen „Vöötier“ gibt.

Das Redaktionskomitee
für den preussischen Anteil.

Aus Nr. 1—3 der Teka (Lemberg)

vom Januar—März 1906:

Die polnischen akademischen Vereine in Leipzig.

Die polnische Kolonie in Leipzig ist ziemlich stark. Sie setzt sich zusammen aus den hier ständig wohnenden Leuten, hauptsächlich aus Handwerker- und Arbeiterkreisen, und aus Leuten, die nur für eine gewisse Zeit nach Leipzig kommen, sei es um Verdienst zu suchen, sei es um Studien zu treiben. Zu diesen gehören die Saisonarbeiter und die Studenten. Von diesen gibt es gegenwärtig in Leipzig etwa 200 aus allen Teilen der Republik, besonders aber aus dem russischen Anteil. Eine gewisse Einigkeit dieser polnischen Bevölkerung auf fremden, dazu noch ziemlich kafatistischem Boden bringen die zahlreichen polnischen Organisationen, die Arbeiter-, Handwerker- und akademischen Vereine zum Ausdruck.

Im Anfang des Wintersemesters 1905/06 bestanden hier drei polnische akademische Vereine und zwar: Unitas, Concordia und Bratnia Pomoc (brüderliche Hilfe).

Der Verein Unitas wurde in Leipzig vor einigen Jahren gegründet. Er besitzt eine nationale Färbung, jedoch ohne jede Parteibezeichnung. Außerdem ist er ein wissenschaftlicher Verein. Als Mitglieder nimmt er alle auf, die sich für Polen halten und die sich verpflichten, an der nationalen Arbeit, zu der hier u. a. auch die Aufklärungsarbeit gehört, tätigen Anteil zu nehmen. Der wissenschaftliche Charakter des Vereins offenbart sich in der Arbeit in den Lehrzirkeln, in den Vorträgen, und in der Unterhaltung einer Bibliothek.

Der Verein Concordia, der gegenwärtig schon nicht mehr besteht, war ebenfalls ein wissenschaftlicher Verein, aber er entfernte aus seinem Programm jede nationale Tätigkeit. Die Mitglieder dieses Vereins setzten sich ausschließlich aus der sozialistischen Jugend zusammen, die sich mit einem großen Gefühl der Befriedigung und des Stolzes deshalb eine „fortschrittliche“ nannte, weil sie so veraltete und verknöcherte Begriffe wie den der Nationalität abgelegt hatte.

Unter der Gesamtheit der hiesigen polnischen akademischen Jugend galten beide als Parteivereine, der erste als nationaldemokratischer, trotzdem er es nicht war und nicht ist, der zweite als sozialistischer. Deshalb hatte auch der Verein Unitas nicht ganz 20 Mitglieder und die Concordia zählte auch nicht viel mehr. Der ganze übrig gebliebene Rest, d. h. $\frac{3}{4}$ der polnischen akademischen Jugend, sympathisierte mehr oder weniger mit einem oder dem anderen Verein, aber um des lieben Friedens willen, aus Furcht oder Unlust seine Stellungnahme klar zu zeigen, ließ er sich bewegen, in der Reserve zurück zu bleiben, stolz darüber, daß er sich als parteilos ansehen konnte. Unter dem Mantel dieser Parteilosigkeit verbargen sich indessen hauptsächlich Leute, die entweder Mangel an bürgerlichem Mute hatten, sich über die brennendsten Fragen mit anderen, häufig sogar mit sich selbst entschieden auszusprechen, oder auch Leute, die sich durch eine völlige Apathie Angelegenheiten dieser Art gegenüber auszeichnen.

Indessen gebrauchte die parteilose ungeheure Mehrheit der hiesigen akademischen polnischen Jugend auch irgendeine Institution, um sich gegenseitig zu nähern, um ein gemeinschaftliches geselliges Leben zu führen, aber auch nur ein geselliges, fern vom Getümmel der Schlacht, ohne wichtige soziale und nationale Probleme zu besprechen, von einer aktiven Beteiligung hieran schon garnicht zu sprechen. Zu diesem Zwecke wurde vor fünf Jahren die Bratnia Pomoc gegründet.

Anfangs hatte sie ausschließlich die materielle Unterstützung ihrer Mitglieder zum Zwecke, bald aber dehnte sie ihre Tätigkeit aus durch Unterhaltung einer Lesehalle und einer Bibliothek. In politischer und sozialer Beziehung sollte der Verein ein völlig farblos sein und ein solcher war er auch in Wirklichkeit, denn ihm gehörten sowohl Sozialisten als auch Nationalisten an, Mitglieder der Unitas als auch solche der Concordia. Trotzdem war die Bratnia Pomoc ein polnischer Verein, denn in ihren Statuten befand sich ein Paragraph, der besagte, daß nur Polen Mitglieder des Vereins werden könnten. Ein solcher war der Stand der Dinge zu Beginn des Wintersemesters 1905/06.

Zu Beginn dieses Semesters, im November, errangen die Anhänger der Concordia bei den Vorstandswahlen durch eine geschickte und heimlich geführte Agitation die Majorität und brachten hierdurch fast alle ihre Kandidaten durch. Nachdem sie so die Ämter in dem Verein errungen hatten, begannen sie systematisch eine Aktion, die zum Zwecke hatte, die schon so farblose Bratnia Pomoc auf kosmopolitischem Grunde aufzubauen. Es ist eine wahrhaft merkwürdige Sache, daß man in einem Verein, der schon, wie es in der Natur

der Sache liegt, parteilos sein mußte, da er in sich Leute der zwei entgegengesetzten Gruppen vereinigte, d. h. aus der Unitas und der Concordia, daß man in einem solchen Verein noch weiter in fortschrittlicher Richtung vorgehen wollte. Der Hauptzweck der Aktion der am Ruder der Bratnia Pomoc stehenden Sozialisten war die Aufhebung dieses einen Paragraphen der Statuten, der offiziell den polnischen Charakter des Vereins dokumentierte, da er nur Polen als Mitglieder aufzunehmen gestattete. Im Namen des Fortschritts beschloßen die Sozialisten diesen Paragraphen aufzuheben, indem sie von der Ansicht ausgingen, daß man jedem, der sich nur immer melden würde, die Vorteile der polnischen Fonds zugänglich machen müßte. Sie betrachteten alle die, die diese Überzeugung nicht teilten, als vorurteilvolle Mammuttiere, als Vertreter des krassesten Konservatismus.

Unter der Losung der Statutenänderung begann also in der Bratnia Pomoc der Kampf zwischen der sozialistischen und der nationalen Jugend. Diese erwachte endlich aus dem tiefen Schlafe und errang eine wahrhaft bewundernswerte Solidarität und großes Verständnis für ihre Pflichten. Es folgte eine Reihe von Versammlungen, denen eine beiderseitige Agitation vorausging, in denen sogar die letzte Waffe der Sozialisten versagte, d. h. das Quälen des Gegners durch das in die Länge ziehen der Beratungen, um den Kampfplatz zu gewinnen, wenn ein Teil der Gegner, gelangweilt durch die langen Beratungen, die Versammlung verläßt. Schließlich errang die nationale Jugend dennoch den vollkommenen Sieg und erhielt das polnische Wesen des Vereins. Der sozialistische Vorstand wurde gestürzt und es wurden neue Statuten angenommen, die in Zukunft den polnischen Charakter des Vereins sichern sollten.

Die Sozialisten traten infolgedessen aus der Bratnia Pomoc aus, lösten die Concordia auf und gründeten die Spójnia, deren Mitglied jeder ohne Rücksicht auf die Nationalität werden kann.

Dieser Kampf der nationalen Strömungen mit dem Kosmopolitismus, der im verflossenen Semester in Leipzig stattfand, ist durchaus keine vereinzelt dastehende Tatsache. In dem Rechenschaftsberichte über die XVIII. Zusammenkunft der Vereinigung der im Ausland befindlichen polnischen Jugendvereine im Jahre 1904 lesen wir: Die Berichte einiger Vereine der Zjednoczenie haben gezeigt, daß die sozialistische Jugend im vergangenen Jahre alle Mittel angewandt hat, um die Institution der Bratnia Pomoc, die in allen Zentren der polnischen Jugend existiert, eine Institution von spezifisch polnischem Charakter, in einen internationalen Verein umzuwandeln.

Die Taktik der sozialistischen Jugend stellte sich auf die Art dar, daß sie anfangs, trotz des ausdrücklichen Wortlautes der Statuten, Leute in die Bratnia Pomoc aufzunehmen begann, die mit dem Polentum absolut nichts gemeinsam hatten. Dann wurde die Entfernung jenes Paragraphen aus den Statuten verlangt, der besagt, daß nur Personen polnischer Nationalität Mitglieder der Bratnia Pomoc sein können. Als die nationale Jugend von ihrer grundsätzlichen Forderung nicht abging, um der Institution den polnischen Charakter zu erhalten, da brachten die Elemente, die widerrechtlich in die Institution aufgenommen waren, die Statutenänderung gewaltsam durch.

In Leipzig siegte zum Glück die nationale Jugend. Leipzig, den 15. Februar 1906.

M.

Aus Nr. 101 des Dziennik Kijowski (Kiew)

vom 19. Juni 1906:

Das Vereinswesen.

Außer den bestätigten Vereinen Macierz Polska und Sokol erhielten noch folgende Vereine im Königreich Polen die Legalisation und damit die Existenzberechtigung:

1. Vereinigung zur Abhaltung von Kursen für erwachsene Analphabeten. Gründer: Dr. Werner, Professor Wojciechowski, Dr. Nusbaum, M. Rotwand, Ingenieur Rossiet, Professor Stabrowski, Hedwig Eichowska.
2. Warschauer Mieterverein. Gründer: Heinrich Radecki, Stanislaus Magnuski, Franz Kozlowski.
3. Verein zur gegenseitigen moralischen und materiellen Unterstützung in der Gemeinde Golembie, Kreis Pultusk. Gründer sind: der Ortsgemeindevorstand, der Propst, der Postvorsteher und die meisten Gemeindeglieder.
4. Der jüdische literarisch-musikalische Verein „Gazomir“. Gründer: Dr. Rison-Szapiro.
5. Verein der polnischen Lehrkräfte. Gründer: Professor Dickstein, Dr. Alexander Jablonowski, Thadäus Korzon, Severin Smolifowski.
6. Bund der christlichen Arbeiter. Gründer: der Geistliche Godlewski.
7. Der Hilfsverein für die Jugend. Gründer: Maria Mijewska, Wacława Herc, Sophie Jakimowicz, Leon Parzynski.
8. Der St. Wacław-Verein christlicher Arbeiter. Gründer sind die Arbeiter: Jablonski, Kasprzak, Jaworski, Lompolski, Krupinski, Kurpinski und Kowalski.
9. Verein zur gegenseitigen Unterstützung der Lehrer und Lehrerinnen bei den Volksschulen in Warschau. Gründer sind: Wazynski, Lipka, Czarniecki, Grabarek, Perkowski, Polumir, Kaczynski und Jankowski.
10. Gesangverein in Otwań. Gründer desselben ist Herr Alexander Kowalski.
11. Konsumverein, dessen Gründer Dr. Radziwillowicz ist.
12. Sommerkolonien-Verein für arme Arbeiterkinder. Gründer sind: Rechtsanwalt Oskar Szeller, Dr. Sawicki, Ludwig Braman, Ingenieur Rustkiewicz, Frau Dr. Brauer, Frau Dr. Wenczowska, Frau Dr. Poplawska, Bürger Rysiewicz und Ingenieur Eberhardt.
13. Mathematisch-physikalischer Verein. Gründer sind: Professor Dickstein, Stawnicki, Jarzecki und Kornilowicz.
14. Die polnische Partei der realen Politik. Gründer: Graf Josef Ostrowski, Graf Stanislaus Lubiencki, Eustachius Dobiecti, Dr. Baranowski, M. Godlewski, Ludomir Grendydzynski, Paul Gorski.
15. Der russische literarisch-musikalische Verein, dessen Gründer Herr Loharew ist.
16. Der Verein zum Schutze der Kinder und der Jugend, dessen Gründer Herr Stanislaus Modzelewski ist.

Aus Nr. 101 des Dziennik Kijowski (Kiew)

vom 19. Juni 1906:

In Sachen der Warschauer Universität.

Der Korrespondent des Warschauer Slowo telegraphiert diesem aus Petersburg:

Ich erfahre, daß in Regierungskreisen die Frage der Verlegung der Warschauer Universität nach dem Zarenreiche lebhaft erörtert wird. Nach diesem Projekt würden auch die Professoren und die Lehrmittel diese Verlegung mitmachen müssen, mit Ausnahme der

Bibliothek und derjenigen Geschenke, die ausschließlich für die Warschauer Universität gespendet worden sind.

Die Stadt, nach welcher die Universität verlegt werden soll, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Die Verwirklichung dieses Projektes wird $1\frac{1}{2}$ Jahre Zeit beanspruchen.

In Regierungskreisen herrscht ebenfalls die Ansicht, daß die finanziellen Mittel für die zukünftige polnische Universität von der polnischen Volksgesamtheit werden aufgebracht werden müssen.

Aus Nr. 160 des *Dzwon Polski* (Warschau)

vom 3. Juli 1906:

Was ist nun eigentlich wahr?

Die von uns vor einigen Tagen gebrachte Nachricht des *Dziennik Polski*, betreffend das deutsche Projekt, gemeinschaftlich mit Österreich das Königreich Polen und die baltischen Länder zu okkupieren, hat im *Dziennik Poznański* die formellste Bestätigung gefunden.

Der unbekannte Gewährsmann dieser Zeitung berichtet, daß das Herbeiführen einer solchen Aktion der Hauptzweck des unlängst stattgefundenen Besuches Kaiser Wilhelms in Schönbrunn war, daß aber der österreichische Kaiser diese Proposition entschieden abgelehnt hätte.

Wir schreiben dieser Nachricht nicht die Bedeutung einer authentischen Offenbarung zu, trotzdem ihr Autor behauptet, daß er sie aus Wiener Kreisen erhalten hätte, die über politische Angelegenheiten überaus gut informiert wären. Man muß aber darauf aufmerksam machen, daß diese Nachricht durchaus nicht vereinzelt dasteht. Die Gerüchte von den deutschen Absichten, betreffend unser Land und die Nachrichten von den Anstrengungen Kaiser Wilhelms seinen Einfluß zu Gunsten der Interessen Deutschlands bei der Entwicklung der Verhältnisse im Zarenreiche geltend zu machen, werden seit einem Jahre nicht still. Augenblicklich treten sie wieder mit großer Entschiedenheit in streng begrenzter Form in verschiedenen Organen der öffentlichen Meinung auf. Unter andern bringt auch der Londoner *Standard* dieses Gerücht und versichert, daß zwischen Deutschland und Österreich schon eine Verabredung über eine gemeinsame Intervention getroffen worden ist, deren Ziel ist, die Kontrolle über die Finanzen Rußlands auszuüben und die Grenzländer mit bewaffneter Macht zu okkupieren.

Soweit es die Deutsche Presse überhaupt für angezeigt hält, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, widerspricht sie entschieden allen derartigen Gerüchten. Wir erwähnten schon vor einiger Zeit, daß die halbamtliche *Schlesische Zeitung* sich sowohl gegen jede diplomatische als auch bewaffnete Intervention aussprach. Gegenwärtig bemüht sich das ehemalige Leiborgan Bismarcks, die *Hamburger Nachrichten*, die Behauptungen des *Standard* zu widerlegen, indem es sich auf das Gesetz beruft, nach welchem die deutsche Armee nur zur Verteidigung der Grenzen des Reiches oder zur Sicherung der Grenzen der verbündeten Staaten verwandt werden darf.

Diese Erklärungen und Dementis beweisen aber eigentlich garnichts. Vor allem unterliegt es nicht dem allergeringsten Zweifel, daß auch die Redaktion der halbamtlichen Zeitungen nicht in die weiter reichenden Absichten ihrer Regierung eingeweiht sind. Die Dementis können auch absichtlich zur Irreleitung der Leute berechnet sein und schließlich können unabhängige Blätter, wie z. B. die *Hamburger Nachrichten*, gegen ein derartiges Projekt, weil es ihnen unpassend oder geradezu gefährlich erscheint, Argumente ins Feld führen. Interessanter als die unzähligen Dementis ist für uns

der Umstand, daß gerade die bedeutendste, einflußreichste Presse jede Diskussion über das Thema der Intervention oder anderer Absichten der Regierung vermeidet und so tut, als ob sie nichts von den Gerüchten wüßte, die schon seit längerer Zeit durch die europäische Presse gehen und doch immerhin Deutschland interessieren müßten. Die zweite beachtenswerte Tatsache ist die, daß hochoffizielle Zeitungen wie z. B. die *Norddeutsche Allgemeine*, *Kölner Zeitung* usw. ebenfalls durchaus nicht auf die Gerüchte reagieren, sondern sie völlig mit Stillschweigen übergehen, während eine weit weniger allarmierende Nachricht, betreffend die Absicht der Deutschen Regierung, der Einführung der Autonomie im Königreich Polen Hindernisse in den Weg zu legen, in den letzten Tagen im Organ des Reichskanzlers Bülow energisch dementiert wurde.

Eine amtliche Dementierung beweist noch durchaus nicht, daß die gebrachte Nachricht etwa nicht der Wahrheit entspricht, sondern nur, daß die beteiligte Regierung ihre Bekanntgabe nicht für angebracht hält. Man kann daraus schließen, daß die Gerüchte von dem Drucke, der von Berlin aus auf Petersburg bezüglich der polnischen Autonomie ausgeübt wurde, damals, d. h. vor $\frac{3}{4}$ Jahren, den leitenden Regierungskreisen nicht passend kamen, während dagegen die Nachrichten von der Absicht, ein deutsches Heer nach dem Königreiche zu senden, durchaus nicht die Pläne des Reichskanzlers Bülow störten, da sie die öffentliche Meinung Europas irreführten.

Was ist nun eigentlich wahr? Es ist eine unleugbare Tatsache, daß sich Deutschland sehr lebhaft für die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland und für die Frage der Selbstverwaltung des Königreiches Polen interessiert. Die Umgestaltung Rußlands in einen wahrhaft konstitutionellen Staat wäre für Deutschland eine politische Niederlage, denn das russische Volk ist für Deutschland nicht besonders eingenommen und die Autonomie des Königreiches Polen weckt in Berlin zwar nicht deutlich ausgedrückte, trotzdem aber bedeutende Befürchtungen. Die Interessen Deutschlands fordern also, daß in den inneren Verhältnissen Rußlands keine gründliche Änderung erfolgt und daß das Königreich Polen eine bürokratisch verwaltete Provinz bleibt, die mindestens des Rechts beraubt bleiben muß, über ihre eigenen inneren Angelegenheiten zu entscheiden.

Die unmittelbare Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten Rußlands, um der Entwicklung der Verhältnisse eine für sich erwünschte Richtung zu geben, wäre jedoch mit großer Gefahr verbunden, wahrscheinlich mit der Gefahr eines europäischen Krieges. Es bleibt also nur die mittelbare Betätigung auf diplomatischem Wege übrig und zweitens eine freundschaftliche Intervention im Einverständnis mit dem Petersburger Hofe und in Verbindung mit dem zweiten benachbarten Staate, mit Österreich. Wir kommen also, wenn wir alles zusammenfassen, geradenwegs darauf, was die eingangs erwähnten Gerüchte und wahrscheinlich authentischen Informationen über die Ziele der deutschen Politik enthalten.

Nach dem, was wir vorstehend über die Bedeutung der amtlichen Dementis gesagt haben, können wir auch erwarten, daß in den nächsten Tagen in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* das Gerücht von einem österreichisch-deutschen Abkommen betreffend die Intervention und die Okkupation des Königreiches Polen energisch dementiert werden wird. Es würde dies ein Beweis dafür sein, daß diese Gerüchte nicht grundlose sind und daß aus diesem Grunde ihre Bekanntgabe in Berlin nicht gewünscht wird.

Schließlich würde das erwartete Dementi völlig dem wahren Stande der Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblicke entsprechen.

Bei den Verhältnissen, die in Wien und in Petersburg bestehen, kann für den Augenblick von irgend-einer Intervention garnicht die Rede sein. Aber auch nur für den Augenblick. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Regierung sich durch den ersten Mißerfolg nicht abschrecken lassen wird, sondern daß sie auf die Weiterentwicklung der Verhältnisse warten und die beste Gelegenheit abpassen wird, um ihr Ziel zu erreichen. Es hängt also alles davon ab, wie sich die Verhältnisse im Zarenreiche gestalten werden und welcher Wind in Wien wehen wird. Und es kann ein anderer Wind wehen, sobald ein anderer die Stelle des Grafen Goluchowski im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einnehmen wird.

Aus Nr. 23 des Kraj (Petersburg)

vom 22. (9.) Juni 1906:

„Die Kassuben schwinden.“

Der Titel der in Posen herausgegebenen Broschüre entspricht nicht genau der wirklichen Sachlage. Denn gerade in der Kassubei sind die Fortschritte des Deutschtums geringer, als in vielen anderen Gegenden des preussischen Anteils, namentlich aber als in den westlichen Kreisen der Provinz Posen, und wenn von einem Schwinden bei den Kassuben die Rede sein kann, so kann dies nur im Verhältnis zu dem sein, was die Regierung der Republik hier gelassen hat. Vor allen Dingen ist der polnische Großgrundbesitz von der Oberfläche des kassubischen Landes verschwunden; seine Trümmer vermochten sich kaum zu halten. Die Auswanderung nach Amerika lichte bedeutend die Reihen des kassubischen Volkes. Der jetzige Stand des Polentums scheint für lange Zeit, vielleicht für immer befestigt zu sein. Geschützt wird er von den weiteren Fortschritten des Deutschtums erstens durch die Armut des Landes, welche eine geschlossene Besiedelung nicht zuläßt und den germanischen Appetit auf den Rest des polnischen Pommerns nicht übermäßig reizt, ferner durch das langsam, aber stätig wachsende Nationalbewußtsein der Kassuben.

Dies bestätigt der Verfasser selbst — entgegen dem Titel seiner Broschüre. Bei der Durchsicht der Denkschrift der Ansiedelungs-Kommission für das Jahr 1905 und der damit verbundenen Besiedelungskarte nehmen wir wahr, daß im Vergleich zu den Errungenschaften, welche die Ansiedelungs-Kommission anderswo macht, sie sich hier am wenigsten ausbreitet. Es hindern sie daran die natürlichen Verhältnisse der kassubischen Gegenden. Der Grund und Boden ist hier stellenweise so sandig und unfruchtbar, daß Landwirtschaften von mehreren hundert Morgen kaum zur Ernährung der Eigentümer reichen, die von Natur schon an eine bescheidene Lebensweise und geringe Anforderungen sind. Die Kartoffeln bilden im großen und ganzen die Unterlage der Ernährung des kassubischen Bauern. Bei wem Brot auf den Tisch kommt, dort herrscht schon nach dem Begriffe der Kassuben ein verhältnismäßiger Wohlstand. Auf kleineren Besitzungen ernährt sich der Kassube nur mit größter Mühe und die Fälle, daß er seine einzige Kuh an den Pflug spannen muß, gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten.

Das sind alles bekannte und keineswegs verführerische Sachen für Leute, die im Alltagsleben an Fleisch und an ein Glas Bier gewöhnt sind. Die Ausichten für an größere Bequemlichkeiten und Bedürfnisse gewöhnte deutsche Ansiedler sind also in der Kassubei keine rosigen. An vielen Orten wurde der Ansiedler auf dem kassubischen Sandboden, falls man

ihn nach einigen Jahren photographieren würde, wahrlich kein geeigneter Typus für Reklamen sein, welche man auf den Bahnhöfen angebracht findet. Er müßte denn zurzeit der Niederlassung sehr wohlhabend sein und viele hunderte Morgen des hiesigen Grundes und Bodens besitzen. Mehrhundertmorgige Kolonien in der Kassubei würden jedoch der deutschen Idee keinen großen Nutzen bringen, denn diese Idee verlangt dichte, durch die Menge wirkende Ansiedelungen. Bei einem bedeutenden Aufwande und mustergültiger Wirtschaft, bei größter Anspannung von Kapital, Wissenschaft und Arbeit könnte man zwar die Verhältnisse bessern, aber diese Änderung würde nur eine äußerst geringe sein. Dies sind die Gründe, weshalb die Kassubei für die Ansiedelungs-Kommission nicht begehrlieh erscheint und dies ist es auch, was einen Schutzwall bildet gegen das Verschlingen des Nestes des Ostseeischen Polentums durch den deutschen Moloch.

Wenn wir von der Kassubei sprechen, so haben wir acht westpreussische Kreise im Sinne, nämlich die Kreise: Schlochau, Tuchel, Konitz, Rathaus, Berent, Neustadt W.-Pr., Putzig und Danzig. Überdies ist zur Kassubei zu rechnen: ein Teil des Regierungsbezirks Köslin in der Provinz Pommern, nämlich die Kreise Lauenburg und Bütow, in welchen sich die kassubische Sprache noch erhalten hat und die noch im Jahre 1657, also vor 250 Jahren, von Brandenburg abgefallen waren. Hier gibt es keine polnische Intelligenz mehr. Das Kassubische hat sich nur bei dem Volke und unter dem Kleinadel erhalten. Der St. Bruno-Verein in Lauenburg, gegründet von dem braven Schneidermeister Koschalek, ist die einzige Erscheinung des polnischen Sammlerlebens in diesem am weitesten nach Westen vorgeschobenen, schon jenseits der Grenze der ehemaligen Republik liegenden Posten des Polentums.

Der Stand der Dinge in der eigentlichen Kassubei ist folgender: Der den Polen gehörige Grund und Boden ging, wie bereits erwähnt, seit dem Jahre 1772, infolge des Verschwindens des polnischen Adels, dessen Besitzungen in deutschen Privatbesitz oder in den der preussischen Regierung übergegangen waren, sehr zurück.

Im Kreise Schlochau gehörten fast alle Rittergüter im Jahre 1772 den Polen und Katholiken. Überdies war hier eine große Anzahl von Familien des weitverbreiteten polnischen Kleinadels ansässig. Viele von ihnen verschwanden, einige, wie die Familien derer v. Borzyszkowski in Borzyszkow, Lipinski in Lipnice, datieren ihren väterlichen Besitz seit der Zeit Kasimirs des Großen. Die größte Niederlage für das Polentum verursachte hier, schon nach der Teilung Polens, das Eingehen des Großgrundbesitzes der Grafen v. Sforzewski und v. Zynda. Jetzt gibt es hier nur noch Bauernwirtschaften und kleinen Landadel, welcher im Laufe der Zeit zahlreiche Immobilien in den Gemeinden erworben hat.

Ebenso waren in dem durch seine ungeheueren Wälder berühmten Kreise Tuchel während der ersten Teilung alle Rittergüter in polnischer Hand. Heute besitzen die Polen noch 12 größere Güter. Im ganzen haben die Polen hier 3637 Hektar unter dem Pfluge, die Deutschen, zusammen mit dem Fiskus, 8293 Hektar. Außer diesem größeren polnischen Landbesitz gibt es noch einen gewissen Teil von Kleinadel, das brave hiesige Volk aber läßt den Grund und Boden nicht nur nicht aus der Hand, sondern vermehrt ihn noch. Bis zum Jahre 1897 konnte es im Tucheler Lande 14000 Morgen, die es in kleine Parzellen aufteilte, käuflich erwerben. Die Ansiedelungskommission hat hier 3318 Hektar ausschließlich aus deutscher Hand gekauft. Bei alledem zählt der Tucheler Kreis zu den kräftigsten polnischen Posten in Westpreußen.

Auch im Kreise Konitz, dem größten in der Kassubei, hatten die Polen den ganzen größeren Grundbesitz während der ersten Teilung in ihrer Hand.

Der gegenwärtige Stand stellt sich wie folgt dar:

die Deutschen besitzen	17 962	Hektar,
der preussische Fiskus	37 674	"
die Ansiedelungskommission	2 706	"

Zusammen... 58 342 Hektar.

Die Polen besitzen an Großgrundbesitz im Kreise nur noch 7564 Hektar, die Abnahme auf unserer Seite ist eine sehr große. Unter dem polnischen Bauernstande ist in letzter Zeit die Grunderwerbslust lebhafter geworden. Im Jahre 1902 kauften die Polen bei Mittel etwa 2000 Morgen aus deutscher Hand gelegentlich der Parzellierung der Niederung.

Der Kreis Berent gehört zu den wenigen, in welchen sich das polnisch-kassubische Element heute noch in bedeutender Stärke befindet, Berent selbst sogar hat ein polnisches Gepräge. Hier waren einst umfangreiche Kronländer und zahlreiche Adelsitze. Von dem polnischen Großgrundbesitz ist heute nicht mehr viel geblieben. Den Polen gehören 4900 Hektar,

den Deutschen	21 787	Hektar,
der Ansiedelungskommission	6 671	"
dem Fiskus	11 289	"

Zusammen... 39 747 Hektar.

Schlimmere Verhältnisse herrschen noch in der sogenannten „kassubischen Schweiz“. Der polnische Großgrundbesitz, dem gegenüber der deutsche Besitzstand im Jahre 1772 sich als ein verschwindend kleiner darstellte, geht jetzt zu Ende. Sechs polnische Rittergüter von 1225 Hektar — das ist alles. Die Deutschen besitzen:

Privatbesitz	24 176	Hektar,
Ansiedelungskommission	1 927	"
Fiskus	19 667	"

Zusammen... 45 770 Hektar.

Deshalb spielt der heutige Kassube in dieser „kassubischen Schweiz“ nur eine untergeordnete Rolle. Von allen der interessanteste Winkel ist die Gegend von Putzig. Die Stadt Putzig selbst, der Hauptsitz der sogenannten Belokassuben, gehört zu den ältesten slawischen Niederlassungen dieser Gegend. In Putzig fanden die Kreistage des kassubischen Adels statt. Hier hat Wladislaus IV., nachdem er die Stadt befestigt hatte, ein polnisches Arsenal gegründet und ließ im Jahre 1636 für die polnische Kriegsflotte den Hafen bequemer einrichten, zum Schutze der Bucht aber auf der gegenüberliegenden Halbinsel Hela zwei Forts: Wladislawowo und Kazmierzowo aufzuführen. Heute hat Putzig eine katholische, aber bereits stark verdeutschte Bevölkerung. Der Kreis ist zum großen Teil polnisch, aber polnischer Großgrundbesitz ist fast garnicht mehr vorhanden. Er umfaßt 2 Güter von 267 ha. Dieser Kleinigkeit gegenüber besitzen die Deutschen:

Privatbesitzer	17 055	ha
Fiskus	17 555	"

Zusammen... 34 610 ha

Der größte Grundbesitzer im Kreise ist, nach dem preussischen Fiskus, der preussische Adlige von der Wicerau Graf von Krockow, ein Nachkomme des längst germanisierten Geschlechtes von Krockowski. Zum Kreise Putzig gehört die Halbinsel Hela, auf welcher sich die germanisierte Fischerkolonie Hela, sowie die vier rein polnischen Niederlassungen: Ceynowa, Ruffeld, Heisterneft und Born befinden. Auch hier schlingt die Armut der von unübersehbarem Strandsande bedeckten Gegend deren polnischen Charakter.

Im Kreise Neustadt a. Br. verblieben in polnischen Händen von dem Großgrundbesitz 4149 ha (13 Rittergüter), die Deutschen besitzen im ganzen 42 859 ha und zwar:

Privatbesitzer	29 221	ha
Fiskus	13 638	"
die Ansiedelungs-Kommission hat hier noch nichts erworben.		

Das kassubische Element im Kreise Neustadt ist schwächer, als das im Kreise Putzig, übersteigt aber immerhin $\frac{2}{3}$ der Gesamtbevölkerung. Hier liegt der berühmte Badeort Zoppot, welcher unter seiner fest angelegenen Bevölkerung etwa 1200 Kassuben zählt.

Am ungünstigsten stellt sich der letzte, der Danziger Kreis dar, welcher eigentlich in drei Kreise zerfällt, in den oberen, den unteren und den Kreis Danzig-Stadt. Der erstere ist für das Polentum vollständig verloren. In dem zweiten liegen die Verhältnisse etwas günstiger. Von 40 053 der Gesamtbevölkerung entfällt der dritte Teil auf die Kassuben. Das letzte größere polnische Landgut Klettschau, 594 ha, gehört den Gr. Krasinski'schen Erben in Warschau, von welchen es ein Deutscher gepachtet hat. Der Rest gehört den Deutschen.

Zur Zeit der Republik spielte das polnisch-kassubische Element auch hier noch eine bedeutende Rolle. Außer einer Reihe adliger Sitze gab es hier Starosten-, Bischofs- und vor allen Dingen der polnischen Kirchenjurisdiktion unterstellte große Klostergüter.

Die Stadt Danzig zählt ungefähr 120 000 Einwohner, darunter etwa 6000 Kassuben. Es sind dies fast ausschließlich Tagelöhner und Diener; die handvoll Intelligenz besteht aus Ärzten, Rechtsanwälten, Kaufleuten und Personen, die zur Redaktion der Gazeta Gdanska gehören.

Und doch besitzt Danzig seine schöne polnische Vergangenheit. Nach der freiwilligen Übergabe der Stadt im Jahre 1454 an die polnischen Könige erhielt das einheimische Element allmählich seine Rechte und schon im XVI. Jahrhundert war die polnische Sprache so viel im Gebrauch, wie die deutsche; in allen Kirchen wurde in beiden Sprachen, in einigen aber ausschließlich polnisch gepredigt. Zu Anfang des XVII. Jahrhunderts war die Kenntnis der polnischen Sprache in Danzig durchaus erforderlich, in den Stadtschulen wurde sie dann auch obligatorisch gelehrt. Im Jahre 1656 fing Jacob Weiß die Gazeta Polska herauszugeben an. Im Jahre 1781 wurde ein polnischer geistlich-poetischer Privatverein gegründet. Hier lebten polnische Schriftsteller, ein polnisches Theater wurde ins Leben gerufen. Noch Mitte des XIX. Jahrhunderts wurde die polnische Sprache im Danziger Gymnasium gelehrt und in einigen Kirchen polnisch gepredigt.

Dies alles gehört der Vergangenheit an. Ob auf Nimmerwiederkehr? Wer kann es wissen? Das Los der Nationen ist veränderlich und die Weltgeschichte ist lang. . . . Man hat uns in der Kassubei alles dessen beraubt, was Geld und politisches Übergewicht haben rauben können. Man hat uns kulturell zugrunde gerichtet, uns zur letzten Rolle heruntergedrückt, uns auf unseren eigenen Grund und Boden zu Parias gemacht. Und dennoch leben wir und erheben uns aus dem Verfall, indem wir ein Gebäude der unbekannten Zukunft auf fester Unterlage, auf den eisernen Schultern des polnischen Bauern errichten.

Maslaw.

Aus Nr. 158 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 15. Juli 1906:

Am Jahrestage der Schlacht bei Grunwald.

Nationen mit großer Vergangenheit suchen, wenn sie durch eigene Schuld und unter den Schicksalschlägen der Übermacht ihre staatliche und politische Unabhängigkeit eingebüßt haben, wenn sie im schweren Kampfe gezwungen waren, für ihre nationale Existenz einzutreten, gern Trost und Kraft in der Erinnerung an die glorreichen Ereignisse und Augenblicke ihrer vergangenen Geschichte.

Auch die polnische Nation nahm stets im Laufe ihrer hundertjährigen Gefangenschaft zu diesen Quellen der geistigen Stärkung ihre Zuflucht. Es war natürlich, daß sie dabei vor allen Dingen an den Erinnerungen festhielt, welche ihr die ungeheure Begeisterung für die beginnende Wiedergeburt in dem schrecklichsten Augenblick, nämlich dem des Verfalles des Vaterlandes, vergegenwärtigten. Auf dem Wege der inneren Umgestaltung und Verbesserung des nationalen Organismus fortschreitend und dies als den einzigen Rettungsweg betrachtend, schöpfte sie aus dem ersten großen Anlauf in dieser Richtung Fingerzeige und Weisungen. So befestigte sich die Sitte des alljährlichen festlichen Begehens des Jahrestages der Verfassung vom 3. Mai, dieses Evangeliums des neuen, auf den Trümmern des ehemaligen erstandenen Polens. Außerdem feiern wir alljährlich die Jahrestage der Schlacht bei Racławice und die der letzten Freiheitskämpfe, welche bereits unter der Losung des neuen, nicht einkastigen, sondern allgemeinen, völkischen Polens geführt wurden.

In der Reihe der fast regelmäßig gefeierten geschichtlichen Jahrestage fehlte bis vor kurzem einer, welcher uns an eine der größten Taten unserer Vorfahren, an die Schlacht bei Grunwald erinnerte. Dies ist gewissermaßen natürlich. Eine Nation, welche gezwungen war, ihre Existenz zu verteidigen, die Angriffe der Übermacht zurückzuschlagen, alle Kräfte anzuspannen, um sich nur am Leben zu erhalten, konnte sich wahrscheinlich nicht den Augenblick gehörig vergegenwärtigen, in welchem sie selbst die Siegerin über die größten damaligen Mächte war.

Erst die hochmütigen, in dem alten Marienburger Kreuzritterchloße gesprochenen Worte des Herrschers aus dem Geschlechte der Hohenzollern, erinnerten uns wieder an die Pflicht der gehörigen Ehrung dieses unseres vielleicht glorreichsten Jahrestages. Und heute erneuern wir ihn alljährlich in unserer Erinnerung, und er gibt uns den Antrieb zur frischen, noch ruhigeren Nationalarbeit.

Wahrlich, ein gutes Anzeichen!

Unsere innere Wiedergeburt steht bevor, ungeheure Scharen polnischen Volkes haben sich bereits das Bürgerrecht in der Nationalpartei errungen, zugleich mit diesem tritt eine neue Bewegung in den nationalen Körper, aus dem Ferment der Träume, Hoffnungen, Bestrebungen und vorübergehender Voreingenommenheiten tritt immer deutlicher ein neuer Hauptgedanke in die Erscheinung, welcher uns das wiedergeben soll, was wir eingebüßt haben.

Jetzt müssen wir an Taten denken; von der reorganisatorischen, neu belebenden Arbeit zur schaffenden Tätigkeit, zur Bildung einer neuen Zukunft übergehen.

Wir haben uns bereits gründlich davon überzeugt, daß wir die Kraft zu einer derartigen Arbeit besitzen, daß die bei Grunwald besiegte Hydra, auch jetzt für uns nicht allzu gefährlich ist. Wir sehen, in welcher Machtlosigkeit sie sich bei den unerhörten Bemühungen nur eines Bruchteils der polnischen Nation

windet, wie sie bei dem Gedanken zittert, daß ihre Grunwalder Besieger die alte Macht und Kraft wieder erhalten könnten.

Indem wir dies sehen, wollen wir unsere Kräfte nicht überschätzen. Es fehlt uns noch viel, bis wir auf die Höhe des Jagiellonischen Polens gelangen. Wir erhalten auch nicht alles in der früheren Gestalt wieder. Daß aber auch uns eine neue, glückliche Zukunft immer heller entgegenlacht, darüber können wir heute wohl nicht mehr im Zweifel sein.

Mögen die aus dem Grunwalder Jahrestage fließenden Lehren für uns den Ansporn zu immer neuen Taten bilden, damit wenn die glücklichere Zukunft gekommen ist, sie uns kräftig und gesund auf dem Posten findet.

Aus Nr. 324 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 21. Juli 1906:

Versteckte Unzufriedenheit.

Die Berliner und Wiener Blätter betonen fast einmütig und mit besonderem Nachdruck, daß sowohl die Monarchen von Deutschland und Österreich, als auch die Regierungen dieser Staaten an eine Einmischung und eine damit verbundene Besitzergreifung der russischen Nachbarprovinzen garnicht denken.

Diese Zeitungsversicherungen werden niemanden überzeugen. Denn wenn auch Österreich und Deutschland sich keineswegs eine Einmischung wünschen, so können sie doch dazu gezwungen werden. Wenn die Anarchie im russischen Staate nicht unterdrückt wird, wozu gar keine Aussicht vorhanden ist, so wird sich die Einmischung der europäischen Staaten als erforderlich erweisen. Im eigenen Sicherheitsinteresse werden die Nachbarstaaten es tun müssen.

Geradezu unwahrscheinlich ist die Annahme, daß die Monarchen Deutschlands und Österreichs und die Leiter der auswärtigen Politik dieser Staaten die Möglichkeit einer Einmischung nicht vorhersehen, die Angelegenheit nicht in Erwägung ziehen, nicht einen Plan für alle Fälle haben sollten.

Im Gegenteil, es unterliegt keinem Zweifel, daß bereits im vorigen Jahre ein Meinungsaustausch zwischen der österreichischen und der deutschen Regierung betreffs einer bewaffneten Einmischung stattgefunden hat. Es ist auch bekannt, daß die russische Regierung, woraus deren hervorragende Vertreter durchaus keinen Hehl machen, die Sache auf diplomatischem Wege angeregt hat. Die Einmischung nämlich, falls es dazu kommen sollte, soll mit dem Willen und im Einverständnis mit der russischen Regierung geschehen.

Von der Notwendigkeit einer Einmischung wurde bereits im Herbst v. J. gesprochen. Die deutsche Regierung beschäftigte sich mit der Einmischungsangelegenheit sehr eifrig. Die damalige Haltung der deutschen Regierung und Presse ließ sogar den Verdacht aufkommen, daß die revolutionäre Bewegung im russischen Staate indirekt von Berlin aus unterstützt werde, um auf diese Weise die Notwendigkeit der Einmischung zu schaffen. Es ist z. B. Tatsache, daß die streng von der deutschen Regierung abhängigen Gewehrfabriken die Lieferung von Revolvern und sogar Gewehren in beliebiger Anzahl zur Ausfuhr an Rußland angeboten haben. Anfang November v. J. erschienen deutsche Eisenbahnbeamte in Warschau und verhandelten mit russischen Behörden wegen der Überführung preußischen Heeres, falls die revolutionäre Gärung im Königreich einen gefährlichen Umfang annehmen sollte.

Es ist auch kein Geheimnis, denn die Sache wurde, obwohl vertraulich, so doch ziemlich deutlich aufgeklärt, daß damals die österreichische Diplomatie die Besitzergreifungspläne der preußischen Regierung durchkreuzt hatte.

Heute stellt sich die Einmischungsfrage anders, nicht so verlockend für Deutschland wie vor einem Jahre dar. Die Anarchie in Rußland ist nicht nur für die Nachbarstaaten, sondern auch für ganz Europa gefährlich geworden. Alle Großmächte Europas sind bei der Einmischung mehr oder minder beteiligt.

Im vorigen Jahre hatte Deutschland hinsichtlich der Einmischung und Besitzergreifung noch freie Hand. Es konnte zwecks Sicherstellung seiner Grenzen und seiner ferneren Ausichten einen Teil des russischen Staatsterritorioms besetzen. Im Laufe der Zeit würde, wie dies in derartigen Fällen stets zu geschehen pflegt, sich die einstweilige Besetzung in eine dauernde verwandeln, die Besetzung würde zur Besitzergreifung führen. Sogar wenn Rußland gegen eine derartige Wendung der Dinge protestierte, so würde dies eine Sache zwischen Rußland und Deutschland sein, in welche sich andere Staaten nicht einmischen könnten.

Die Einmischung, welche anscheinend jetzt bevorsteht, müßte einen anderen Charakter haben. Selbst wenn die Durchführung der Okkupation lediglich Deutschland und Österreich übertragen würde, würden beide Staaten im Namen und mit Genehmigung noch anderer Mächte handeln. Der, wenn auch nur im Prinzip internationale Charakter der Besetzung würde die ferneren Absichten der preußischen Politik kreuzen. Man müßte also von vornherein, ohne Rücksicht darauf, wie sich die Verhältnisse in Rußland entwickeln würden, den Gedanken an eine, wenn auch nur teilweise Annexion der besetzten Lande aufgeben, denn die Absicht, sie zu behalten, würde nicht nur auf den Widerstand des für lange Jahre politisch und militärisch lahm gelegten Rußlands stoßen, sondern auch dem einmütigen Widerstande des europäischen Staatenkonzerts begegnen.

Der internationale Charakter der beabsichtigten Besetzung ist auch noch in anderer Hinsicht für Deutschland unerwünscht und gefährlich. Wenn — trotz der Besetzung — die revolutionäre Bewegung in Rußland zum Sturz des bestehenden Staatsorganismus führen sollte, würde die polnische Sache dann als Sache der internationalen Politik auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bei einer derartigen Wendung würde die Gefahr für Preußen eine um so größere sein, wenn man die Besetzung der westlichen Provinzen des russischen Reiches, nicht der polnischen Territorien, Österreich übertrüge.

Wir wundern uns nicht, daß der deutschen Regierung eine derartige Einmischung durchaus unerwünscht ist, daß sie, ohne gegen sie protestieren zu können, namentlich, da sie nur auf ausdrücklichen Wunsch Rußlands unternommen werden soll, die Einmischung nicht zulassen, wenigstens die für sie unangenehme Eventualität möglichst weit hinausschieben möchte, darauf rechnend, daß mit der Zeit sich eine für die versteckten Pläne der preußischen Politik günstigere Gelegenheit zur Einmischung finden würde. Wir verstehen es deshalb recht gut, weshalb die vom Reichskanzleramt in Berlin inspirierten deutschen und österreichischen Blätter nicht nur die Nachrichten von einer Einmischung in Abrede stellen, sondern auch grundsätzlich gegen sie auftreten, weshalb sie sich die Sache so lebhaft zu Herzen nehmen und weshalb sie sie so reizt.

Die polnische Gesellschaft im russischen Anteil wünscht keineswegs eine fremde Einmischung und gibt sich der Hoffnung hin, daß sie ihr Verhältnis zu dem russischen Staate selbst in erwünschter Weise regeln

werde. Wenn jedoch die Ereignisse in Rußland und im Königreich die Einmischung notwendig machen sollten, so ist es klar, daß für uns eine internationale und von Österreich, nicht von Preußen ausgeführte Einmischung hundertmal günstiger wäre. —

Aus Nr. 166 der Czas (Kraukau)

vom 23. Juli 1906:

Die Auflösung der Duma.

Heute früh brachte das Petersburger Telegramm die Aufsehen erregende Nachricht von der Auflösung der Staatsduma. Sie wurde sofort der ganzen Welt durch von fast allen hiesigen Blättern herausgegebenen Extrablättern bekannt gegeben. Sie bildet selbstverständlich den ausschließlichen Gegenstand der Unterhaltung und verleiht der Stadt ein besonderes Gepräge. Alle paar Schritte bilden sich, trotz des die Menschenaufläufe verbietenden Kriegszustandes, Menschengruppen, welche die letzten Vorkommnisse lebhaft besprechen. Man kann nicht behaupten, daß die Nachricht wie der Blitz aus heiterem Himmel gekommen wäre. Schon seit einigen Tagen liefen aus Petersburg trübe, aus glaubwürdigen Quellen stammende Nachrichten ein, welche eine entschiedene Wendung zur Reaktion ankündigten. Augenblicklich beunruhigt alle die Frage: Was wird weiter werden? In welcher Weise beabsichtigt die Regierung die Reaktion durchzuführen und was werden auf diese Herausforderung die revolutionären Elemente im Kaiserreich antworten? Unsere ausschließlich mit der Organisation sinnloser Streiks, mit Raub und Mord beschäftigten „Revolutionäre“ wird die Auflösung der Duma selbst, die sie überhaupt nicht anerkannten, zu einer anderen Aktion, als zu der, die jetzt andauert, nicht bewegen. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß der Ausbruch der Revolution im Kaiserreich, welcher hier allgemein erwartet wird, sich mehr oder minder den hiesigen Verhältnissen fühlbar machen, mehr oder minder gefährliche Unruhen hervorrufen wird. Vor allen Dingen besteht die ziemlich begründete Befürchtung, daß ein allgemeiner Eisenbahnstreik ausbrechen werde, welcher schon lange für den Fall der Auflösung der Duma angekündigt wurde. Wahrscheinlich werden diesmal auch die national-demokratischen Eisenbahnarbeiter keine Hindernisse in den Weg legen.

Die allgemeine Unruhe wird natürlich durch die bereits umlaufenden Gerüchte von der bevorstehenden angeblich rücksichtslosen Unterdrückung im Königreich Polen, von der bevorstehenden Verhängung des Belagerungszustandes in Warschau, von der Wiedereinführung der Zensur, der Auflösung aller Vereine und Verbände vermehrt. Es ist natürlich schwer, schon jetzt zu beurteilen, ob und inwieweit die Gerüchte der Wahrheit entsprechen, aber gerade deren Ungewißheit schafft einen Zustand schrecklicher Beunruhigung und Nervosität, welcher sich diesmal auf alle Bevölkerungsschichten und alle politischen Parteien erstreckt. In der ganzen Gesellschaft befestigt sich die Überzeugung, daß der Wendepunkt gekommen sei, daß wir uns auf die Wiederkehr eines noch schrecklicheren Absolutismus und Despotismus, als je zuvor oder auch auf einen entschiedenen Sieg des Freiheitsgedankens vorbereiten müssen, welcher natürlich erst dann erreicht werden kann, wenn ganze Ströme von Blut vergossen und die ganze Anarchie unterdrückt worden ist.

Jedenfalls ist in Rußland die Richtung des Kampfes mit dem Absolutismus und dem Despotismus infolge Auflösung der Duma den Händen der einigermaßen gemäßigten Elemente entfallen und auf die extremen und extremsten Parteien übergegangen.

Das Ergebnis des Kampfes wird ausschließlich davon abhängen, ob die Anhänger der rücksichtslosen Reaktion auf den Gehorsam der bewaffneten Macht rechnen können und in dieser Hinsicht saugen ernste Zweifel sich zu regen an.

Aus Nr. 1—3 der Teka (Lemberg)

vom Januar—März 1906:

Die XIX. Zusammenkunft der Vereinigung der Vereine der polnischen Jugend jenseits der Grenze.

Die XIX. Zusammenkunft der Vereinigung fand unter den Losungen statt, die in der beschlossenen Gidesresolution angenommen worden sind:

„Indem Polen seine hundertjährigen Fesseln, die es am Körper und an der Seele gedrückt haben, abschüttelt, indem es offen den Weg betreten hat, auf dem es die Freiheit und Unabhängigkeit erringen wird, indem es als hierzu geeignetes Mittel allgemein und erstaunlich einstimmig die Forderung einer ausgedehnten Autonomie für das Königreich Polen erkannt hat, indem es diese Forderungen nicht nur stellt, sondern Gesetz auf Gesetz in einem erbitterten Kampfe erringt, ohne die Opfer zu scheuen, — hat es auf diesem Wege unter unendlich schwierigen Bedingungen de facto schon einen Teil der Autonomie errungen, und seine Bürger bereiten sich schon auf weitere Eroberungen vor.

Die jenseits der Grenzen studierende polnische Jugend kann es nicht unterlassen, dem Kampfe um die Freiheit und um die Autonomie ihre Sympathie auszudrücken.

Die Jugend erachtet ihre Erklärung für einen Eid gegenüber der Nation und sich selbst.

Die Jugend ist der Ansicht, daß das Land, das sich selbst im Zustande des täglichen Kampfes befindet, auch sein Arbeitsprogramm gewählt hat. Es hat noch nicht gefordert, daß die Jugend das Ausland verlassen und sich im Heimatlande einfinden soll. Sondern es fordert, daß wir weiter studieren, ausdauernd an uns selbst und an der Sammlung von Wissen arbeiten sollen, es hält die Arbeit der Jugend für eine Arbeit auf Vorposten. Die Jugend soll ihre Kräfte verdoppeln, sie soll sich für einen Rekruten halten, der bald die Armee der vaterländischen Arbeiter und Kämpfer verstärken soll mit seinen frischen Kräften. Das Land fordert, daß diese neuen Soldaten sich als ausgebildete, wohldisziplinierte Soldaten — Bürger, die zur selbständigen bürgerlichen Arbeit fähig sind, stellen sollen.

Die Jugend erklärt, daß sie die Stimme der Nation hört und versteht, daß sie die Forderung der Nation erfüllen, daß sie also ihre Kräfte mit doppelter Energie anspannen wird, um schneller im Heimatlande die Vorposten besetzen zu können. Dennoch ist sie bereit, jederzeit ihre Studien zu unterbrechen und zum Appell zu erscheinen, wenn die Ereignisse in schnellerem Tempo vorwärts schreiten werden. Sie wird dann nicht mehr lernen, sondern kräftig handeln.

Indem wir diese Erklärung ablegen, sind wir davon überzeugt, daß wir ihr treu bleiben werden, daß wir sie wörtlich erfüllen werden, daß wir unsern Eid halten werden. Wir erklären, daß jeder von uns aus sich eine Kraft schaffen wird, auf die das Vaterland rechnen kann.

In der Überzeugung, daß nur freie und gebildete Bürger fähig sind, eine freie Nation zu schaffen, legen wir uns eine ständige nationale Steuer zu Gunsten

der Macierz szkolna im Königreiche Polen auf, einer Institution, die dieselbe Rücksicht auf die nationale Frage ins Leben gerufen hat.

Es lebe die vereinigte Nation, es lebe das polnische Volk, das die Freiheit erringen wird!“

*

*

*

Sympathisch und harmonisch in ihrer Zusammensetzung, sachlich in Bezug auf den Inhalt der Beratungen, ähnlich den früheren, war die letzte Zusammenkunft der Zjednoczenie, trotzdem aber hinterließ sie bei den Teilnehmern einen kräftigeren, tieferen Eindruck. In der Zeit der Beratungen sind Beschlüsse gefaßt worden, die für die Entwicklung, ja für die Existenz der Vereinigung selbst entscheidend sind.

Die XIX. Zusammenkunft beschließt den sechs-jährigen Lebensabschnitt des Zjednoczenie. Wenn man offen sein will, muß man ihn den Abschnitt der national-demokratischen Richtung nennen. In Wahrheit haben weder die Statuten noch das äußere Auftreten dem Zjednoczenie irgend ein spezielles Gepräge gegeben, aber die innere Tätigkeit mußte es tragen, da hauptsächlich die der vorerwähnten Richtung angehörende Jugend den Vereinen des Zjednoczenie beitrug. Ein anderer Teil der Jugend gruppierte sich um den Bund (Zwiazek) der fortschrittlichen polnischen Jugend oder hielt sich abseits. Die Verhältnisse wurden jedoch bald gründlichen Änderungen unterworfen. Der Zwiazek, der anfänglich von dem Zjednoczenie als gleichberechtigte Organisation der polnischen Jugend behandelt wurde, hörte de jure und de facto auf, ein „polnischer“ zu sein. Er behielt nur seine polnische Benennung.

Die Entwicklung der Anschauungen bei dieser Jugend, die sich die fortschrittliche nannte, ist satzungsbekannt aus dem Aufrufe des Vorstandes des Zjednoczenie, der in Zürich am 6. Juli 1904 erlassen und betitelt war: „An die Gesamtheit der polnischen Jugend“, sowie aus dem Artikel in Heft 8/9 der Teka von demselben Jahre — „über die Umwandlung des Bundes der fortschrittlichen polnischen Jugend (Zwiazek) in einen internationalen.“

Die Jugend im Zwiazek bemühte sich allerdings, diese Umwandlung eine Zeit lang zu verheimlichen, als jedoch der Aufruf und das energische Auftreten des Zjednoczenie das scheinheilige Verhalten des Zwiazek demaskierten, da entschloß man sich in manchen Orten, die Bezeichnung des Bolentums offen abzuwarten.

Gegenwärtig probieren die Anhänger des Zwiazek zu allgemeiner Befriedigung aber mit geringem Erfolge Namen wie „Verein der polnischen und polnisch sprechenden Studierenden“, „Vereinigung der Jugend, die die polnische Sprache beherrscht“, „Lesehalle der Personen, die die polnische Sprache verstehen“ usw. Die Evolutionen des Zwiazek haben der Mehrheit der im Auslande befindlichen Leute, die auf nationalem Standpunkte stehen, ganz abgesehen von den sozialen Anschauungen, die Augen geöffnet. Die Anhänger der fortschrittlichen Demokratie und des rechten Flügels der P. P. S. begannen, sich dem Zjednoczenie zu nähern.

Die Nachrichten aus dem Lande über die unerkennbaren Grenzen der gegenwärtigen Parteistreitigkeiten, als es schien, daß die Herzen aller Polen den gleichen Schlag haben müßten; die Aufrufe vortrefflicher Bürger und Patrioten zur Vereinigung aller Parteirichtungen, die im Kampfe mit den gemeinsamen inneren und äußeren Feinden sich befinden; das kräftigere Empfinden dieser Notwendigkeit bei der Jugend, das um so natürlicher ist, als sie vom Vater-

lande weit entfernt und nicht in den Parteihader mit verwickelt ist — alles dies war der Ansporn zu grundlegenden Reformen.

Nach langen und erschöpfenden Diskussionen nahmen die zur XIX. Zusammenkunft erschienenen Delegierten eine Reihe von Beschlüssen an, die darauf hingingen, dem Zjednoczenie einen derartigen Charakter zu geben, daß es die Gesamtheit der polnischen Jugend, die sich an den höheren Unterrichtsanstalten West-Europas ausbildet, so vereinigen und vertreten kann, wie es der Ogniwo mit der an den Landeshochschulen und Polytechniken studierenden Jugend tut.

Der wichtigste Beschluß, der von der Spezialkommission, die sich aus Delegierten aller im Zjednoczenie vertretenen Richtungen zusammensetzt, beantragt wurde, wurde am 29. Dezember in folgendem Wortlaute einstimmig angenommen:

Von der Voraussetzung ausgehend, daß es für die zukünftige bürgerliche Arbeit im Heimatlande vorteilhaft ist, wenn die an den höheren Schulen des Auslandes befindliche polnische Jugend sich in studentischen Vereinen ausbildet, in denen sich Leute mit verschiedenartigen sozialen Anschauungen befinden, was jetzt durch das Faktum erschwert ist, daß die polnische Jugend sich in verschiedenen Vereinen verteilt, erkennt die XIX. Zusammenkunft der Zjednoczenie die Vereinigung der polnischen Jugend für notwendig an und beschließt folgendes:

1. Indem sie in seiner ganzen Ausdehnung den polnischen Charakter des Zjednoczenie wahren will, drückt die Versammlung ihre Bereitwilligkeit aus, die Statuten und alle bindenden Beschlüsse in der Hinsicht zu revidieren, um möglichst deutlich den parteilosen Charakter der Vereinigung zu bezeichnen.

2. Die XIX. Zusammenkunft des Zjednoczenie erklärt ausdrücklich, daß das jedesmalige Auftreten des Zjednoczenie von der jedesmaligen Stimmenmehrheit im Zjednoczenie bestimmt wird.

3. Indem sie auf vorstehende Art allen Gruppen der polnischen Jugend die Vereinigung mit dem Zjednoczenie erleichtert, fordert die XIX. Zusammenkunft des Zjednoczenie die außerhalb des Zjednoczenie stehende Jugend auf, an der Idee der Vereinigung mitzuwirken, und zwar zunächst durch Anknüpfung von Verhandlungen mit den einzelnen Vereinen und zugleich mit dem Vorstande des Zjednoczenie.

4. Die XIX. Zusammenkunft des Zjednoczenie bevollmächtigt den Vorstand, eine außerordentliche Zusammenkunft des Zjednoczenie einzuberufen, und zwar für den Fall, daß die mit den außerhalb des Zjednoczenie stehenden Vereinen und Gruppen angeknüpften Verhandlungen dies erfordern."

Der vorstehende Beschluß hat schon, obwohl er noch nicht durch die allgemeine Abstimmung der Mitglieder des Zjednoczenie bestätigt worden ist, einen neuen Zeitabschnitt im Leben der im Auslande befindlichen Jugend hervorgerufen. Den Eindruck, den er gemacht hat, können wir nach den verschiedenen Nachrichten beurteilen, die uns aus verschiedenen Kolonien zugegangen sind. In einer hat sich ein Zweigverein des Związek aufgelöst und ein Teil seiner Mitglieder ist dem Zjednoczenie beigetreten. In einer anderen Kolonie schloß sich die Gruppe der Parteiloßen dem Zweigverein des Zjednoczenie an, wodurch dessen Mitgliederzahl verdoppelt wurde usw.

Man muß anerkennen, daß die Reform mit einer gewissen verständigen Vorsicht von vielen der älteren Mitglieder des „Zjednoczenie“ angenommen wurde, da diese an die Zeiten der Spaltung dachten und an die mißglückten Versuche, sich mit den parteilosen Klubs zu verständigen. Es wurde über einen grundlegenden Beschluß abgestimmt, aber über manche,

aus diesem entspringende Konsequenzen einigte sich, allerdings alles was wahr ist, die Mehrheit der Delegierten nicht. Eine solche unangenehme Konsequenz der inaugurierten Reformen bildete für alle in dem „Zjednoczenie“ befindlichen Patrioten das Aufgeben des bisherigen Beitrages von $\frac{1}{2}\%$ aller Einkünfte an den Nationaltschatz, der für alle Vereine und Mitglieder bindend war, und zwar als Beitrag zu allgemeinen nationalen Zwecken.

Für einen Teil der Jugend im Heimatlande ist es ein unverständlicher Pietismus, daß wir im Auslande befindlichen Leute so an der Institution des Schatzes hängen. Für uns ist sie der klarste Ausdruck der Idee der Unabhängigkeit. Die freiwillige, dabei aber für alle bindende Verpflichtung, zu unserm polnischen Schatze beizutragen, ist die beste Demonstration gegen die erzwungenen Verpflichtungen, Steuern an die Staatskasse der Teilungsmächte zu zahlen, zu Gunsten russifizierender und germanisierender Schulen, zum Halten von Spitzeln und Gefängnissen, zur Vergrößerung des Reptilienfonds, der uns aus dem Vaterlande verdrängen soll.

In dem Maße, als die Verfolgungen der Gaben sammelnden Leute durch die preussische Regierung wuchsen; in dem Maße, als sich die Koalitionsangriffe der Feinde des Nationaltschatzes und der Liga erneuerten, Angriffe, die nicht nur gegen diese Institutionen selbst gerichtet waren, sondern auch gegen die Personen, die an ihrer Spitze standen, die von dem größten Teil der Volksgeamtheit und von uns so geachtet wurden, wie man solche Landsleute im Geiste achten muß, — Koalitionen des Czar, Dziennik Poznański und Kraj mit dem Kurjer Lwowski, Naprzod und Przegląd, des Grafen Tarnowski und Piłk mit Gierszynski, Goldberg und Breiter — in dem Maße, in welchem dies alles geschah, wuchs auch unsere Anhänglichkeit an die Institution, die Gaben, die durch Vermittelung des „Zjednoczenie“ gesammelt wurden, wuchsen an Zahl.

Aber die im Namen der Agitationsmittel vereinigte Koalition, die wohl wußte, daß die Aufsichtskommission schwer auf alle Angriffe würde antworten können, und zwar infolge der ganz besonderen Verhältnisse, in der sich diese wahrhaft allpolnische Institution befindet, die nach den Begriffen des Bundesrats der freien schweizerischen Republik sogar eine revolutionäre ist, diese Koalition handelte im Sinne der bekannten Grundsätze der politischen Spitzbuben in Frankreich: „Insultez, calomniez, conspuez toujours! Il en restera toujours quelque chose! und sie hat sich nicht in ihrer Berechnung getäuscht. Der Nationaltschatz wird von einem großen Teil der polnischen Jugend und von der sogenannten Iridenta schon nicht mehr als eine parteilose Institution behandelt. Wir mußten mit dieser Tatsache rechnen, und da wir danach strebten, auch die erbittertsten Gegner von der Ehrlichkeit unseres Verhaltens zu überzeugen, beschloß die Mehrheit der Versammlung, den Mitgliedern des „Zjednoczenie“ die Wahl eines allgemeinen nationalen Zweckes freizustellen, zu dessen Gunsten der Beitrag in dem bisherigen Umfange gezahlt werden soll.

Diese Mehrheit indessen, um von der Minorität, die ein votum separatum einlegte, garnicht zu sprechen, besteht mit 2 Ausnahmen aus Kollegen, die die Idee des Schatzes verstehen und ihr eifrig ergeben sind.

Man kann also erwarten, daß die bedeutende Mehrheit des „Zjednoczenie“ sogar nach dem massenhaften Beitritt neuer Elemente, sich auch fernerhin zu Gunsten des Nationaltschatzes zu besteuern. Sie wird alle Kräfte daran setzen, daß sich der Eingang von

Gaben nicht vermindert, und sie rechnet in dieser An- gelegenheit auf die Hilfe der Jugend im Lande.

In dem Augenblick, in dem die autonominischen Losungen in den zwei größten Anteilen in die erste Reihe getreten sind, während wir in den andern uns mit den Forderungen der nationalen Gleichberechtigung begnügen müssen, würde die Besteuerung der Jugend im Heimatlande zu Gunsten des Nationalreiches eine außerordentlich erziehlische Bedeutung haben. Wenn man sich stets das allen gemeinsame Ziel vor Augen hält, dann wird dies verhindern, daß man allzu häufig die Mittel mit dem Ziele wechselt.

* * *

Die Versammlung fand in dem berühmten Genf statt, wo, wie das Gerücht in den ausländischen Ver- einen geht, auf einen Kollegen etwa dreißig Kolle- ginnen kommen, und zwar Anarchistinnen, Anhängerinnen der S. D., des Bundes, der P. P. S. und anderer sehr, aber sehr fortschrittlicher Parteien.

Das im Hotel des Alpes zahlreich versammelte Publikum gedachte der vorjährigen letzten Versamm- lung des sehr fortschrittlichen Bundes der Jugend (Związek), der in demselben großen Saale seine Be- ratungen abhielt. Der Kontrast war stark. Die Ver- gleiche hörten nicht auf. Zu wessen Gunsten sie aus- fielen, mögen einige Proben von Unterhaltungen be- weisen, die in den Korridoren vom Berichterstatter ge- hört worden sind.

Ein nur schüchtern die Unterhaltung beginnender Kollege: Weshalb sind die Kolleginnen K. nicht in den Sitzungen zu sehen?

Eine resolute aber wenig aufgeklärte Kollegin: Sie waren in vergangenem Jahre in der Versammlung des Związek und seit dieser Zeit haben sie beschlossen, nie wieder an irgend welchen Versammlungen teil- zunehmen.

Eine ältere, ebenfalls resolute, aber besser auf- geklarte Kollegin: Bei unserer Zusammenkunft herrschte Belebung. Man sprach in mehreren Sprachen: jüdisch, russisch, polnisch mit einer Beimischung der vorigen. Die Kollegin A. sprang einmal auf den Stuhl, Kol- lege B. sprach zweimal auf einem Tische stehend. (Stimme: Der Privatdozent K. wurde beinahe aus dem SitzungsSaale herausgeworfen). Ach ja! Er wurde eingeladen, weil man sagte, er wäre auf die Nationaldemokraten schlecht zu sprechen. Aber er schimpfte nur eine Viertelstunde auf die Nationalisten, und dann begann dieser Mensch auszuführen, daß man die Fragen der Nationalität nicht vom anthropologischen Standpunkte betrachten dürfe oder vom konfessionellen, und daß derjenige, der sich selbst nicht als Pole fühlt, auch von den andern nicht der polnischen Nationalität zugezählt werden darf. Eine derartige war die Stel- lung eines fortschrittlichen Demokraten!

Eine jüngere Kollegin: Aber auch in diesem Jahre wurde doch jenem Gaste die Eintrittskarte entzogen, der an den Türen eine unpassende Bekanntmachung befestigt hatte, und ebenso einem zweiten, der sich des ersteren angenommen hatte und zunächst auf die De- legierten zu schimpfen begann. Als er dann nach dem Grunde fragte, weshalb man seinem Freunde das Recht des Eintritts entzogen hatte, rief ihn der Vor- sitzende zur Ordnung. Und die Referate über die po- litische Situation im Königreiche, über die Schulaktion, über die Verhältnisse im österreichischen, im preussischen Anteil und unter den Polen in Amerika, der Vortrag über die fortschrittliche Demokratie, dies alles hat Euch doch sehr eingenommen, denn Ihr habt mit Auf- merksamkeit zugehört?

Die aufgeklärte Kollegin: Was reden Sie doch nur?! Ich spreche von der Belebung. Nennt Ihr das eine Belebung? Ich schliefe während der ganzen Referate allerdings gewohnheitsmäßig mit offenen Augen. Ach wie langweilig war doch dieser Unterrichts- tag! Zum Unterrichten ist die Universität da. Kollege J. hat Ihnen am besten die Wahrheit in die Augen gesagt, wozu den Nationalisten philosophische Vorträge dienen „über das Verhältnis der einzelnen Person zu der Volksgesamtheit“. — Er steht kühn auf und wettet los: „Damit die Herren Bourgeois, die Herren Hille und Dietrich nach Rizza fahren können, während ihre Arbeiter vor Hunger sterben“. Durch den Gast kam ein wenig Leben hinein. In vergangenem Jahre aber habt Ihr gehört: „Kartenspieler, Säufer, Messer- helden, schwarze Sotnie, über die Leichen von Tau- sendenden von Nationaldemokraten, und noch bessere Schlagworte.“ Und dem Warschauer schien es, als ob er einen Witz gemacht hatte.

Er verglich die Sozialisten mit einem Ungeheuer aus Pantagrue, das eine so kurze Haut hatte, daß es, wenn es das Maul öffnete, Ohren und Augen schließen mußte, und er sagte zu den Revolutionären: „Macht endlich den Mund zu, damit ihr Augen und Ohren öffnen könnt!“ Na! und der Gelbschnabel fiel hinein, wie alle Nationaldemokraten, die uns angreifen. Denn wie können die Sozialisten seine Aufforderung hören, wenn sie verschlossene Ohren haben?

* * *

Über die innere Tätigkeit, besonders über die der Kommission für das Unterrichts- und Bildungs- wesen, werde ich der Teka besonders schreiben, so reich ist sie an Inhalt. Zum Schlusse noch einige Worte an jene, die befürchten, von den neuen Elementen, die massen- haft in das Zjednoczenie eintreten, von den von ihnen eingenommenen Stellungen als Herren der Situation verdrängt zu werden:

Herren der Situation werden jene bleiben, auf deren Seite die Begeisterung für die Losungen und die Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung der Pflichten sein wird. Vertrauend auf unsere Kräfte beginnen wir einen neuen Zeitabschnitt in dem Leben der im Auslande sich aufhaltenden Jugend unter der Losung, die uns zu der vorigen Versammlung in einem Tele- gramm von dem Ehrenmitglied der Zjednoczenie, Maria Konopnicka, zugesandt worden ist:

Der Gruß der Nation sei mit Euch!

E...i.

Aus Nr. 1—3 der Teka (Lemberg)

vom Januar—März 1906:

Die Jugend in der demokratisch-nationalen Bewegung.

In der demokratisch-nationalen Bewegung unter der Jugend im preussischen Anteil — ähnlich ist es auch wo anders — beobachten wir eine interessante Erscheinung. Die Losungen der Nationaldemokratie, die seiner Zeit zuerst abgelehnt wurden, haben den größeren und besseren Teil der Jugend elementar mit sich fortgerissen, heute aber scheinen sie wieder an an- ziehender Kraft zu verlieren, an dieser inneren Macht, die sich mit einem Schlage die Gemüter der Jünglinge unterwirft. Allerdings hat sich die Zahl der Anhänger vergrößert, aber es sind dies andere, wie jene ersten Pioniere unserer Bewegung, es ist nicht mehr diese Beschäftigung mit den national-demokratischen Grund- sätzen zu sehen, wie bei jenen, es fehlt jene Begeist-

rung, die bei der Tätigkeit der Jugend den erfolgreichsten Faktor bildet. Deshalb umfaßt unsere Bewegung auch nicht mehr so weite Gesichtskreise, wie ehemals, manches Arbeitsfeld liegt brach da, manche wichtige Aufgabe bleibt ungelöst, und überall hört man die Klage über den Mangel an Leuten. Und dennoch wachsen wir, zahlenmäßig ausgedrückt, noch immer ständig, unser Einfluß auf die Jugend ist in stetem Wachsen begriffen, jedoch leider ohne die gleichzeitige Erweiterung unseres Gesichtskreises, ohne die weitere Vervollkommenheit unserer Qualität. Es treten noch viele Personen in unsere Reihen, aber wir sehen unter ihnen wenige hervorragende Geister, dagegen treten immer mehr mittelmäßige Elemente ein, denen man dann notwendigerweise die wichtigsten Aufgaben anvertrauen muß, die entschieden ihre Fähigkeiten übersteigen. Dagegen bemerken wir häufig, daß gerade die intelligenteren Personen sich von uns fern halten, und daß sich gerade die besten Kräfte uns gegenüber gleichgültig oder gar feindselig benehmen.

Wenn man die Ursachen dieses allgemeinen Stillstandes zu suchen beginnt, dann sagen die Einen, daß überhaupt unter der heutigen Jugend ein Mangel an überragenden Personen vorhanden sei, — eine Behauptung, die allerdings durch nichts bewiesen ist — die Andern finden wieder den Grund in gewissen äußeren Formen unserer Tätigkeit, andere endlich beruhigen sich damit, daß es nur eine kurze Krise sei, die bald vorüber gehen würde.

Die wahren Ursachen liegen indessen tiefer, und wenn man irgend eine Sanierung unternehmen will, so muß man sich dieselben klar vor Augen führen. Unserer Ansicht nach muß man die Ursachen einerseits in den Evolutionen der national-demokratischen Partei suchen, andererseits in dem Verhältnis der Jugend zu der Partei.

Die Lösungen der national-demokratischen Partei, die zuerst von einer kleinen Zahl der ausgezeichnetsten Leute aufgestellt wurden, von Leuten, die bis in das Innerste die Ideale der Nationalität und der Demokratie liebten, blieben lange Zeit hindurch das ausschließliche Eigentum eines kleinen Kreises ausgewählter Leute, die rücksichtslos auf die Kleinheit und Erhabenheit ihrer heiligsten Ideale achteten.

Es ist deshalb auch kein Wunder, daß diese Grundsätze, die den wahren, großen, wirklichen Fortschritt repräsentierten und die zunächst im Anfang eine mehr theoretische Bedeutung hatten, deshalb auch nicht mit fremden Einflüssen vermengt waren, sofort die jungen Seelen beherrschten, und daß diese Grundsätze für sie einen wertvollen Schatz bedeuteten, für den alle zu sterben bereit waren.

Von jenem Anfangsstadium bis heute hat die demokratisch-nationale Bewegung große Evolutionen durchgemacht. Aus der kleinen Menge der Begründer ist eine große politische Partei emporgewachsen, die im öffentlichen Leben einen großen Einfluß ausübt. Unsere Grundsätze wurden nicht nur vertieft und in einem Programm zusammengefaßt, sondern sie wurden auch praktisch angewandt und in die lebendige, politische Tat umgesetzt.

Und in diesem Augenblicke mußte mancher Zweifel zu Tage treten, in diesem Augenblicke mußten unsere bisher unberührten und wie aus Erz gegossenen Grundsätze dieser oder jener Interpretation unterliegen und aus diesen zog man dann die Folgerungen. Mögen auch nur zwei Leute völlig mit gewissen theoretischen Grundjagen einverstanden sein, wenn es dann dazu kommt, aus diesen den praktischen Erfolg zu ziehen, dann wird der eine nach rechts, der andere nach links gehen.

Die praktische Tätigkeit unterlag denn auch sofort der Kritik nicht nur der uns feindlichen Parteien, vor allem natürlich der Sozialisten, sondern auch der Kritik der Jugend, die jede Tat der Partei mit dem Maße ihrer Grundsätze zu messen begann.

Hier mußte sie manchmal auf wirklichen, häufiger auf scheinbaren Widerspruch stoßen, denn zu schnellen und übereilten Urteilen geneigt, versteht es die Jugend nicht immer, gewisse vorübergehende Erscheinungen von den ständigen Eigentümlichkeiten der Partei zu unterscheiden, die vereinzelten Stimmen zufälliger Anhänger von den ständigen Grundsätzen. Eine derartige Kritik fand große Hilfe in den Angriffen der Sozialisten auf die demokratisch-nationale Partei, und nach und nach unterlag ein bedeutender Teil unbewußt dem Einfluß dieser Partei. Die Kritik der Sozialisten konzentrierte sich darin, daß die Nationaldemokratie eine konservative Partei wäre, oder, ins Praktische überseht, zurückgeblieben, reaktionär usw., daß dagegen die Sozialisten die einzigen Vertreter des wahren Fortschritts wären. Und ein bedeutender Teil der Jugend glaubte dies, und konnte dies auch um so leichter glauben, als die albernen Angriffe der Sozialisten nicht völlig ohne Einfluß auf die Partei selbst bleiben. Es gibt keine Albernheit, die häufig wiederholt, nicht den Anschein der Wahrheit gewinnt, die mit der Zeit zu einem bestimmten Begriff von Sachen wird, die mit dem Hauptinhalt nichts gemeinames haben. So haben die Sozialisten, die das Monopol auf jede Art von Fortschritt genommen haben, so viel von diesem geschwätzt, bis man schließlich geglaubt hat, daß sie die wahren Fortschrittler sind und daß jeder Fortschritt etwas von der Marx'schen Theorie in sich hat. Deshalb begann man diesen Begriff im Verhältnis zu den anderen Parteien und besonders zu der national-demokratischen Partei zu vernichten, und langsam machte sich in manchen national-demokratischen Kreisen die Anschauung geltend, daß wir in der Tat eine konservative Partei wären.

Diese entflammten Sozialisten, die für ihre Lustschlösser und utopischen Ziele die ganze bestehende Ordnung umstürzen, das sind Fortschrittler, die man um jeden Preis bekämpfen muß. Die national-demokratische Partei dagegen, die ihre Wurzeln tief in den nationalen Boden geschlagen hat, die auf der Macht der nationalen und religiösen Güter steht, die die heutige soziale Ordnung schützt und zielbewußt ihren klar gesteckten Zielen entgegensteht, diese Partei, die im besten Sinne des Wortes konservativ ist, ist dazu berufen, jede unzeitige Heißblütigkeit zu bekämpfen, sie ist dazu berufen, den Sozialisten alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Eine derartige Anschauung ist allerdings noch nicht allgemein geworden, aber man liest sie häufig aus den Artikeln unserer Presse heraus, und noch häufiger hört man sie von zahlreichen unserer Alltagsanhänger, die sich in die national-demokratischen Anschauungen nicht vertieft haben, sich gegen den Fortschritt für die konservative Partei erklären und die gegenwärtig der Tätigkeit der Partei ihren Stempel aufdrücken. Bei der genauen Betrachtung des vorstehenden findet man, daß ein Körnchen Wahrheit in demselben steckt, insofern gewisse äußere Erscheinungen unserer Politik dafür sprechen, dagegen langt es an die Wirklichkeit nicht heran, und ist deshalb falsch und für uns ungemein schädlich. Schädlich vor allen Dingen deshalb, weil unsere Jugend nie und nimmer mehr einer Partei mit konservativer Färbung folgen wird. Aber diese Anschauung ist, ich wiederhole es noch einmal, vollkommen falsch und steht im Widerspruch zu dem Sinne der national-demokratischen Anschauungen.

Was bezeichnen wir denn eigentlich mit konservativer Anschauung? Es ist dies eine politische Theorie, die in der langsamen historischen Entwicklung, die durch keinerlei Reformen unterbrochen wird, die rationelle Entwicklung der Volksgesamtheit erblickt, die danach strebt, möglichst lange den status quo zu erhalten oder sogar den Rückschritt zu der gestrigen Form erstrebt, die rücksichtslos allen Bestrebungen entgegentritt, die darauf gerichtet sind, neue Bedingungen für diese Entwicklung zu schaffen, der Entwicklung der Volksgesamtheit neue Wege zu bahnen. Allerdings haben die konkreten konservativen Parteien in den verschiedenen Volksgesamtheiten verschiedene Unterscheidungsmerkmale, ja sie haben sogar manchmal wenig gemeinsames mit der vorstehenden Charakteristik, aber in ihren politischen Anschauungen werden wir stets die Tendenz finden, die gegenwärtige Entwicklungsphase zu erhalten oder gar zurückzudrängen, und in Verbindung hiermit die Geneigtheit, die übernommenen historischen Schöpfungen zu verherrlichen, vor allem die Schöpfungen in Bezug auf Staat und Kirche und die historischen privilegierten Kreise.

Die Grundsätze der national-demokratischen Partei haben mit einem derartigen Konservativismus nichts gemeinsam. Wir ignorieren nicht die bisherige soziale Entwicklung, die sich auf rein nationale Grundlagen stützt, wir akzeptieren die Nation in ihrer heutigen Struktur, also auch die historische Schöpfung als Ausgangspunkt, aber wir sehen auch weit und durchdringend der Zukunft entgegen, und wir bemühen uns mit allen Kräften, das nationale Schiff den zwar entfernten, aber klar vor Augen liegenden Zielen entgegenzusteuern, so daß von einem wirklichen Konservativismus nicht die Rede sein kann.

Verdient denn die ideale Strömung, die i. Zt. einen großen Teil der Jugend mit sich fortriß, die mit der Tradition der Nachgiebigkeit und polnischen Gedankenlosigkeit aufräumte, die klar und unzweideutig ihren Demokratismus gezeigt hat, die kühn den Gedanken des nationalen Egoismus aufwarf, die sich die Gestalt eines neuzeitlichen Polen als ihr Ideal vorstellt, verdient eine solche den Namen Konservativismus? Deshalb sind auch die einzelnen politischen Grundsätze, die dieser Strömung entsprungen sind und die vor allem in dem Programm ihren Ausdruck gefunden haben, vom wirklichen Konservativismus weit entfernt. Im Gegenteil, sie sind in vielen Punkten so übereinstimmend mit den letzten Ergebnissen der sozialen Forschungen, so übereinstimmend hinsichtlich der allgemeinen Hebung und der rationellen Beschleunigung unserer nationalen Entwicklung, daß man sie vielmehr fortschrittliche nennen kann. Es genügt, wenn man auf die Forderung der Volksaufklärung hinweist, die in beiden Programmen (für den russischen und den österreichischen Anteil) mit einem solchen Nachdruck erhoben wurde, wenn man auf die im Programm ausgesprochenen Grundsätze betreffend die Arbeiter, besonders im Königreich, hinweist, schließlich auf die Bestrebungen, die im österreichischen Programm zum Ausdruck gebracht worden sind, die bürgerlichen und politischen Freiheiten zu sichern und zu erweitern.

Kein unbefangener Leser wird diese Programme konservative nennen. Aber zwischen die Programme und das praktische Leben drängt sich ein Faktor, der beide vereinigt und der auch das Verhältnis derselben sich gegenüber bestimmt, und dieser Faktor ist der Mensch, der jenes Programm ins Leben führt; aus diesem Grunde haben alle Programme nur mittelbar einen realen Wert, wenn sich nicht Menschen finden, die sie konsequent und im Sinne ihrer Grundsätze realisieren. Aber auch hier kann und muß sich mancher Zweifel eindringen. Man kann nicht leugnen, daß es

national-demokratische Publizisten gibt, die die Grundsätze des Programms auf eine Weise interpretieren, die nicht weit von der konservativen Denkungsart entfernt ist. Einigemale las ich z. B. von der Verteidigung der Nationalität und der katholischen Religion. Eine derartige Zusammenstellung von zwei Begriffen, die absolut nichts Gemeinsames haben, muß einen fortschrittlichen Menschen allerdings verletzen, entspricht aber durchaus nicht den national-demokratischen Grundsätzen. Das national-demokratische Programm spricht von der Anerkennung der katholischen Kirche als eine nationale Institution, und es sagt das mit Recht, denn die katholische Kirche war stets und ist noch in der nationalen Entwicklung ein Faktor, den man nicht ausschließen kann. Aber wie man das auch immer auffassen mag, niemals wird sich hieraus eine Verteidigung der Religion als solcher ergeben, das muß man der Kirche überlassen, denn sonst würde dies zur Bekämpfung einer jeden freieren Anschauung führen und schließlich zu dem Grundsatz, daß jeder gute Pole auch ein guter Katholik sein muß. Ebenso ergibt sich aus unseren Grundsätzen nicht im geringsten irgend ein Chauvinismus, oder sogar eine nationale Abgeschlossenheit in irgend welcher Form. Wir streben nach einer allseitigen Entwicklung, und das Interesse der ganzen Nation ist das höchste Maß des politischen Wertes. Dies ist die Grundlage unserer politischen Tätigkeit, aber auch nichts mehr. Wir schreiben der polnischen Nation durchaus nicht irgend welche ausnehmend hervorragenden Eigenschaften zu, indem wir fremde nationale Individualitäten gering schätzen, und es geht auch nirgendwo hervor, daß wir uns mit einer chinesischen Mauer gegen alle fremden Einflüsse abschließen sollen, um die Reinheit unseres nationalen Charakters zu bewahren. Und dennoch begegnen wir der Ansicht, daß wir alle fremden Elemente bekämpfen müssen, daß z. B. die Juden nur einen schlechten Einfluß auf uns ausüben können, während wir auch hier den Juden so manchen neuen Gedanken verdanken, die Beseitigung so manchen Vorurteils. Wenn man nur in allem das rechte Maß hält, dann können auch diese die Entwicklung des polnischen Geisteslebens fördern.

Die hier berührten zwei Fragen, der Kirche und der Juden, sind schon häufig lang und breit besprochen und von verschiedenen Seiten beleuchtet worden. Ich war jedoch der Ansicht, daß sie so charakteristisch sind und daß besonders die Frage der Kirche im preussischen Anteil eine so aktuelle ist, daß ich es für angebracht hielt, sie kurz in diesem Zusammenhange zu besprechen. Absichtlich lasse ich mich nicht auf eine Auseinandersetzung über die praktische Tätigkeit der Partei im Verhältnis zu den national-demokratischen Grundsätzen ein, denn das würde uns zu weit führen, denn diese Angelegenheiten sind durch die fremden Einflüsse, die hierbei eine Rolle spielen, bedeutend komplizierter. Es wäre natürlich lächerlich, zu behaupten, daß die ganze Richtung der Parteitätigkeit im Gegensatz zu ihren eigentlichen Grundsätzen steht, aber nichtsdestoweniger ist es klar, daß den vorstehenden Anschauungen auch die Tätigkeit gewisser Kreise entspricht, die sich der Partei zugehörig fühlen. Man kann sich z. B. nicht dem Eindruck entziehen, daß besonders im Königreich, wo seit der Gründung unserer Partei viele Leute, die mit unseren Grundsätzen nichts gemeinsames haben, sich um das national-demokratische Banner gesammelt haben, solche konservativen Anschauungen ziemlich weit verbreitet sind, und daß mancher Mißerfolg diesen Anschauungen zur Last gelegt werden muß.

Solchen Ausführungen muß man entschieden widersprechen, denn eine Partei, die, kaum seit gestern auf der politischen Arena erschienen, schon eine konservative Färbung annimmt, setzt sich in ganz bedeutendem

Maße der Gefahr des politischen Todes und der völligen Verknöcherung aus. Einerseits werden große Massen wahrhaft konservativer, ja sogar reaktionärer Leute in ihre Reihen treten, andererseits wird sofort der Zufluß von jungen auserwählten Leuten, für die eine Arbeit unter solchen Umständen unmöglich ist, aufhören. Soweit es die national-demokratische Partei anbetrifft, haben wir es, wie ich schon häufig erwähnt habe, mit fremden Rundgebungen zu tun und was das Königreich anbetrifft so ist es sicher, daß wir nach dem Vorübergehen der Krisis diese alltäglichen, mittel-mäßigen Elemente abschütteln werden. Um so mehr Nachdruck müssen wir aber in einem solchen Falle auf den Unterschied unserer national-demokratischen Grundsätze von allen nationalen Losungen legen, die auch der Konservative und der Klerikale unterschreiben können.

Hierin liegt gerade die Aufgabe unserer Jugend. Da sie weit entfernt vom praktischen politischen Leben da steht, ist gerade sie in erster Linie dazu berufen, unsere Grundsätze in ihrem wahren durch die ganze Geschichte unserer Partei gewährleisteten Charakter, frei von allen fremden Färbungen zu bewahren. Die Jugend

darf sich nicht an einzelnen Geschehnissen im politischen Leben stoßen, sie darf nicht die vorübergehenden Einflüsse von dieser oder jener Seite mit dem Inhalt der national-demokratischen Grundsätze identifizieren. Anstatt jeden Schritt der Partei, den wir gewöhnlich nicht richtig beurteilen, zu verfolgen und zu kritisieren, anstatt mit dem Mikroskop die Wege der Partei, die heute sind und morgen andere sein können, zu erforschen, müssen wir mehr als bisher in die Grundlage unserer Ideologie eindringen, der theoretischen Seite der national-demokratischen Bewegung mehr Beachtung als bisher schenken. Auf diesem Wege werden wir den ganzen Wert der Ideale der Nationaldemokratie kennen lernen, und wenn wir ihre Grundsätze ganz aufgefaßt haben werden, dann werden wir später neue ideale Elemente in die Bewegung bringen, die stets jung, fortschrittlich und deshalb auch fähig ist, neue, lebenspendende Faktoren aufzunehmen.

Breslau.

Bem.
(Niemer.)